



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Klarer Kompass

Mit einer Rückschau und insbesondere einem Ausblick auf das mit Spannung erwartete Wahljahr 2013 endete für dieses Jahr die lange Reihe an Arbeitssitzungen der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV). Im Rahmen des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München gab Vorsitzender Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries) die Marschroute vor.

Die CSU muss genauso als Großstadtpartei wahrgenommen werden, wie sie eine Partei für den ländlichen Raum ist. „Das ist eine der Aufgaben, vor der wir stehen“, machte Landesvorsitzender Rößle eingangs deutlich. Vor dem Hintergrund, dass nur vier Oberbürgermeister der zehn größten bayerischen Städte von der CSU, fünf mit einem von der SPD und eine von den Freien Wählern gestellt werden, müssten die Lebenslagen der Menschen in den großen Städten von der CSU noch stärker in Augenschein genommen werden.

Während in den ländlichen

sich die Partei aktiv zuwenden.

Grundsicherung im Alter

Josef Mederer, stellvertretender KPV-Landesvorsitzender und oberbayerischer Bezirkstagspräsident, bezeichnete in seinem Rückblick die Grundsicherung im Alter als „absoluten Wurf“. Durch die Übernahme der Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entlaste der Bund die Kommunen allein im Zeitraum 2012 bis 2016 um rund 18,5 Mrd. Euro.

Nach dem Bundestag hat aktu-

ell jetzt auch der Bundesrat eine Gesetzesänderung dahingehend beschlossen, dass bei den Milliardenkosten für die Grundsicherung im Alter die Kommunen nun zusätzlich entlastet werden. Demnach erstattet der Bund den Kommunen schneller als bislang die Unterhaltskosten für Menschen, die über keine existenzsichernde Rente verfügen. Bisher zahlt der Bund den Kommunen die Nettoausgaben des Vorjahres. Nach dem jetzt gebilligten Gesetz werden künftig die Kosten des jeweiligen Kalenderjahres überwiesen.

Finanzierung der Eingliederungshilfe

Vor diesem Hintergrund wäre nach Mederers Auffassung die Übernahme der Finanzierung der Eingliederungshilfe durch den Bund ein „konsequenter weiterer Schritt“. Es vertrage sich nicht



*Ich ehre den Platz in dir,
in dem das gesamte Universum residiert.
Ich ehre den Platz des Lichts, der Liebe,
der Wahrheit, des Friedens und der Weisheit in dir.
Ich ehre den Platz in dir,
wo, wenn du dort bist und auch ich dort bin,
wir beide nur noch eins sind.*

Erläuterung des Grußes „Namaste“ von Mahatma Gandhi an Albert Einstein

Mit dem Bild der Hagia Sophia - gewidmet dem Heiligen Geist, dem intellektuellen und spirituellen Aspekt Gottes in der Heiligen Dreifaltigkeit, mit weiblichem Namen; tausend Jahre christliche Basilika, ein halbes Jahrtausend Moschee, heute Museum - und der Grußbotschaft eines Hindu an einen jüdischen Gelehrten verbinden wir unsere Glück- und Segenswünsche für die Weihnachtstage, zum Jahreswechsel und für das neue Jahr.

Ihre Bayerische GemeindeZeitung

Aufnahme: Michael von Hassel - Eternity - Istanbul - Turkey - 2012

Bürgerkulturpreis 2012 des Bayerischen Landtags:

„Weltoffenes Bayern“

Unter dem Motto „Weltoffenes Bayern“ sind drei tschechisch-bayerische Projekte mit dem Bürgerkulturpreis des Bayerischen Landtags ausgezeichnet worden.

Die Gewinner - das Staatliche Berufliche Schulzentrum Waldkirchen in Niederbayern, die gemeinnützige GmbH COJC in Nürnberg sowie der Verein „Via Carolina“ in Bärnau in der Oberpfalz - wurden mit je 8.000 Euro prämiert. Außerdem wurden drei Sonderpreise, dotiert mit jeweils 2.000 Euro, an das Centrum Bavaria Bohemia im oberpfälzischen Schönsee, das Inn-Salzach-Euregio-Jugendorchester (ISEJO) in Mühldorf am Inn in Oberbayern und die Siebold-Gesellschaft im unterfränkischen Würzburg vergeben. Landtagspräsidentin Barbara Stamm wertete die bayerisch-tschechischen Initiativen als faszinierenden Beweis dafür, dass heute am früheren Eisernen Vorhang eine farbenprächtige und friedliche Nachbarschaft blüht.

Veszprém und Debreçen in Ungarn, Vilnius in Litauen, Krynica in Polen, Puchov und Spišská Stará Ves in der Slowakei, Ischia und Brixen in Italien, und in die britische Hauptstadt London.

Die jungen Menschen aus dem Bayerischen Wald schultern (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von **Sabrina**



Das Verhältnis von Print- und elektronischen Inhalten wird künftig durch ein So-wohl-als-auch geprägt sein, ist die Vorzimmerperle überzeugt. Die Gesellschaft muss nur begreifen, dass auch elektronische Inhalte und solche im Internet etwas wert sind und deshalb ihren Preis haben müssen. Seite 15



KPV-Jahresabschluss-Sitzung in München. Von links: Josef Mederer, Stefan Rößle, Theresa Flotzinger und Alois Rainer. Bild: DK

Räumen intakte und stark ausgeprägte gesellschaftliche Strukturen auf Infrastrukturdefizite stießen, kämpften die Städte vor allem mit gesellschaftlichen Aufgaben. Fragen nach der Sicherstellung einer guten Kinderbetreuung oder der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund müsse

Preisträger 2012 der Bayerischen Landesstiftung:

Nicht alltägliche Leistungen

Die Bayerische Landesstiftung hat in einer Feierstunde in München hervorragende Leistungen in den Bereichen Soziales, Umwelt und Kultur gewürdigt. Finanzminister Dr. Markus Söder händigte in Vertretung von Ministerpräsident Horst Seehofer die Preise des Jubiläumsjahrs 2012 aus. „Die Auszeichnungen dokumentieren den Respekt für die nicht alltäglichen Leistungen“, betonte Söder. Die Preise sind mit je 30.000 Euro pro Sparte dotiert.

Die Bayerische Landesstiftung hat nach Söders Worten eine außerordentliche Förderbilanz: „In 40 Jahren hat die Landesstiftung mehr als 8.000 Projekte mit über einer halben Milliarde Euro unterstützt.“ Oft sei ein Zuschuss der Landesstiftung noch das fehlende finanzielle „i-Tüpfelchen“, das ein Vorhaben ermöglicht.

Mehr als 8.000 Projekte

Seit 1972 und damit in 40 Jahren ihres Bestehens hat die Bayerische Landesstiftung mit einer Gesamtfördersumme von rund 527 Millionen Euro mehr als 8.000 Projekte mit engem

Bezug zu Bayern ermöglicht, erklärte Söder. Allein im Jahr 2012 bewilligte die Landesstiftung für 546 Einzelprojekte Zuschüsse von rund 29 Millionen Euro. Darüber hinaus werden seit 1980 hervorragende Leistungen auf kulturellem und sozialem Gebiet sowie seit 1985 auch im Bereich Umweltschutz ausgezeichnet.

Umweltpreise

Die Umweltpreise gingen an die Südbayerische Portland-Zementwerke Gebr. Wiesböck & Co. GmbH, Rohrdorf, den Landschaftspflegeverband Stadt Augsburg e.V. sowie an das „Kirchli-

Bezirksumlage

Mit Blick auf die Verabschiedung des Haushalts 2013 des Bezirkstags von Oberbayern verwies Mederer auf den Sozialetat, der im Vergleich zu 2012 um weitere 58 Millionen Euro zunehme und mit über 90 Prozent den 1,4 Milliarden Haushalts des Bezirks dominiere. Trotz des Anstiegs könne die Bezirksumlage zur Finanzierung des Haushalts um 2,8 Prozentpunkte auf dann 22,00 gesenkt werden. Außerdem sei der Bezirk in der Lage, Schulden zu tilgen und seine Rücklagen zu stärken.

(Fortsetzung auf Seite 4)

che Umweltmanagement - Der Grüne Gockel“ der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. Mit Kulturpreisen wurden die Schauspielerin Gisela Schneeberger, das Liedduo Christian Gerharter und Gerold Huber sowie der Historiker Prof. Dr. Hans-Michael Kömer ausgezeichnet.

Sozialpreise

Mit Sozialpreisen wurden die Projekte „Mobil plus - sicher im Stadtbus“ der Freiwilligen Agentur Landshut (Fala), „Radio sag was“ der Katholischen Jugendfürsorge Regensburg und das Internetangebot „Young Wings“ der Nicolaidis Stiftung München gewürdigt.

„Mobil plus“ ist ein Kooperationsprojekt von Fala und Verkehrsbetrieb Landshut und richtet sich an Senioren und Menschen mit Handicap. Bei dieser Zielgruppe sind häufig Unsicherheiten, Ängste und Informationsdefizite in Bezug auf den öffentli-

Grenzüberschreitungen

Die mit dem ersten Preis bedachten Lehrer und Schüler des Staatlichen Beruflichen Schulzentrums Waldkirchen im Landkreis Freyung-Grafenau überschreiten ständig und mit Begeisterung Grenzen - sie leben den Europäischen Gedanken. Ihre Kontakte reichen längst über das benachbarte Tschechien hinaus nach Rohrbach in Österreich,

Sie lesen in dieser Ausgabe

Leuchtturmprojekte der Kultur	Seite 2
Haushalt 2013/14: Seehofer lässt Konjunkturmotor an	2
GZ-Kolumne Alois Rainer: Kommunalpolitiker in die Bundespolitik	3
DStGB: Perspektiven der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik	3
Finanzmedaille für Rolf von Hohenhau	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Finanzthemen	5-8
IT · EDV · Ausstattung für die Kommunalverwaltung	9-10
Kommunaler Bau	11-12
Aus den bayerischen Kommunen	13-16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die **Bayerische Gemeindezeitung** als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Haushalt 2013/14 verabschiedet:

Seehofer lässt Konjunkturmotor an

„Der Doppelhaushalt 2013/14 steht für Finanz- und Wirtschaftskompetenz, für Zukunftskraft und soziale Sicherheit.“ So hat Ministerpräsident Horst Seehofer das Zahlenwerk umrissen, das für das nächste Jahr 46,8 Milliarden Euro und für das übernächste vorerst 48,2 Milliarden Euro enthält; ein „Konjunkturmotor mit 95 Milliarden PS“. Im Landtag wurde das im Haushaltsausschuss heiß umstrittene Budget nach dreitägiger Plenarberatung von der Koalition einhellig verabschiedet. Jeder der zehn Ressortminister hatte Gelegenheit, seinen Aufgabenbereich sachlich und zahlenmäßig zu vertreten. Der Chef gab den Rahmen. Für die Opposition bleibt der Etat ein Sammelsurium verpasster Gelegenheiten und begrenzter Haltbarkeit, trügerisch geschönt mit Blick auf das Wahljahr 2013.

Den meisten Menschen und Unternehmen gehe es so gut wie seit langem nicht mehr. Gleichzeitig herrschten jedoch Sorge und Unsicherheit über die globale Zukunft der wirtschaftlichen Entwicklung. Bayern sei „Top-Spitze“, versicherte der Ministerpräsident. Hier könne man mit mehr Vertrauen in die Zukunft blicken als anderswo. Das gelte für alle Regionen. „Die Schere zwischen dem stärksten und schwächsten Regierungsbezirk schließt sich.“ Die Arbeitslosenrate von 3,4 Prozent liege nahe an der Vollbeschäftigung. Der hohe Steuereingang werde genutzt, um nicht nur jährliche Schulden in Milliardenhöhe zu tilgen, sondern auch mehr als zwei Milliarden Euro an Reserven auf die Seite zu legen. Das Ziel sei, bis 2030 schuldenfrei zu werden.

In Bayern gelte, „starke Kommunen - starkes Bayern“. Seehofer verwies auf den Finanzausgleich mit der Rekordsumme, von

über 7,8 Milliarden Euro, eine Steigerung um 7,8 Prozent. Kurz vor der Etatdebatte im Plenum hatte Finanzminister Markus Söder (CSU) schon bekannt gegeben, dass den Verwaltungshaushalten von Gemeinden und Landkreisen mit rund 2,9 Milliarden Euro nächstes Jahr um 7,8 Prozent mehr zugeteilt werde als heuer. Die kreisfreien Städte erhalten 642 Millionen Euro, die kreisangehörigen Gemeinden 1,2 Milliarden Euro und die Landkreise erstmals mehr als eine Milliarde zur freien Verfügung. Mit dem Programm „Aufbruch Bayern“ investiere Bayern wie kein anderes Land in Familie, Bildung, Innovation und Energieumbau, fasste der Ministerpräsident alles zusammen.

Entschuldung bis zum Jahr 2030

Für den SPD-Fraktionsvorsitzenden Markus Rinderspacher steht die Koalition für Schulden-

aufbau und nicht für Abbau. Die angekündigte Milliarde Schuldentilgung werde der Rücklage entnommen. Künftige Generationen „werden diese Politik bezahlen müssen“. Hubert Aiwanger (FW) war gleicher Meinung. Die Entschuldung bis 2030 habe „mit der Realität nichts zu tun“. Für die Entwicklung des ländlichen Raumes wurden falsche Weichen gestellt. Das regionale Schulsystem werde zu Lasten der Kinder und der Kommunen gefährdet. Margarete Bause (Grüne) sah einen „Doppelhaushalt der Beliebigkeit“. Seehofers Prinzip sei die Prinziplosigkeit und seine Orientierung die Orientierungslosigkeit.

Intensive Beratungen

CSU-Fraktionschef Georg Schmid warf der Opposition vor, konzeptionslos, verantwortungslos und hilflos zu agieren. Mit ihren Vorstellungen könne ein SPD-Ministerpräsident Christian Ude nie regieren. Thomas Hacker (FDP) stellte sich ebenfalls zum „fortschrittlichsten Haushalt“, den Bayern je gemacht habe - nicht zuletzt auf Initiative der Liberalen. Der Doppelhaushalt sei das Ergebnis „intensiver Beratungen“ in

der Koalition. Eine Differenz blieb bei den Studiengebühren. Seehofer versicherte erneut, er trete für deren Streichung ein. Die FDP blieb bei der Koalitionsvereinbarung für diese Gebühr, deren Abschaffung auf FW-Initiative im Januar in einem Volksbegehren zur Entscheidung steht.

Einigung mit Kommunen

Der Generalausprache nach der Rede des Ministerpräsidenten folgte an zwei Tagen die Diskussion um die zehn einzelnen Ressorthaushalte mit den Reden der Fachminister. In der Sache blieben Schwerpunkte und Kontroversen die gleichen. Alle betonten die wichtige Rolle der Kommunen für die Landesentwicklung. Dazu verwies Finanzminister Markus Söder bei der abschließenden Beratung des Allgemeinen Finanzhaushalts auf die einige Tage zuvor erzielte Einigung mit den Kommunalen Spitzenverbänden. Neben diesen werden auch die Bezirke besser ausgestattet, so dass ihre von den anderen Kommunen zu zahlenden Beiträge gesenkt werden können. Für die Opposition bleiben auch diese Titel unzureichend und nicht nachhaltig. **rm**

Änderung der Bayerischen Verfassung

Gleichwertige Lebensverhältnisse und Schuldenbremse

Die Bayerische Verfassung von 1946 soll den Änderungen der Gesellschaft in Leben und Arbeit im Freistaat des neuen Jahrhunderts und bedingt auch in der Europäischen Gemeinschaft angepasst werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat der Landtag in Erster Lesung den Fachausschüssen zum Auftrag gemacht. Kommt es im Plenum dann zum Beschluss, müssen die Bürgerinnen und Bürger im Volksentscheid dazu ihr Votum abgeben. Zu dem Entwurf haben sich CSU und FDP mit den Oppositionsfractionen SPD und Freie Wähler zusammengefunden. Lediglich die Grünen halten das Werk für unnütz.

Die Verfassungsänderung sieht insbesondere vor, die so genannte Schuldenbremse für Staat und Kommunen zu verankern. Ferner sollen die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in Stadt und Land sowie eine angemessene Finanzausstattung der Gemeinden festgelegt werden. Und es geht um die Förderung des ehrenamtlichen Einsatzes für das Gemeinwohl. Die Zweidrittelmehrheit im Landtag ist gesichert.

Großartiger Erfolg

Fraktionsvorsitzender Georg Schmid (CSU) sprach von einem großartigen Erfolg für alle Menschen in Bayern und bedauerte, dass die Grünen nicht mit ins Boot gestiegen seien. Entsprechend nahmen die drei anderen Fraktionen Stellung. Markus Rinderspacher (SPD) nannte das Gesetz ein

gutes Zeichen politischer Kultur. Florian Streibl (FW) nahm es als Antwort auf die großen Herausforderungen der Zukunft und Thomas Hacker (FDP) hob die Schuldenbremse als verantwortungsvolle Haushaltspolitik kommandierender Generationen hervor.

Christine Stahl (Grüne) hielt die Verfassungsänderung für eine Bankrotterklärung gestaltender Politik. Was da in die Verfassung solle, sei zum Teil schon gesetzlich geregelt oder wäre auf der politischen Linie ihrer Partei zu erreichen. Auf einem anderen Blatt steht nach übereinstimmender Meinung die bessere Mitwirkung von Bundestag und Bundesrat, wenn es um Entscheidungen der Bundesregierung zu Entwicklungen in der Europäischen Union geht. Auch Bundesvolksentscheide seien zu erwägen. In diesem Sinn soll die Staatsregierung in Berlin aktiv werden. **rm**

Leuchtturmprojekte der Kultur

Heubisch will Initiativen und Mitwirkung der Bürger und Kommunen

In seiner ersten Regierungserklärung hat Wolfgang Heubisch (FDP) als Kunstminister im Landtag alle Bürger, freischaffenden Künstler und nicht zuletzt die Kommunen aufgefordert, das Kulturkonzept der Staatsregierung mit Initiativen, Ideen, aber auch finanziell zu verwirklichen. Altes müsse bewahrt und Neues gewagt werden. In den nächsten zehn Jahren seien rund 850 Millionen Euro in Museen, Theater, Bibliotheken und Kunsthochschulen zu investieren. Im Doppelhaushalt 2013/14 werden zusätzlich je 83 Millionen Euro für „Leuchtturmprojekte“ zur Verfügung stehen.

Bayern könne stolz sein auf das bunte kulturelle Leben, von Theatern und Konzertsälen bis zu Bürgervereinen in Altbayern, Schwaben und Franken. Beispielmäßig nannte Heubisch einige der schwergewichtigen Sanierungsprojekte: Die Walhalla in Donaustauf, die Neue Pinakothek und das Haus der Kunst in München, das Landestheater in Coburg, das Bayreuther Festspielhaus und das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg.

„Kunst und Kultur kommen aus der Mitte einer offenen und freien



Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl zusammen mit Wirtschaftsminister Martin Zeil in München.

Umsetzung der Energiewende:

Kommunen als maßgebliche Partner

Pressekonferenz mit Staatsminister Zeil und Gemeindetagspräsident Brandl

Die Rolle der Kommunen bei der Energiewende thematisierten im Rahmen einer Pressekonferenz in München Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil und der Präsident des Bayerischen Gemeindetags Dr. Uwe Brandl. Dieser forderte „von Bund und Freistaat einen klaren und eindeutigen Masterplan zur Umsetzung der Energiewende vor Ort“. Als Träger der Planungshoheit, Anlauf- und Beratungsstelle für Bürger und Unternehmen sowie als Eigentümer von Gebäuden und Betrieben sind die Gemeinden einer der wichtigsten Akteure in diesem Prozess.

Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte stehen weiterhin zur Energiewende. „Die Politik muss klare Prioritäten setzen, statt alles gleichzeitig und parallel laufen zu lassen“, hob Brandl hervor. „Wir brauchen ein Leitbild zur zukünftigen Stromversorgungsstruktur Deutschlands, eine Reform der derzeitigen Förderung des Ausbaus der erneuerbaren Energien und ein langfristiges staatliches Zuschussprogramm für die energetische Sanierung kommunaler Liegenschaften.“

Im Einzelnen forderte der Gemeindetagschef:

1. Das „sowohl als auch“ von bundesweitem Netzausbau einerseits und regionalen Erzeugungsmodellen andererseits ist volkswirtschaftlich ineffizient. Das Gesetzgebungsverfahren zum kürzlich vorgelegten Entwurf des Bundesbedarfsplans mit vorge schlagenen 2.800 km Trassenneubau und 2.900 km Netzverstärkung muss vom Bundestag zu einer Entscheidung über das Leitbild zur zukünftigen Stromversorgungsstruktur Deutschlands genutzt werden.

2. Die Debatte um die geforderten fünf neuen Gaskraftwerke in Bayern muss in den bundesweiten Kontext gestellt werden. Um die Verbraucher nicht mit noch höheren Stromkosten zu belasten, darf nicht die im Jahre 2022 in Bayern erzeugte Leistung maßgeblich sein, sondern die bundesweit auf Basis konventioneller und erneuerbarer Energien zur Verfügung stehende Energie.

3. Die derzeitige Förderung des

Ausbaus der erneuerbaren Energien ist dringend reformbedürftig. Nachdem deren Anteil bereits knapp ein Viertel an der Stromerzeugung beträgt und stetig weitersteigt, muss sich jeder weitere Zubau möglichst rasch einem fairen Wettbewerb stellen.

4. Energieverbrauchseinsparung ist richtig und konsequent. Sie darf allerdings die Gemeinden und Städte nicht überfordern. Der Staat muss ein langfristiges Zuschussprogramm für die energetische Sanierung kommunaler Liegenschaften auflagen.

Koordinierung

Brandl wies darauf hin, dass auch der Bayerische Gemeindetag aktiv an der Energiewende mitwirkt. Gemeinsam mit dem regionalen Energieunternehmen E.ON Bayern, der Hochschule Amberg-Weiden und ihrem An-Institut für Energietechnik IfE gründet der Verband eine offene Arbeitsgemeinschaft zur Erstellung von Energienutzungsplänen. „Energienutzungspläne sollen Maßnahmen im Bereich der Energienutzung koordinieren, haben also Energieeinsparung und Energieeffizienz wie beispielsweise Abwärmenutzung durch ein Nahwärmenetzwerk, Quartiersanierungsmaßnahmen, energieeffiziente Neubauquartiere und innovative Verkehrsprojekte im Blickfeld. „Darüber hinaus helfen wir den bayerischen Kommunen, über Bündelausschreibungen den Strom gemeinsam kostengünstig zu beschaffen. Das kommt letztlich den Bürgerinnen und Bürgern zu Gute.“

Engagement

Nach Auffassung von Wirtschaftsminister Zeil „ist die Energiewende in Bayern sehr gut vorangekommen“. Das Engagement der Ministerien, der Energieagentur Energie Innovativ, der Bezirksregierungen und der Kommunen zahle sich aus.

Das ambitionierte Ziel, wonach der Freistaat bis spätestens 2022 ohne Kernkraft auskommt, sei nur gemeinsam mit den Kommunen zu erreichen. Die Städte, Gemeinden und Landkreise seien die entscheidenden Partner vor Ort. Durch ihr Engagement könnten sie die Energiewende aktiv voranbringen.

Die Kommunen stellten die Träger der Planungshoheit im eigenen Wirkungskreis dar. Neben der Bauleit- und Verkehrsplanung seien sie auch wichtige Beteiligte beim Kraftwerks- und Netzausbau. Zeil: „Sie haben eine herausgehobene Vorbildfunktion, so (Fortsetzung auf Seite 4)

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Walter Graf
86949 Windach
am 29.12.

Bürgermeister Fritz Pflugbeil
94542 Haarbach
am 7.1.

Bürgermeister Waldemar Kleetz
91350 Gremsdorf
am 10.1.

Bürgermeister Klaus Stallmeister
85399 Hallbergmoos
am 13.1.

Bürgermeister Josef Maier
84547 Emmerting
am 15.1.

Bürgermeister Anton Haimerl
93095 Hagelstadt
am 18.1.

Bürgermeister Richard Schnell
85305 Jetzendorf
am 18.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Anton Klotz
87490 Haldenwang i. Allgäu
am 24.12.

Bürgermeister Heribert Kammel
87452 Altusried
am 25.12.

Bürgermeister Georg Pfaffinger
84553 Halsbach
am 27.12.

Bürgermeister Dr. Peter Wassermann
87746 Erkheim
am 3.1.

Bürgermeister Klaus Strobel
95183 Trogen
am 5.1.

Bürgermeister Bernd Ernstberger
90592 Schwarzenbruck
am 6.1.

Bürgermeister Franz Mädler
92289 Ursensollen
am 7.1.

Bürgermeister Rainer Fuchs
97228 Rottendorf
am 10.1.

Bürgermeister Alfred Schiller
93348 Kirchdorf
am 12.1.

Bürgermeisterin Dr. Doris Klose-Violette
97258 Ippesheim
am 12.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Kreil
95517 Emtmannsberg
am 22.12.

Bürgermeister Alois Wenig
94259 Kirchberg i. Wald
am 24.12.

Bürgermeister Uwe Reißmann
91586 Lichtenau
am 27.12.

Bürgermeister Heinz Krämer
97215 Simmershofen
am 3.1.

Bürgermeister Hans-Dieter Kandler
86415 Mering
am 5.1.

Bürgermeister Johann Hellmeier
83342 Tacherting
am 6.1.

Bürgermeisterin Monika Götz
97647 Sondheim v. d. Rhön
am 14.1.

Bürgermeister Josef Springer
91284 Neuhaus a. d. Pegnitz
am 17.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Robert Pfann
90596 Schwanstetten
am 22.12.

Bürgermeister Andreas Lieb
87660 Irsee
am 2.1.

Bürgermeister Thomas Sechser
97514 Oberaurach
am 13.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Riedel
91481 Münchsteinach
am 24.12.

Bürgermeister Martin Schwarz
88167 Maierhöfen (Allgäu)
am 30.12.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Notwendige Neuregelung des sozialen Leistungsrechts zur Ertüchtigung für den Fiskalvertrag

Von Landrat Dr. Jakob Kreidl, Präsident des Bayerischen Landkreistags

Der Entwicklung der kommunalen Finanzen kommt bei der Einhaltung des Fiskalvertrags eine wichtige Rolle zu. Nach dem nunmehr vorliegenden Gesetzentwurf zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags darf das strukturelle gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung eine Obergrenze von 0,5 % (ca. 13 Mrd. Euro) des nominalen Bruttoinlandsprodukts (2011: 2,6 Billionen Euro) nicht überschreiten.

Hauptproblem der Kommunen in Deutschland ist die rasante Entwicklung der Sozialleistungen. In Bayern sind diese von 3,6 Mrd. Euro in 2000 auf nunmehr 5,7 Mrd. Euro in 2010 angewachsen. Das ist ein Anstieg um 2,11 Mrd. Euro oder 60 %! Die Sozialausgaben verschlangen 2010 48 % der gesamten kommunalen Steuereinnahmen in Bayern. Bundesweit ergeben sich für die Kommunen 2011 im sozialen Bereich folgende Ausgabeblocke:

- ▶ Ausgaben für die Grundsicherung für Erwerbsfähige (SGB II): 15,0 Mrd. Euro
- ▶ Ausgaben für Eingliederungshilfe für behinderte Menschen: 12,5 Mrd. Euro
- ▶ Nettoausgaben für die Hilfe zur Pflege: 3,0 Mrd. Euro
- ▶ Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung: 4,3 Mrd. Euro
- ▶ Bruttoausgaben Hilfe zum Lebensunterhalt: 1,2 Mrd. Euro
- ▶ Jugendhilfeausgaben: 7,5 Mrd. Euro

Die Rechtsbestimmungen des sozialen Leistungsrechts nehmen gegenwärtig auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der zur Ausführung verpflichteten Träger zu wenig Rücksicht. Der ständige Anstieg der Bezirks- und Kreisumlagesätze zur Finanzierung der Sozialausgaben führt sowohl bei den Gemeinden, kreisfreien Städten, Landkreisen und Bezirken zu enormen Investitionskürzungen. Die Folgen davon sind nicht nur an den Unterhaltungsrückständen bei Schulen, Einrichtungen und Straßen sowie an nicht realisierten Infrastrukturmaßnahmen abzulesen, sondern sind auch eine Bürde für Handwerk, Mittelstand und Industrie, denen notwendige öffentliche Aufträge zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum fehlen.

Forderungen an den Bund, um nachhaltig ausgeglichene kommunale Haushalte zu erreichen

▶ Forderung nach einem Bundesleistungsgesetz

Ende 2011 lebten in Bayern mehr als 1 Million Menschen mit einer schweren Behinderung, d.h. mit einem amtlich festgestellten Grad der Behinderung von wenigstens 50 %! Die Ausgaben für die Eingliederungshilfe sind in Bayern zwischen 2000 und 2010 von 1.263 Mio. Euro auf 2.074 Mio. Euro um 811 Mio. Euro (+ 64,2 %) angestiegen. Die mit dem Bundesleistungsgesetz 1961 eingeführten Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung haben sich explosionsartig entwickelt, da das Leistungsrecht der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung das Nachrangprinzip der Sozialhilfe nicht mehr anerkennt.

Der Bund muss sich deshalb seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung durch die Erarbeitung und In-Kraft-Setzung eines neuen Bundesleistungsgesetzes in der nächsten Legislaturperiode stellen, das die rechtlichen Vorschriften der Eingliederungshilfe in der bisherigen Form ablöst und die Kommunen entscheidend entlastet. Auf die Vereinbarungen von Bund und Ländern im Zu-

sammenhang mit der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags wird verwiesen.

▶ Gerechtere Einkommensanrechnung bei der Grundsicherung für Erwerbsfähige

Bei der Grundsicherung für Erwerbsfähige mindert gem. § 19



Dr. Jakob Kreidl.

Satz 2 SGB II das zu berücksichtigende Einkommen und Vermögen zuerst die Geldleistungen der Agentur für Arbeit und darüber hinaus erst dann die Geldleistungen der kommunalen Träger. Diese Regelung hat zur Folge, dass eigenes Einkommen und Vermögen des betroffenen Personenkreises grundsätzlich in allen Fällen zunächst die Agentur für Arbeit entlastet. Eigenes Einkommen, beispielsweise durch geringfügige Beschäftigung, drückt den Aufwand der Agentur gegen Null, die Kommunen müssen jedoch in vollem Umfang die Leistungen für die Unterkunft und Heizung erbringen!

Die klare Forderung lautet: Eigenes Einkommen und Vermögen müssen anteilig auf die Geldleistungen der Agentur für Arbeit wie auf die der kommunalen Träger angerechnet werden. Der Bundesgesetzgeber ist aufgefordert, unverzüglich zur Entlastung der Kommunen zu handeln.

▶ Einführung einer neuen Versicherungsspflicht für Sozialhilfeempfänger

Mit der Abschaffung der klassischen Krankenhilfe in der Sozialhilfe wurde die Mitversicherung von Sozialhilfeempfängern in der gesetzlichen Krankenversicherung eingeführt. Die Leistungsabrechnung über die Krankenversicherung und die nachlaufende Kostenerstattung durch die Sozialhilfeträger ist verwaltungsaufwändig und streitbehaftet. Seit Jahren fordern die kommunalen Spitzenverbände eine Streichung dieser Regelung (§ 264 SGB V) und eine echte Mitversicherung der Sozialhilfeempfänger in der Krankenversicherung. Die gegenwärtige Finanzsituation der Sozialversicherung erlaubt diesen überfälligen Schritt!

▶ Umsatzsteuerfreiheit für interkommunale Kooperationen

Die Kommunen haben den Bund mehrfach gebeten, sicherzustellen, dass die gerade im ländlichen Raum immer wichtiger werdende Zusammenarbeit von Kommunen nicht erschwert wird. Vor dem konkreten Hintergrund einer drohenden Umsatzsteuerpflichtigkeit derartigen öffentlicher Kooperationen fordern die Kommunen auf Bundesebene eine zügige gesetzliche Klarstel-

lung. Interkommunale Zusammenarbeit ist ein zentraler Baustein bei der Bewältigung der demografischen Herausforderungen und darf nicht durch umsatzsteuerrechtliche Vorschriften behindert werden.

Die Kommunen erwarten vom Bund und den Ländern eine gesetzliche Klarstellung, die Leistungsleistungen in einem möglichst großen Umfang nicht der Umsatzsteuer unterwirft.

Fazit

Der Bund muss nun rasch ein neues Bundesleistungsgesetz vorlegen, das die Kommunen entscheidend entlastet, da das Leistungsrecht der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung das Nachrangprinzip der Sozialhilfe nicht mehr anerkennt. Bei der Grundsicherung für Erwerbsfähige muss der Bund endlich eigenes Einkommen und Vermögen des betroffenen Personenkreises anteilig auf die Geldleistungen der Agentur für Arbeit sowie der kommunalen Träger anrechnen. Eine echte Mitversicherung der Sozialhilfeempfänger in der Kranken- und Pflegeversicherung durch den Bund ist überfällig. Im Bereich des Steuerrechts muss der Bund die Umsatzsteuerfreiheit interkommunaler Kooperationen durch geeignete gesetzgeberische Maßnahmen sicherstellen. Nur der Bund ist in der Lage, durch die genannten Gesetzesänderungen die Kommunen fit für den Fiskalvertrag zu machen.

DSiGB-Kommunalforum in Berlin:

Perspektiven der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik

„Wie wollen wir morgen leben und arbeiten?“ lautete eine der Leitfragen des Kommunalforums „Perspektiven der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik“ des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Innovators Club in Berlin. Dabei diskutierten rund 120 hochkarätige Gäste aus Kommunen, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft über notwendige Reformen und zukünftige Aufgaben in diesen zentralen Politikfeldern.

Roland Schäfer, Bürgermeister von Bergkamen und Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, betonte eingangs, dass trotz des guten Wirtschaftswachstums die staatlichen Haushalte nicht ohne neue Schulden auskämen. Er wies darauf hin, dass die Sozialausgaben der Kommunen im Jahr 2012 weiter zunehmen und erstmalig die 45-Milliarden-Euro-Grenze überschreiten würden. Deshalb fordere der DSiGB eine Agenda 2020, die über eine Kostenverschiebung zwischen den föderalen Ebenen hinausgehen müsse.

Transparenz

So müssten die sozialen Leistungen neu geordnet, auf die wirklich Bedürftigen konzentriert, entbürokratisiert und transparent gestaltet werden. Zum Teil könne man von einem regelrechten Sozialdickicht sprechen. So gebe es beispielsweise über 152 familienpolitische Leistungen in unterschiedlichster Höhe und Zielrichtung mit einem Gesamtvolumen von 123 Milliarden Euro jährlich. „Unverzichtbar ist ein Vorrang für Investitionen zum Beispiel in Bildung vor höheren Transferleistungen“, erklärte Schäfer.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand ein Vortrag von Bundesministerin Dr. Ursula von Der-

Liebe Leserinnen und Leser,

„Näher am Menschen“ - dieses Leitmotiv der CSU beginnt mit der kommunalen Ebene. Als Kommunalpolitiker kümmert man sich unmittelbar vor Ort um die Belange der Menschen. Für die Bürgerinnen und Bürger ist der Gemeinde- oder Stadtrat der erste Ansprechpartner; er steht Rede und Antwort für die vor Ort getroffenen Entscheidungen. Zu Recht, schließlich gestaltet man auf kommunaler Ebene das Lebensumfeld, die Heimat der Menschen. Als Bürgermeister erlebe ich dies tagtäglich und sehe die Gestaltungsspielräume für eine gute Entwicklung der Gemeinde. Ich erlebe aber auch, dass über viele kommunale Handlungsspielräume andernorts entschieden wird - in Berlin.



Kolumne Alois Rainer

Rot-Grün die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung eingeführt und auf die Kommunen übertragen. Aber die dafür notwendige Finanzierung wurde nicht geschafften - mit dem Ergebnis, dass sich die Kosten für die Kommunen derzeit auf rund vier Milliarden Euro jährlich belaufen. Die demografische Entwicklung sorgt zudem für einen stetigen Anstieg.

Insgesamt werden die Kosten für die soziale Sicherung in den kommunalen Haushalten in diesem Jahr erstmals bei über 45 Mrd. Euro liegen. Vor allem die Leistungen im Bereich der Jugendhilfe, der Hilfen zur Erziehung, der Eingliederungshilfen, der Hilfen zur Pflege und der Grundsicherung im Alter schlagen deutlich zu Buche. Eine nachhaltige Entlastung durch die unionsgeführte Regierung ist in Sicht.

Der Beschluss des Bundestages zur schrittweisen Kostenübernahme der Grundsicherung im Alter und bei der Erwerbsminderung durch den Bund zeigt, dass CDU und CSU mit ihrer kommunalen Verwurzelung die Anwälte der Kommunen sind. Allein im Zeitraum von 2012 bis 2016 werden die Kommunen dadurch um voraussichtlich 20 Mrd. Euro entlastet.

Eine Reihe weiterer Entscheidungen zeigen, dass CDU und CSU eine kommunalfreundliche Politik betreiben. Prominentes Beispiel ist der KiTa-Ausbau. Hier unterstützt der Bund die Kommunen und Länder mit insgesamt 4,6 Mrd. Euro. Eine Aufgabe wird in der neuen Legislaturperiode das geplante Bundesleistungsgesetz zur Neuregelung der Eingliederungshilfe sein.

Auch beim Querschnittsthema 'Demografischer Wandel' und den Herausforderungen des ländlichen Raums sind kommunalpolitische Erfahrungen von großem Wert. Mit Herz und Verstand die Belange der Kommunen und ihrer Bürgerinnen und Bürger im Blick zu behalten und neue Gestaltungsspielräume zu eröffnen, das spricht für erfahrene Kommunalpolitiker im Deutschen Bundestag.

Ihr Alois Rainer

Kommunalpolitiker in die Bundespolitik

Damit die Bundesebene die Kommunen nicht aus dem Blick verliert, braucht es Abgeordnete mit kommunalpolitischer Erfahrung. Nicht ohne Grund hat der Deutsche Bundestag seine Geschäftsordnung dahingehend geändert, dass künftig bei Gesetzesvorhaben, die wesentlich die Kommunen betreffen, die kommunalen Spitzenverbände immer gehört werden müssen. Kein geringerer Experte ist der Bundestagsabgeordnete mit langjähriger kommunalpolitischer Erfahrung. Er weiß aus eigener Erfahrung um die Interessen und Nöte der Kommunen und hat die Gemeinden im Blick.

Was passiert, wenn die Kommunen unberücksichtigt bleiben, offenbare sich besonders drastisch während der rot-grünen Regierung im Bund. Gerade im Bereich der sozialen Sicherung wurden die Kommunen bedenkenlos mit neuen Verantwortlichkeiten und Kosten belastet und tragen seither schwer daran. Im Jahr 2003 hatte

bensphase unterstrich die Politikerin, dass Sozialpolitik für Ältere mehr als schlichte „Altenpolitik“ sei. Diese setze bereits früher im Berufsleben an. Achillesferse sei hier beispielsweise nach wie vor die Frage, wie Weiterbildung organisiert werde. Erforderlich sei, Verständnis dafür zu entwickeln, dass ein Fünfzigjähriger anders lerne als ein Zwanzigjähriger. Zu dieser Lebensphase gehöre schließlich auch, über die Zukunft des Rentensystems zu sprechen. Von der Leyen betonte diesbezüglich, dass sich Lebensleistung lohnen müsse und forderte eine aufrichtige Debatte hinsichtlich der Umsetzung einer neuen Rentenregelung.

Bürokratieaufwand

In einer anschließenden Podiumsdiskussion machte Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, deutlich, dass es eine zentrale Aufgabe für die Zukunft sei, die vorhandenen Kräfte auf eigentlich wesentliche Tätigkeiten zu konzentrieren: „Wir verschwenden zu viele Ressourcen für die Bürokratie“, stellte er fest. Ursprünglich habe man den Bürokratieaufwand im Bereich der Arbeitsvermittlung auf 15 Prozent geschätzt, nun müsse man feststellen, dass er annähernd 50 Prozent betrage.

Soziale Netzwerke

Diesen Zustand zu verändern, komme nicht nur seinem Haus zugute, sondern auch unmittelbar den Arbeitssuchenden selbst. Es habe sich gezeigt, dass deren Chancen am Arbeitsmarkt entscheidend von sozialen Beziehungen abhängen. Alt hielt es für deutlich sinnvoller, dass Arbeitssuchende ihre Energie in den Aufbau eines sozialen Netzwerkes investieren anstatt in das Ausfüllen seitenlanger Anträge. **DK**

Gesellschaftsklima

Hinsichtlich des Lebensabschnittes, in denen viele Menschen eigene Familien gründen, unterstrich die Ministerin, dass es nicht nur Geld, Infrastruktur und Zeit bedürfe, um die Menschen hier zu unterstützen. Wichtig sei auch, in der Gesellschaft ein entsprechendes Klima zu schaffen. Dieses habe mindestens genauso viel Bedeutung wie eine Infrastruktur für die Kinderbetreuung. „Junge Familien brauchen Rückenwind“, so von der Leyen. Gerade bei der Debatte um das Betreuungsgeld beobachte sie mit Sorge einen Rückfall in eine polarisierende Debatte, welche junge Frauen in „Rabenmütter“ und „das Heimchen am Herd“ einteile. Zum Klima gehöre auch, mehr Teilzeitarbeit zu ermöglichen. Hier habe Deutschland in Europa die „rote Laterne“.

In Bezug auf das Alter als Le-

Verständnisdenken

Gleichzeitig warnte von der Leyen davor, Kinderbetreuung und Elternhaus als Gegensatz aufzufassen. Diese müssten sich vielmehr ergänzen. Hinsichtlich der Lebensstation „Kindheit“ warb sie zudem dafür, diese nicht in Blöcke nach den Stationen Krippe (erstes bis drittes Lebensjahr), Kindergarten (drittes bis sechstes Lebensjahr) und anschließend die Grundschule bis zum zehnten Lebensjahr einzuteilen, sondern ein Verständnisdenken für das erste Lebensjahrzehnt zu entwickeln.

Mit Blick auf die Lebensphase der Jugend eines Menschen meinte die Ministerin, Deutschland verfüge mit der dualen Ausbil-



Finanzmedaille für Rolf von Hohenhau

Finanzminister Dr. Markus Söder (r.) überreichte im Rahmen einer Feierstunde in der Residenz München die Finanzmedaille für Verdienste um das Bayerische Finanzwesen an Rolf Baron von Hohenhau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, gleichzeitig Präsident des europäischen Bundes der Steuerzahler. Von Hohenhau sei, so Söder, in Bayern das Gesicht des Bundes der Steuerzahler. Mit der Finanzmedaille werde vor allem sein beharrliches Engagement als Vorkämpfer für Haushalte ohne Neuverschuldung sowie die Verankerung einer Schuldenbremse in der Bayerischen Verfassung anerkannt und gewürdigt.

Der Bund der Steuerzahler in Bayern habe mit dem herausragenden Einsatz seines Präsidenten von Hohenhau an der Spitze den Sparkurs Bayerischer Staatsregierungen immer dann öffentlichkeitswirksam mitgetragen und verteidigt, wenn es galt Verteilungspolitik in die Schranken zu weisen. Söder erinnerte an die schweren Zeiten nach dem Beschluss, Bayerische Haushalte künftig ohne Neuverschuldung vorzulegen. Von Hohenhau habe das Vorhaben mit dem stets propagierten Grundsatz moderner Finanzpolitik unterstützt, nur soviel auszugeben, wie eingenommen wurde. Dass Bayern in der Lage sei, inzwischen zum achten und neunten Mal einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen, sei auch ein Verdienst des Geehrten, der immer ohne wenn und aber diese solide Finanzpolitik unterstützt habe. □

Klarer Kompass...

(Fortsetzung von Seite 1)

Im Frühjahr 2014 finden die Kommunalwahlen in Bayern statt, die für die CSU eine große Herausforderung darstellen. Die CSU-Landesleitung wird deshalb die mehr als 2.800 Verbände bei der erfolgreichen Vorbereitung und Durchführung des Kommunalwahlkampfes tatkräftig unterstützen. Das von KP-V-Landesgeschäftsführerin Theresa Flotzinger vorgestellte Handbuch soll hierzu ein hilfreicher Wegbegleiter sein.

Während sich Teil I mit der Situationsanalyse, Positionierung und organisatorischen Vorarbeiten beschäftigt, geht es in Teil II um Themen wie Wahlkampfstrategie, Wahlkampfstrategien, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Wahlkampfauftakt, Stichwahl und Nachbereitung. Teil III schließlich widmet sich dem Thema Web 2.0 widmen.

Arbeitskreis Energiewende

Ende 2011 wurde der CSU-Arbeitskreis Energiewende gegründet. Wie Arno Zengerle, stellvertretender Landesvorsitzender und Bürgermeister von Wildpoldsried, berichtete, habe es sich der AKE zur Aufgabe gemacht, bereits vorhandene Positionen zur Energiewende zusammenzuführen, bisherige Ansätze zu hinterfragen, legislative und administrative Hindernisse zu identifizieren sowie neue Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

Darüber hinaus leiste der Arbeitskreis einen Beitrag zu einem flächendeckenden und interdisziplinären Diskussionsprozess rund um das Thema Energiewende. Dazu gehöre der Kontakt zu den Vertretern der Forschung, die enge Zusammenarbeit mit den Kommunen, die Überzeugung ökonomisch-emotional Betroffener und die Einbindung eines möglichst großen Anteils der Bevölkerung.

Inzwischen, so Zengerle, habe sich herauskristallisiert, dass vorhandene Hemmschwellen in der Regel nicht in technischen oder finanziellen Voraussetzungen begründet seien, sondern im Bereich bürokratischer Abläufe und in der Organisation allgemein.

Propos Bürokratie: Das neue bayerische Förderprogramm für

schnelles Internet droht für Bayerns Kommunen zu einem bürokratischen Fiasko zu werden, befürchtet der Bürgermeister der oberpfälzischen Gemeinde Deining, Alois Scherer. Da es eine staatliche Beihilfe ist, muss die EU-Kommission das Programm genehmigen. Die Notifizierung ist erfolgt. Für den warmen Geldregen, den jede Gemeinde einmal in Anspruch nehmen kann, hat die Kommission aber umfangreiche Auflagen gemacht. Sie würden den Kommunen einen hohen Verwaltungsaufwand auf.

Kompliziertes Verfahren

Aus Scherers Sicht hat die Kommission die Verfahrensschritte unnötig aufgebläht. Und auch nach Meinung von Experten ist das 20 Schritte umfassende Verfahren für eine kleine Gemeinde ohne fachlich-technische und juristische Hilfe praktisch nicht zu bewältigen.

Im Nachtragshaushalt 2012 sind für das laufende Jahr 100 Millionen Euro für die neue Förderung vorgesehen. Die Staatsregierung will auch im Doppelhaushalt 2013/2014 und in den Folgejahren für eine „kraftvolle Ausstattung“ sorgen. Der Förderhöchstbetrag beläuft sich auf 500.000 Euro. Es geht dabei um Netze mit Übertragungsraten von über 50 Mbit/s, mindestens 30 Mbit/s im downstream und mindestens 2 Mbit/s im upstream (Netz der nächsten

Generation oder „Next Generation Access“) in Gewerbe-, beziehungsweise „Kumulationsgebieten“, also ausdrücklich nicht mehr um eine flächendeckende Grundversorgung.

Die Kommission dringt darauf, dass der Freistaat keine zusätzliche Grundversorgung fördern darf. Bisher war es möglich, bei einer Fördermaßnahme angrenzende Gebiete (Privathaushalte, Telearbeitsplätze, kommunale Einrichtungen, Schulen und Behörden) gleich mit zu bedienen, da keine Übertragungsrate vorgeschrieben war. In den Leitlinien für die Vergabe der Fördergelder heißt es nun, dass eine Übertragungsrate von mindestens 30 Mbit/s im downstream für alle Anschlussinhaber im Erschließungsgebiet möglich sein muss. Das heißt, dass die Gemeinde verpflichtet ist, Nutzer in benachbarten Gebieten mindestens mit 30 Mbit/s zu versorgen. Eine Gemeinde muss sich also vorher sehr genau überlegen, wie sie ihr „Kumulationsgebiet“ sinnvoll festlegt.

Scherers Fazit: „Mit der strikten Vorgabe der 30 Mbit/s-Versorgung durch die EU-Kommission wurde eine sinnvolle Erschließungsmöglichkeit unter Ausnutzung von Synergieeffekten für alle Bürger und Einrichtungen zunichte gemacht. Die Vielzahl von Detailfragen macht eine Hilfestellung durch einen professionellen Berater unverzichtbar.“ DK

Nicht alltägliche Leistungen...

(Fortsetzung von Seite 1)

Ich machen deutlich, dass es ihnen wichtig ist, am gesellschaftlichen Leben teil zu haben. Daraus entstand bei der Katholischen Jugendfürsorge der Diözese Regensburg die Projektidee, die Sicht auf die Welt von Menschen mit geistiger Behinderung und das, was sie beschäftigt, über das Medium Radio hörbar zu machen.

Teilnahme am gesellschaftlichen Leben

Im Januar 2011 startete das erste Radioteam - bestehend aus fünf Menschen mit geistiger Behinderung in den Wohngemeinschaften St. Benedikt der Katholischen Jugendfürsorge in Mitterteich - unterstützt durch zwei Pädagoginnen sowie einen Journalisten und Hörfunkprofi. In Schulungen lernten die Radio-

Pioniere die Grundsätze des Radio-Journalismus kennen, wie man Aufnahmegerät und Headset handhabt oder mit dem Schnittprogramm am PC arbeitet. Der Bitte um ein Interview kam jeder gerne nach, so zum Beispiel die bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer oder Bischof Dr. Gerhard Ludwig Müller.

Das Internetangebot „YoungWings“ wiederum richtet sich an Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 12 und 21 Jahren, die um einen nahen Angehörigen oder um andere wichtige Bezugspersonen trauern. Im Umgang mit Trauer und Traumata erfahrene Fachkräfte beraten die jugendlichen Hinterbliebenen anonym und kostenlos. Ziel der Beratung ist es, gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen Lösungsmöglichkeiten für deren Anliegen zu erarbeiten und sie dabei zu unterstützen, den eigenen Weg zu finden, mit dem Verlust umzugehen.

Kommunen als...

(Fortsetzung von Seite 2)

zum Beispiel beim energieeffizienten Sanieren, bei Investitionen in Infrastruktur und beim Energieverbrauch der Gemeinde – Stichwort Straßenbeleuchtung und Schulen. Sie schaffen durch Information, Beratung, Beteiligung und Mitbestimmung die nötige Akzeptanz in der Bevölkerung. Sie leisten durch Investitionen einen wichtigen Beitrag in den Ausbau von Verteilnetzen, in Erneuerbare-Energien-Anlagen, in Kraft-Wärme-Kopplung und in Fernwärme.“ In diesem Zusammenhang hob der Minister „unsere gute Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Gemeindetag“ explizit hervor.

Als wichtigen Baustein für die Planung der „energetischen Zukunft“ einer Kommune bezeichnete Zeil die Energienutzungspläne. Sie stellen das optimale Instrument dar, um die Energieversorgung an die voraussichtliche Entwicklung des Energiebedarfs und die Ansprüche der Verbraucher anzupassen. Als strategisches Planungsmittel gebe der Energienutzungsplan einen Überblick über den Energiebedarf und die Versorgungssituation in der Gemeinde. Als Ergebnis der Planungen erhielten die Gemeinden Empfehlungen zu möglichst konkreten Maßnahmen.

Zuschusserhöhung

Zeil zufolge „greifen wir bei der Erstellung von Energienutzungsplänen den Kommunen finanziell erheblich unter die Arme. Wir haben den Zuschuss erst vor kurzem von 50 auf 70 Prozent aufgestockt.“ Informationen zur Förderung erhielten die Kommunen mithilfe des neu überarbeiteten Merkblatts „Energieeinsparkonzepte und Energienutzungspläne“. Darüber hinaus stehe eine Kurzfassung des „Leitfadens Energienutzungsplan“ zur Verfügung. Sie fasse die wichtigsten Hinweise zur Leistungsbeschreibung zusammen und diene als Hilfestellung für die Gemeinden zum Verständnis der Energienutzungspläne sowie zu ihrer Ausschreibung.

Neben der Förderung von Energienutzungsplänen biete der Freistaat noch eine Vielzahl weiterer Unterstützungen für Kommunen, fuhr der Minister fort. „Ich denke hier an die Förderprogramme ‚Alte Lasten – Neue Energien‘ und ‚Nachhaltige Stromerzeugung‘ sowie die Programme für den ländlichen Raum. Zudem haben wir die beiden Broschüren ‚Wegweiser für Energieprojekte in Bayern – Beratung und Förderung‘ und ‚EnergieGewinner‘ herausgegeben. Sie informieren umfassend zu Förderprogrammen und Bürgerenergieanlagen. Mit unseren Planungshilfen ‚Windenergie-Erlass‘ und ‚Gebietskulisse Windkraft‘ geben wir den Kommunen die Möglichkeit, schneller geeignete Flächen auszuweisen.“

Das neueste Projekt, das eigenverantwortlich von den sieben

Bezirksregierungen durchgeführt wird, ist der ‚Energiecoach für Gemeinden‘. Der Start erfolgte kürzlich in Oberfranken. Das Coaching soll vor allem kleinen Gemeinden helfen. Landesweit sollen mit dem Energiecoach bis Ende 2013 mehr als 10 Prozent der Gemeinden erreicht und für die Energiewende sensibilisiert werden.

Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Gründung kommunal getragener Energieagenturen. Damit die Kommunen künftig noch bedarfsorientierter und gezielter unterstützt werden können, sei schließlich auch eine Umfrage zu den Energieaktivitäten von Ge-

meinden gestartet worden, bemerkte Zeil. Erfreulicherweise hätten sich bereits über 700 der 2.056 bayerischen Gemeinden beteiligt.

Energie Innovativ

„Im nächsten Jahr planen wir, einen Fokus der Energieagentur Energie Innovativ auf das Thema Wärme und energetische Gebäudesanierung zu legen“, so der Minister. Ein weiteres Ziel sei, den Kommunen bei der Qualifikation ihrer Energiebeauftragten unter die Arme zu greifen. In Zusammenarbeit mit der Bayerischen Verwaltungsschule werde man die fachliche Weiterbildung zu ‚kommunalen Energiewirten‘ finanzieren. DK

Weltoffenes...

(Fortsetzung von Seite 1)

gemeinsame Projekte mit Jugendlichen in den Partnerregionen. Miteinander bauen sie Freundschaftspavillons und Messstände, bringen einander unterschiedliche Handwerkstechniken bei. Die angehenden Dachdecker aus Waldkirchen zeigen den ungarischen Schülern, wie das Dachdecken mit Schiefer funktioniert. Umgekehrt lernen sie den Umgang mit Reet. SchülerInnen und Schüler der Berufsschule für Kinderpflege arbeiten in Londoner Kindergärten und Kitas mit, begegnen hier Kindern aus unterschiedlichen Nationen. Gastronomieschüler bekommen Einblicke in die polnische oder slowakische Kochkultur, Firmen nehmen Lehrlinge auf und ermöglichen ihnen damit einen Einblick in die Arbeitswelt und die Kultur des jeweiligen Landes.

Theaterprojekt

„COJC“ ist ein Kunstwort aus Tschechisch und Deutsch und steht für diese Initiative, die mit einem weiteren ersten Preis ausgezeichnet wurde. Diese Phantasiesprache wird in einem deutsch-tschechischen Theaterprojekt, das seit 2003 erfolgreich läuft, regelrecht gelebt: Junge Menschen zwischen 14 und 25 Jahren aus der bayerischen und der tschechischen Grenzregion sind die Zielgruppe. Sie entwickeln – betreut von erfahrenen Theaterpädagogen und Sprachanimatoren - Theaterstücke, führen sie nach intensiven Probenarbeiten an verschiedenen Orten entlang der Grenze öffentlich auf, lösen Diskussionen aus.

Das dritte Siegerprojekt hat die Errichtung des Geschichtsparks Bärnau-Tachov zum Ziel. Der Verein Via Carolina e.V. will gemeinsam mit Terra Tachovia an der Goldenen Straße von Nürnberg nach Prag Geschichte erlebbar machen. Deshalb entsteht seit 2010 am Rande der kleinen Stadt Bärnau ein Geschichtspark. Wurzzeichen dieses archäologischen Freilandmuseums ist die hölzerne Turmhügelburg auf einem künstlich aufgeschütteten Hügel, umgeben von Palisaden und einem Wassergraben. Im

Hintergrund befindet sich das slawische Dorf mit Flechtwand-, Pfosten- und Blockhaus, Grubenhäusern und dem Lehmofenunterstand. Alles ist detailgetreu rekonstruiert. Solche Siedlungen gab es im 8. und 9. Jahrhundert in dieser bayerisch-böhmischen Grenzregion, in der sich Jahrhunderte lang Slawen und Germanen begegneten. Der Geschichtspark Bärnau-Tachov lässt diese gemeinsame Vergangenheit lebendig werden und schlägt als grenzüberschreitendes Projekt eine Brücke zu den Nachbarn.

Kulturdrehscheibe

Das Centrum Bavaria Bohemia (CeBB) im oberpfälzischen Schönsee, gewürdigt mit einem Sonderpreis, fungiert als wichtige Kulturdrehscheibe für die bayerisch-böhmischen Nachbarregionen. Seit der Eröffnung im Jahre 2006 nutzten weit über 150.000 Gäste das äußerst umfangreiche Informations- und Kulturangebot mit einer Fülle von Veranstaltungen, Konferenzen, gegenseitigen Besuchen und Sprachkursen. Diese Begegnungen bedeuten gelebte Nachbarschaft. Das CeBB wird damit seiner Vermittlerrolle gerecht, Jahrhunderte alte Bande wieder zu verknüpfen, die Krieg und Terror zerrissen haben. Bürgerinnen und Bürger, die in diesem Sinne arbeiten, werden mit dem jährlichen Brückenbaupreis ausgezeichnet. Ende 2004 hat sich ein Verein gegründet mit dem Ziel, die Trägerschaft über das Centrum Bavaria Bohemia zu übernehmen und zur Völkerverständigung beizutragen.

Jugendprojekt

Ein weiterer Sonderpreisträger, das Inn-Salzach-Euregio-Jugendorchester (ISEJO) in Mühldorf am Inn, hat sich seit 1998 zu einem überregional beachteten pädagogischen Jugendprojekt entwickelt. Junge Menschen aus Bayern und dem benachbarten Oberösterreich sind seitdem in 89 Konzerten aufgetreten und haben vor mehr als 20.000 Zuhörern 15 verschiedene symphonische Konzertprogramme aufgeführt. Für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer war das ISEJO das Sprungbrett in die Welt der Musik, egal ob als Orchestermittglied oder Solist. Einige ehemalige haben Karriere gemacht, es in so berühmte Klangkörper wie die Staatskapelle Dresden oder zu den Wiener Philharmonikern geschafft.

Die mit einem weiteren Sonderpreis bedachte Siebold-Gesellschaft in Würzburg hat es sich schließlich zur Aufgabe gemacht, im Sinne der Völkerverständigung das Lebenswerk Philipp Franz von Siebolds zu pflegen und weiterzuentwickeln. Der Arzt und Naturforscher, der von 1796 bis 1866 lebte, gilt als der wissenschaftliche Entdecker Japans. Er durfte als einer der wenigen Europäer im 19. Jahrhundert in das weitgehend abgeschottete Japan reisen und dort forschen. DK

LBS Bayern gehört ab 2013 den bayerischen Sparkassen

Von Theo Zellner, Präsident des Sparkassenverbands Bayern

Mit dem Jahreswechsel 2012/13 wird die LBS Bayerische Landesbausparkasse als 100 %-Tochter den bayerischen Sparkassen gehören. Dies ist ein Moment, den viele schon lange für richtig und wichtig gehalten haben für die Struktur der Sparkassen-Organisation und die Schlagkraft unserer gemeinsamen Arbeit. Denn die LBS ist im täglichen Leben schon lange die Bausparkasse der Sparkassen und damit auch ein Teil unserer Sparkassen-Finanzgruppe. Das dabei längst entwickelte Zusammengehörigkeitsgefühl wird jetzt durch den Kauf der LBS von der BayernLB auch eindeutig sichtbar: Die Sparkassen als Hauptvertriebspartner der LBS werden dann auch ihre Eigentümer. Gleichzeitig wird durch diesen Schritt auch das kommunale Eigentum an den Sparkassen gestärkt.

Vom Beihilfeverfahren zum Eigentümerwechsel

Mit dem Abschluss des Beihilfeverfahrens zur BayernLB im Juli 2012 waren die Weichen gestellt – die bayerischen Sparkassen würden ihren Lastenbeitrag durch den Erwerb der LBS sowie eine Kapitalerhöhung leisten. In den vergangenen Monaten stand nun die Klärung der rechtlichen Strukturen und der Abschluss einer Vielzahl von Verträgen zur Flankierung der rechtlichen Selbständigkeit im Vordergrund, damit der Eigentümerwechsel zur Jahreswende so ruhig und glatt vorantreiben kann, dass für die Kunden der Sparkassen und der LBS im Geschäftsverkehr keinerlei Veränderung bemerkbar sein wird.

Stärkung des Geschäftsmodells und des kommunalen Eigentums an den Sparkassen

Wenn die LBS Bayerische Landesbausparkasse jetzt zum 1. Januar erstmals als selbständige Anstalt des öffentlichen Rechts anstatt als unselbständige Abteilung der BayernLB gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen an den Start geht, so stärkt das zunächst das Geschäftsmodell der LBS. Gestärkt wird damit unmittelbar auch das Eigentum der bayerischen Kommunen an den Sparkassen. Denn die bayerischen kommunalen Sparkassen werden die LBS Bayerische Landesbausparkasse und ihre Beziehungen zu ihr konsequent

weiterentwickeln. Es schließt sich ein Kreis: Für mich wie für viele Mitarbeiter der bayerischen Sparkassenorganisation – von den Vorstandsetagen bis in die Geschäftsstellen – ist die LBS ein natürlicher Partner, der zu den Sparkassen gehört. Grundlage dafür ist die gemeinsame Arbeit für unsere Kunden in Bayern, die wissen, dass sie sich auf das bewährte Team, das Tandem aus LBS und Sparkassen, verlassen können. Denn die Menschen in der LBS und in den Sparkassen vor Ort leben traditionell und aus tiefer Überzeugung ein tägliches Miteinander, das sich an einem einzigen gemeinsamen Ziel ausrichtet: An der Zufriedenheit unserer Kunden. Deshalb sind wir bisher immer gemeinsam erfolgreich gewesen. Und deshalb werden wir es auch in Zukunft miteinander sein.

Intensivierung der Familienbande

Die 72 bayerischen Sparkassen freuen sich darauf, die LBS Bayerische Landesbausparkasse künftig nicht nur als ihren erfolgreichen Partner in Bausparfragen, sondern gewissermaßen als enges Familienmitglied ansprechen zu können. Sie waren auch bisher schon Mitglieder der gleichen Familie – der Sparkassen-Finanzgruppe. Dabei gab es immer schon – seit Gründung der damaligen „Öffentlichen Bausparkasse für Bayern“ im Jahr 1929 – diese besondere, enge Zusammenarbeit zwischen der LBS und den bayerischen Sparkassen. Jetzt werden die Familienbande enger: Die Mutter-Tochter-Beziehung ist die intensivste Art der Beziehung, die zwei Unternehmen haben können. Die Sparkassen spielen dabei als Anteilseigner und Vertriebspartner künftig zwei unterschiedliche Rollen für die LBS, doch das ist gut, weil es eine natürliche und folgerichtige Beziehung ist.

LBS als Vertrauensgeber für die Kunden der Sparkassen

Schließlich sind die bayerischen Sparkassen der Hauptvertriebspartner der LBS – sie vermitteln über 80 % des Neugeschäfts. Der LBS-Bausparvertrag ist als fester Bestandteil der Produktpalette der bayerischen Sparkassen nicht wegzudenken. Die Schlagworte dazu lauten: Kurze Wege, wenig Papierkram, kompetente Beratung aus einer Hand. Die Landesbausparkasse ergänzt dabei aber nicht nur die Finanzdienstleistungen der Sparkassen, sondern sie ist gleichzeitig auch ein wichtiger Vertrauensgeber für ihre Kunden.

Shareholder und Vertriebspartner

An der beständigen Weiterentwicklung dieser mehr als guten Zusammenarbeit haben die Sparkassen größtes Interesse – künftig als Vertriebspartner genauso wie als Shareholder. Besondere Verantwortung kommt dabei auf die Sparkassen vorstände zu, die Mitglied im neuen Verwaltungsrat der LBS sind. Sie werden den neuen Weg des Hauses intensiv begleiten. Gemeinsam mit dem Vorstand der LBS, der die Geschäfte kontinuierlich weiterführt, werden sie die enge Verzahnung von Sparkassen und LBS zum Nutzen der Kunden in Bayern vorantreiben. Um in der Sprachwelt der LBS zu bleiben: „Wir geben ihrer Zukunft ein Zuhause.“ □



Unterzeichnung des Kaufvertrags am 10.12.2012: Nils Niermann und Dr. Edgar Zoller aus dem Vorstand der BayernLB, Sparkassenpräsident Theo Zellner (vordere Reihe von links) sowie die LBS-Geschäftsleiter Wolfgang Kube, Dr. Franz Wirthner und Helmut Straubinger. □

Sparkassen-Kreditbasket S-KB IX startet erneut mit Rekordbeteiligung

Erste bundesweite Kreditpooling-Transaktion der Sparkassen nach fünf Jahren erfolgreich abgeschlossen

Die Erfolgsgeschichte der jährlichen Sparkassen-Kreditbasket-Transaktionen wird mit dem Start des Sparkassen-Kreditbasket IX (S-KB IX) fortgeschrieben. Das sechste bundesweite Kreditpooling der Sparkassen-Finanzgruppe verzeichnet eine Rekordbeteiligung von 58 Instituten, die über einen Pool von 447,4 Mio. Euro, bestehend aus 235 Einzeladressen, ihr Blankorisiko diversifizieren.

Die Transaktion wird von BayernLB, Helaba, HSH Nordbank, LBBW, NORD/LB und SaarLB arrangiert sowie von den regionalen Sparkassenverbänden und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) begleitet.

Der S-KB IX löst die nach mehreren regionalen und überregionalen Pools am 19. September 2007 initiierte und mit einer Laufzeit von fünf Jahren ausgestattete erste bundesweite Kreditpooling-Transaktion Sparkassen-Kreditbasket IV (S-KB IV) ab.

Über den S-KB IV hatten im

Jahr 2007 47 Sparkassen 119 einzelne Adressenrisiken aus dem mittelständischen Firmenkreditgeschäft mit einem Gesamtvolumen von rund 200 Mio. Euro abgesichert. Das Gelingen der ersten bundesweiten Transaktion innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe war richtungweisend für das Kreditpooling in Form der Sparkassen-Kreditbaskets, konnten doch über das Zusammenführen verschiedener Regionen erhebliche Vorteile hinsichtlich eines möglichst hohen Diversifikationsgrads erzielt werden. □

EU-Bankenaufsicht:

Kompromiss grundsätzlich tragbar

Der Sparkassenverband Bayern begrüßt, dass die Bundesregierung in ihrer Haltung zur gemeinsamen Bankenaufsicht unter dem Dach der EZB hart geblieben ist. Damit konnte ein Kompromiss ausgehandelt werden, bei dem nicht alle Kreditinstitute über einen Kamm geschoren werden.

Differenzierung

Es wird eine Differenzierung zwischen großen, systemrelevanten Häusern und anderen, wie etwa den regional tätigen Sparkassen, vorgenommen. Für die bayerischen Sparkassen bedeutet dieser Kompromiss, dass sich in der aufsichtsrechtlichen Praxis zunächst nichts ändern wird. Mit Blick auf die bundesweiten Verhältnisse wäre allerdings eine höhere Grenze als 30 Milliarden Euro Bilanzsumme für eine alleinige Beaufsichtigung durch die EZB wünschenswert gewesen.

Zudem lässt die Einigung der EU-Finanzminister einige Fragen offen. Es fehlt eine klare Zuordnung, wer im Zweifel das Sagen hat. Die Kompetenzerweiterung der europäischen Bankenaufsicht muss Klarheit und Verantwortlichkeit deutlich definieren. Im Interesse einer klaren Zuordnung von Kompetenzen zwischen der EZB und den nationalen Aufsichtern sollte an dieser Stelle nachverhandelt werden. □

Neues Förderprogramm von BayernLabo und KfW:

„Inklusionskredit Kommunal Bayern“

Mit einem weiteren attraktiven Förderprogramm wartet die BayernLabo ab 1. Januar 2013 auf. In Kooperation mit der KfW Bankengruppe unterstützt das Institut mit dem „Inklusionskredit Kommunal Bayern“ vor allem den Umbau bayerischer Schulen in barrierefreie Bildungseinrichtungen.

Den „Inklusionskredit Kommunal Bayern“ können Gebietskörperschaften sowie kommunale Zweck- und Schulverbände in Bayern und deren rechtlich unselbständige Eigenbetriebe in Anspruch nehmen. Konkret fördert die BayernLabo als verlässlicher Finanzpartner der bayerischen Kommunen Um- und Ausbaumaßnahmen, die der Schaffung eines barrierefreien Zugangs zu kommunalen Einrichtungen und im öffentlichen Raum dienen. Dazu zählen Maßnahmen an bestehenden Nicht-Wohngebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur wie Schulen, Kindergärten, Verwaltungsgebäude und Sportstätten, aber auch Maßnahmen an bestehenden Verkehrsanlagen wie Haltestellen, Straßen oder Signalanlagen.

Förderfähig sind alle Kosten, die für die fachgerechte Ausführung erforderlich sind. Hierzu gehören Beratungs- und Planungsleistungen sowie zur ordnungsgemäßen Fertigstellung und Funktion des Investitionsobjektes notwendige Nebenarbeiten.

Die KfW stellt der BayernLabo zinsgünstige Refinanzierungsmittel aus ihrem neuen Programm „IKK - Barrierearme Stadt“ zur Verfügung. Beide Institute haben dazu ein Globaldarlehen über 50 Mio. Euro vertraglich vereinbart. Den bereits aus Mitteln der KfW verbilligten Programmzinssatz reduziert die BayernLabo um weitere 0,20 Prozent pro anno.

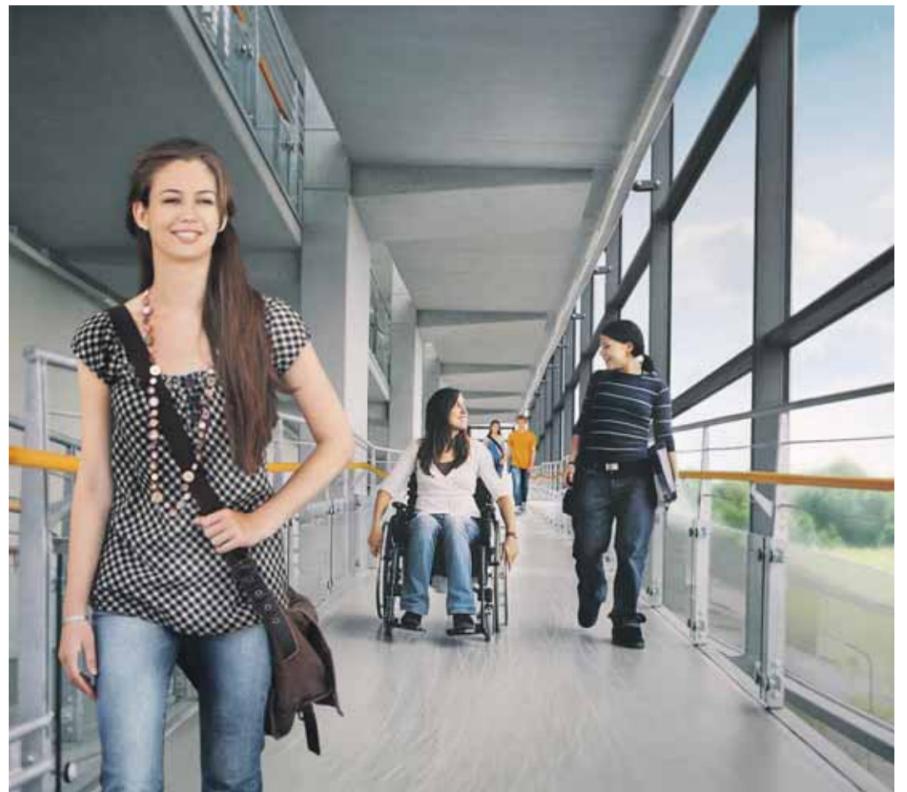
Die Kreditlaufzeit beträgt alternativ zehn oder 20 Jahre bei einer zehnjährigen Zinsbindung mit bis zu drei tilgungsfreien Jahren. Bei einer Laufzeit von zehn Jahren und einer zehnjährigen Zinsbindung würde der Zinssatz aktuell bei 0,0 Prozent per anno liegen (Stand: 12. Dezember 2012), während es bei einer Laufzeit von 20 Jahren und einer zehnjährigen Zinsbindung 0,24 Prozent wären.

Laut BayernLB-Verwaltungsratsvorsitzendem Dr. Markus Söder „können wir mit dem neuen Angebot der BayernLabo jetzt erreichen, dass Schüler mit und ohne Behinderung im gesamten Freistaat gemeinsam unterrichtet werden. Die BayernLabo unterstützt damit den Beschluss des Bayerischen Landtags zur schulischen Inklusion. Sie erfüllt damit auch ihre wichtige Funktion als Kommunal- und Förderbank des Freistaates Bayern.“

Dr. Edgar Zoller, im Vorstand der BayernLB verantwortlich für das Geschäft der BayernLabo, erklärt: „Mit dem „Inklusionskredit Kommunal Bayern“ wollen wir einen Beitrag leisten, um die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung und insbesondere auch von älteren Menschen im Freistaat Bayern weiter zu verbessern.“

Weitere Details zum „Inklusionskredit Kommunal Bayern“ werden ab Januar 2013 auf der Website www.bayernlabo.de veröffentlicht. Dort lassen sich auch die tagesaktuellen Konditionen der anderen Förderprogramme abrufen, die die BayernLabo für bayerische Kommunen und Zweckverbände bereithält.

Weiterführende Fragen zu allen Kreditprodukten beantworten die Experten der BayernLabo unter der Telefonnummer 089/2171-22004. DK



Bildung fängt beim Zugang an

Barrierefrei bewegen, lernen und arbeiten: Mit dem neuen Förderprogramm Inklusionskredit Kommunal Bayern unterstützt die BayernLabo Kommunen beim behindertengerechten Umbau von Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen.

Weitere Informationen finden Sie unter ► www.bayernlabo.de

Das Förderinstitut der BayernLB

Bayern Labo

Sparkasse Landshut:

Kommunalvertreter informierten sich über SEPA

Stromrechnungen, Kanalgebühren, Kosten für die Müllabfuhr, Gewerbesteuer - die Liste der Zahlungen, die die Kommunen mit Bürgern und Firmen abwickeln, ist lang. Mit der Single-Euro-Payment-Area, kurz SEPA, kommen nicht nur auf Firmen große Veränderungen zu, auch die Kommunen sowie kommunale Unternehmen sind davon stark betroffen. Um die für die Zahlungsabwicklung Verantwortlichen in Städten, Gemeinden und Zweckverbänden über die Auswirkungen zu informieren, hatte die Sparkasse zu einer Informationsveranstaltung eingeladen.

Josef Klaus, Kommunalkundenbetreuer der Sparkasse begrüßte die mehr als 60 Gäste und führte kurz in das Thema SEPA ein. Danach erläuterte Johann Stieglmeier, Projektleiter und damit Verantwortlicher für die SEPA-Einführung in der Sparkasse Landshut, die Details des SEPA-Regelwerks. Vor allem im Bereich der Lastschrift-einzüge kämen gravierende Änderungen auf alle Nutzer zu, so Stieglmeier. Dazu gehöre, dass Lastschrifteinreichungen ab 1. Februar 2014 zwingend eine Gläubiger-ID benötigten, die bei der Deutschen Bundesbank beantragt werden muss.

Keine Zahlungen per Diskette oder USB-Stick

Des weiteren empfiehlt es sich, schon heute BIC und IBAN, die neuen europäischen Bankleitzahlen und Kontonummern, auf allen Bescheiden und Rechnungen anzugeben. Ganz abgeschafft wird zur SEPA-Umstellung die Möglichkeit, Zahlungen per Diskette oder USB-Stick einzureichen. Eben-

falls neu, so der Referent, sei die Einführung von Mandatsreferenznummern, die individuell für jeden Zahlungspflichtigen vergeben und bei jeder Abbuchung angegeben werden müssen. Sofern einzelne Kommunen das Abbuchungslastschriftverfahren nutzen, müssen diese rechtzeitig vor dem 1. Februar 2014 neue Abbuchungsaufträge mit den Zahlungspflichtigen vereinbaren. Gute Nachrichten gibt es dagegen für alle, die heute mit Einzugsermächtigungen arbeiten. Sofern sie ordnungsgemäß vorliegen, können diese auch nach dem 1. Februar 2014 weiterverwendet werden.

Tipps zur Umstellung

Nach den grundlegenden Informationen gab Johannes Walter vom electronic-banking-Team der Sparkasse noch zahlreiche Tipps und Hinweise, worauf in der Praxis bei der Umstellung zu achten ist. Dreh- und Angelpunkt einer reibungslosen SEPA-Umstellung sei, so Walter, dass die Software dem Benutzer viele Arbeitsschritte

abnehme. Dazu gehöre zum Beispiel die automatische Vergabe der Mandatsreferenz und die Umrechnung von Kontonummern und Bankleitzahlen in BIC und IBAN.

Diese Auffassung bestätigten auch die Referenten der beiden

Kommunale Verschuldungsdiagnose:

Wertvolles Instrument zur Zins- und Risikosteuerung

KVD geht in die dritte Runde – Schuldenanalyse erstmals auch für kommunalnahe Unternehmen

Die derzeitige Haushaltslage stellt viele kommunale Finanzentscheider vor enorme Herausforderungen. Vor allem mit Blick auf die Eurokrise und ihren Auswirkungen auf die Konjunktur und damit auf die Haupteinnahmequelle vieler Kommunen, die Gewerbesteuer, bleiben kurzfristige Prognosen zur kommunalen Verschuldungssituation verhalten.

Vor diesem Hintergrund bietet die Kommunale Verschuldungsdiagnose (KVD) Kommunen sowie kommunalnahen Unternehmen Transparenz, Sicherheit und Unabhängigkeit im kommunalen Schuldenmanagement. Das Projekt unter der Schirmherrschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) ist im November 2012 nunmehr in die dritte Runde gestartet.

In den Jahren 2010 und 2011 nahmen bundesweit bereits 786 Kommunen an der Initiative teil. Insgesamt wurden mit etwa

kommunalen Dienstleistungsfirmen, der AKDB und der Komuna, Manfred Gaspers und Wolfgang Goletz. Auch diese hatten ihre Beteiligung an der Informationsveranstaltung zugesagt, da sie für einen großen Teil der Kommunen EDV-Dienstleistungen erbringen. In eigenen Kurzvorträgen gingen sie zum Abschluss der Veranstaltung auf die Besonderheiten der jeweiligen EDV-Anwendung ein und versprachen auch ihrerseits den Verantwortlichen in den Kommunen die volle Unterstützung bei der SEPA-Umstellung. □



Informierten die Vertreter der Kommunen über die Änderungen in Zusammenhang mit SEPA: (v. l.) Josef Klaus, Johann Stieglmeier und Johannes Walter sowie Manfred Gaspers von der AKDB und Wolfgang Goletz von Komuna. □

Kommunen innerhalb der Vergleichsgruppen wird jeweils auf Basis der Merkmale Bundesland, Verschuldungshöhe, Einwohnerzahl oder Kommumentyp bestimmt. Somit bietet die KVD den Teilnehmern die Möglichkeit, ihre Zins- und Verschuldungssituation im Vergleich zur anonymisierten Vergleichsgruppe zu betrachten und diese politisch neutrale Unterlage in Gemeinderat und Finanzausschuss zu präsentieren. Zusammen mit der beratenden Sparkasse oder Landesbank werden Handlungsoptionen erarbeitet und der Weg zu einem aktiven Schuldenmanagement gebnet.

Individueller Zuschnitt

Die Erfahrungen der KVD 2010 und 2011 haben gezeigt, dass in den Kammereien häufig die Kreditverwaltung manuell geschieht. Für die oft sehr diversifizierten Kreditportfolios erscheint jedoch die Einsetzung einer Software sinnvoll. Eine solche wird aktuell im Rahmen der KVD unter der Schirmherrschaft des DSGVO entwickelt. Die Software wird exakt auf die Bedürfnisse von Kommunen und Kommunalnahen Unternehmen zugeschnitten sein - Kassenstatistiken per Knopfdruck, Zinsszenarien im Zeitablauf sowie Berichte für Gremien und Ausschüsse inklusive. Als besonderer Service der S-Finanzgruppe wird im Anschluss an die KVD jedem Teil-

nehmer diese Software für eine Testphase von sechs Monaten unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Anmeldeschluss: 31. Januar 2013

Fazit: Mit einem wirklich geringen Aufwand erhalten Kommunen und kommunale Unternehmen eine politisch neutrale, detaillierte und leicht verständliche Aufbereitung ihrer Schulden-situation. Sämtliche Kosten übernimmt in der Regel die S-Finanzgruppe – die Teilnahme ist in der Regel kostenlos. Teilnahmeunterlagen sind bei der Sparkasse, Landesbank oder direkt über das KVD-Initiativbüro erhältlich. Anmeldeschluss ist der 31. Januar 2013.

Mitmachen lohnt sich

Im Nachgang an ihre Anmeldung erhalten Interessenten eine Excel-basierte Eingabemaske, in der sie ihren Kredit und Derivatebestand erfassen. Dieser ist an die Sparkasse zurückzusenden. Nach einer kurzen Bearbeitungszeit wird die Analysepräsentation mit den erstellten Auswertungen vorgelegt. Nach Anmeldeschluss werden die Datensätze aggregiert und der Kunde erhält die Vergleichsergebnisse sowie den Zugang zur Software für die Schuldenverwaltung und Kreditportfoliosteuerung – inklusive des zur KVD 2012 eingereichten Datensatzes. Mitmachen lohnt sich also. **DK**



Wann ist ein Geldinstitut gut für Deutschland?

Wenn es versteht, dass unser größtes Kapital die Umwelt ist.



Sparkassen fördern eine nachhaltige Entwicklung. Mit einem breiten Beratungs- und Finanzierungsangebot übernehmen sie gemeinsam mit ihren Kunden Verantwortung für eine ökologisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich tragfähige Lebensweise. Das ist gut für die Umwelt und für die Lebenschancen zukünftiger Generationen. www.gut-fuer-deutschland.de

Sparkassen. Gut für Deutschland.

Übersichtliche Aufbereitung

Im Rahmen der Teilnahme an dieser Initiative werden Kreditportfolios analysiert und die Ergebnisse übersichtlich aufbereitet. Grafische Darstellungen, einfach verständliche Kennzahlen und eine tabellarisch aufbereitete Übersicht aller Kredite sind die wesentlichen Bausteine der Analyse. Die Nominalstruktur im Zeitablauf wird anhand unterschiedlicher Betrachtungsweisen analysiert.

Somit werden das Verhältnis zwischen Investitionskrediten und Kassenkrediten oder der Anteil an variablen und fest verzinslichen Krediten jeweils über den gesamten Analysezeitraum dargestellt. Die zu leistenden Zinszahlungen werden in unterschiedlichen Szenarien betrachtet und verglichen. Damit bekommt der Teilnehmer einen guten Überblick über die Zusammensetzung seines Kreditportfolios.

Handlungsoptionen

Der Vergleich des eigenen Kreditportfolios mit dem Durchschnittsportfolio verschiedener Vergleichsgruppen ist ein weiterer wesentlicher Aspekt der kommunalen Verschuldungsdiagnose. Die Zuordnung der



Interaktive Energieausstellung von erdgas schwaben

Wanderausstellung in schwäbischen Sparkassen

erdgas schwaben feierte die Premiere der interaktiven Energie-Ausstellung: Die Wanderausstellung wird in Sparkassen in ganz Bayerisch-Schwaben zu sehen sein. Die Ausstellung ist Teil der Feierlichkeiten rund um das 100-jährige Jubiläum des erdgas schwaben Standorts Göggingen, Augsburg. Von hier aus wird die Region mit bezahlbarer Energie versorgt und seither liefert erdgas schwaben die Basis auf der wirtschaftliche, technische und gesellschaftliche Entwicklung entsteht.

Zur Eröffnung in die Sparkasse Gersthofen kamen v. l. Harald Güller, MdL, Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben, MdL und stellvertretender Landrat Max Strehle, Manfred Stöckl, Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Augsburg, Horst Schönfeld, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Augsburg. Weitere Stationen sind Königsbrunn, Schwabmünchen, Nördlingen, Donauwörth, Augsburg, Günzburg und Kaufbeuren. □

Jubiläumsfeier 40 Jahre Bayerische Landesbank:

Stabilität genießt oberste Priorität

Am 1. Juli 1972 fusionierten die Bayerische Gemeindebank und die Bayerische Landesbodenkreditanstalt zur Bayerischen Landesbank Girozentrale. In einer außerordentlichen Versammlung am 13. April 1972 stimmte die erforderliche Mehrheit der vertretenen Sparkassen für die Vereinigung der beiden Institute. Der Bayerische Landtag verabschiedete schließlich im Juni 1972 das Gesetz über die Bayerische Landesbank. Aus Anlass des 40-jährigen Bestehens des Instituts gaben sich Vertreter des öffentlichen Lebens bei einem Empfang in München ein Stelldichein.

Der Präsident des Sparkassenverbands Bayern, Theo Zellner, legte eingangs das Augenmerk auf „herausfordernde 20 Monate in Zusammenhang mit dem drohenden EU-Beihilfeverfahren zur Restrukturierung der BayernLB“. Mit vereinten Kräften sei das Verfahren abgewendet worden und man sei zu guten, zukunftsfähigen Ergebnissen für die bayerische Sparkassen-Finanzgruppe gekommen. Zellner zufolge „bietet diese Tatsache uns allen wieder ein Mehr an Sicherheit und Stabilität in der Zusammenarbeit“.

Beitrag der Sparkassen

Die bayerischen Sparkassen hätten über die Wandlung der stillen Einlagen und die damit verbundene Kapitalerhöhung an der Bank wieder einen größeren Anteil an der Landesbank und trügen deshalb zu ihrer Gestaltung in der Zukunft wieder stärker bei, betonte der SVB-Präsident. Dies geschehe im Willen um eine weiter erfolgreiche Wirtschaftspolitik in Bayern.

Willkommene Neuausrichtung

Zellner: „Den bayerischen Sparkassen ist die zukünftige Zusammenarbeit mit der BayernLB sehr wichtig. Wir begrüßen die Neuausrichtung unserer BayernLB in allen Facetten. Es wird sich dauerhaft lohnen, das Hauptaugenmerk wieder stärker auf das originäre Geschäft mit den Spar-

kassen in den einzelnen Regionen Bayerns zu legen und sich auf die Erfolgsfaktoren der langjährigen Zusammenarbeit zu konzentrieren.“

Wie Zellner ausführte, garantieren die Sparkassen mit ihrem streng realwirtschaftlich und regional ausgerichteten Geschäftsmodell eine flächendeckende Kreditfinanzierung – ab einer bestimmten Größenordnung oft konsortial mit der BayernLB. Über 70 Prozent aller Mittelständler hätten eine Geschäftsverbindung zu einem Institut der Sparkassen-Finanzgruppe. Während sich die „Großen“ und „Internationalen“ in der Krise an der Finanzierung des Mittelstandes zurückgezogen haben oder zurückziehen mussten, hätten die Sparkassen ihr Kreditengagement gerade in der Krise weiter ausgebaut.

Gesicherte Refinanzierungsbasis

Für diese Robustheit seien eine solide Eigenkapitalausstattung und eine gesicherte Refinanzierungsbasis entscheidend gewesen. „Umso mehr belastet uns die Diskussion um Regulierungen auf europäischer Ebene. Notwendige Eigenkapitalausstattung ja, aber was uns Sorge macht, dass man ständig nur reguliert im öffentlich-rechtlichen Bereich der Kreditversorgung. An der Stelle aber, wo Risiko erzeugt wird, fehlt es an Konsequenz und man kommt über Absichtserklärungen nicht hinaus. Für die notwendige

Planungssicherheit fehlt es an der dringend notwendigen Differenzierung zwischen risikoreichem Kapitalmarkt und wirtschaftsunterstützendem Kreditgeschäft“, monierte der Sparkassenchef.

Drei Beispiele tickten hier wie Zeitbomben, erläuterte Zellner: „Erstens die drohende, völlig überzogene Risikogewichtung von risikolosen Mittelstandskrediten, versehen mit der Gefahr der Kreditverteuerung, zweitens die geplante unverständliche Einbeziehung von rund 6000 regional, absolut nicht systemrelevant agierenden Finanzinstituten in eine europaweite Aufsicht bei schon vorhandener Dreifach-Aufsicht in Deutschland durch BaFin, Bundesbank und regionale Prüfungsstellen und drittens die geforderte europaweite Einlagensicherung, um so auch noch den letzten Vertrauenshort der Bürger zu brechen.“

One face to the customer

Zurück zur BayernLB: Die Zielsetzung der Bank „one face to the customer“ lässt sich laut Zellner gut an. Vertriebsdirektionen in den Regionen der Vorstandsbetreuung seien dafür markante Kennzeichen. Dies setze sich inhaltlich fort: „Zum Beispiel ist Staatsminister Söders Begriff einer ‚Energiebank‘ Wasser auf unseren Mühlen, weil die Energiegewende von den Sparkassen maßgeschneidert begleitet wird. Wir finanzieren Zukunftsenergien, auch mit dem Know-how der Landesbank.“

Ohne den Verbundpartner BayernLB wäre das Angebot an die Kunden nicht vollständig. Sie übernehme als Zentralbank der bayerischen Sparkassen vielfältige Aufgaben eines Produkt- und Systemlieferanten. Sie trage entscheidend dazu bei, dass die Sparkassen ihre volle Wirkung in

der Region entfalten können. Zellner: „Man darf nicht vergessen, dass die BayernLB mit ihren Angeboten die Kreditvergabemöglichkeiten der Sparkassen stark erweitert und damit die Entwicklung unserer mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur in Bayern mitträgt.“

Der Sparkassenpräsident knüpfte an das Zielbild der BayernLB als „gesunde Kundenbank der Sparkassen“ an, die für die bayerische und deutsche Wirtschaft nachhaltig wertvoll sei. „Wenn wir im Sinne einer ‚präferierten Partnerschaft‘ zusammenarbeiten, bin ich überzeugt, dass wir unser gemeinsames Ziel auch erreichen“, machte Zellner deutlich.

Stabilisierung am Markt

„Die BayernLB hat eine schwierige Zeit hinter sich. Wir wollen nun aber stark in die Zukunft blicken“, hob Markus Söder, Verwaltungsratsvorsitzender der BayernLB und bayerischer Finanzminister hervor. Betrachte man sich die Entwicklung der vergangenen Jahre, so könne das Institut nunmehr von sich behaupten: „Wir sind wieder am Markt und haben uns stark stabilisiert.“ Nach harten Verhandlungen mit der Europäischen Union stand Söder zufolge „das klare Ja zur Lebensfähigkeit, aber auch das klare Ja zu den Geschäftsmodellen“.

Blickpunkt Mittelstand

Solides Wirtschaften ohne übertriebene Risiken sei nunmehr oberste Maxime. Söder: „Wir werden schlanker, regionaler. Im Mittelpunkt steht für uns der bayerische Mittelstand. Dieser braucht eine Perspektive.“ Hier sei eine Landesbank unter anderem auch als strategisches Instru-

ment der Wirtschaftsbegleitung, der Wirtschaftsförderung und der Investitionen im Ausland dringend nötig.

„Wir waren, sind und bleiben eine systemrelevante Bank. Wir sind mit den Sparkassen wieder enger zusammengewachsen. Dies ist ein wichtiges Signal“, bekräftigte der Verwaltungsratsvorsitzende. Zukunftsfähige Geschäftsfelder seien geschaffen worden. Jetzt gelte es, Stück für Stück die EU-Vorgaben umzusetzen. „Da wir sehr gut aufgestellt sind, können wir nun die Segel richtig setzen“, zeigte sich Söder überzeugt.

Geschäftsmodell

Nach den Worten von Gerd Häußler, Vorstandsvorsitzender der BayernLB, definierte sich die Landesbank vor 40 Jahren hauptsächlich als Sparkassenzentralbank, Hausbank des Freistaates Bayern, Kreditinstitut der Kommunen und Universalbank mit Schwerpunkt im Wertpapier- und Auslandsgeschäft. Darüber hinaus konnte die Bank durch die Landesbausparkasse (1929 als Abteilung der Gemeindebank gegründet) und durch die Landesbodenkreditanstalt wichtige Aufgaben im Städte- und Wohnungsbau abdecken. In den Jahren danach habe die BayernLB freilich „viele Modetrends mitgemacht“.

Damals fußte Häußler zufolge das Geschäftsmodell auf den Attributen Kundenorientierung und Risikoarmut. Dieses für die BayernLB bewährte Modell sei wiederbelebt worden. Es verspreche keine Traumrenditen, sei aber langfristig tragfähig. Häußler: „Wir kehren nun sozusagen an den Ausgangspunkt im Jahre 1972 zurück. Leider war der Umweg in diesen 40 Jahren sowohl

für die Bank, insbesondere aber für die Eigentümer, sehr teuer.“

Bereits 2009 habe die BayernLB ihre Lehren aus der Beinahe-Insolvenz gezogen und ihr erstes Transformationsprogramm aufgelegt. Seitdem befinde sich die Bank „in dem radikalsten Veränderungsprozess ihrer Geschichte hin zu einer kleineren nachhaltig profitablen kundenorientierten Universalbank“.

Im Zuge der Neuausrichtung habe sich das Institut aber nicht nur verkleinert: „Wir haben auch mit Augenmaß investiert und die Wettbewerbsfähigkeit der BayernLB-Kernaktivitäten verbessert. Um das Geschäft mit dem Mittelstand auszubauen, haben wir beispielsweise unseren Standort Nürnberg gestärkt und eine neue Niederlassung in Düsseldorf eröffnet.“

Operation am offenen Herzen

Die Veränderungen in den vergangenen drei Jahren bezeichnete der Vorstandsvorsitzende als „gewaltig“. Insbesondere hob er den „Spagat zwischen der Transformation der BayernLB und der Weiterentwicklung des Kerngeschäfts“ hervor. Dies sei eine „Operation am offenen Herzen“.

Als größte Herausforderung für die BayernLB der nächsten Jahre benannte Häußler die von der EU-Kommission auferlegte Rückzahlung von 5 Mrd. Euro hartem Kernkapital an den Freistaat. „Wir müssen den Betrag schrittweise bis zum Jahr 2019 erbringen. Leisten können wir dies durch einen Maßnahmen-Mix. Dabei genießt die Stabilität der Bank oberste Priorität“, so der Vorstandschef abschließend. **DK**

„Teilzeitarbeit bedeutet Teilzeitrente“

Für Frauen gilt: Versorgungslücken im Alter nicht unterschätzen und frühzeitig mit der Altersvorsorge beginnen

Beruf und Familie zu vereinbaren, ist für viele Frauen eine große Herausforderung. In den bayerischen Gemeinden arbeiten rund 78.000 Personen in Teilzeit – davon sind über 80 Prozent Frauen. Ein großer Teil der Mütter entscheidet sich dagegen ausschließlich für die Familie. In beiden Fällen hat dies erhebliche Auswirkungen auf die Altersvorsorge und kann im Alter zu massiven finanziellen Engpässen führen.

Die gesetzliche Rente richtet sich danach, wie lange jemand gearbeitet hat und wie hoch das Einkommen war. Die Folge ist, dass Frauen in Bayern durchschnittlich 702 Euro gesetzliche Rente im Monat, Männer dagegen 994 Euro erhalten. Die Gründe sind bekannt: Frauen zahlen weniger in die gesetzliche Rentenversicherung ein, weil sie laut Statistischem Bundesamt 22 Prozent weniger verdienen als Männer, öfter in Teilzeit arbeiten oder aufgrund von Erziehungszeiten Pausen in ihrer Erwerbsbiographie haben.

Riester-Rente

„Teilzeitarbeit bedeutet Teilzeitrente“, merkt Barbara Schick, Vorstandsmitglied der Versicherungskammer Bayern, an. Auch wer mit begrenzten finanziellen Spielräumen kämpft, sollte dennoch heute alle seine Möglichkeiten prüfen, um später im Alter finanziell abgesichert zu sein.

Besonders Frauen mit Kindern ist die Riester-Rente zu empfeh-

len. Denn als Riester-Sparer profitieren sie in besonderem Maße von der staatlichen Förderung und erhalten pro Jahr eine Grundzulage von 154 Euro und zusätzlich 300 Euro für jedes Kind. Für Kinder, die vor dem 1. Januar 2008 geboren sind, bekommen sie 185 Euro an Zulagen. Wenn eine vierköpfige Familie jährlich vier Prozent des Bruttoeinkommens in den Riester-Vertrag einzahlt, erhält sie bis zu 908 Euro Zulagen – im Jahr. Um auf Dauer die maximale Förderung vom Staat zu erhalten, lässt sich die Beitragshöhe flexibel an die jeweilige Einkommenssituation anpassen.

Sicherer Klassiker

Auch die Klassiker der Altersvorsorge sind für Frauen eine sichere Altersvorsorge. „Mit einer privaten Rentenversicherung erhalten Frauen eine lebenslange Rente im Alter – egal wie alt sie werden“, betont Schick. Je früher der Grundstein für die private Rente gelegt wird, desto gering-

ger sind die Beiträge, die für ein ausreichendes Alterseinkommen aufzuwenden sind. Für eine monatliche private Rente inklusive Überschussbeteiligung in Höhe von 400 Euro bezahlt eine 25-jährige Frau aktuell rund 87 Euro. Mit 40 Jahren erhöht sich der Beitrag schon auf etwa 224 Euro im Monat.

Günstige Einsteigerprodukte

Kapital für den Ruhestand aufzubauen und gleichzeitig die Angehörigen im Todesfall abzusichern, gelingt Frauen mit einer Rentenversicherung mit integriertem Todesfallschutz. Auch den wichtigen Schutz einer Berufsunfähigkeitsversicherung sollten Frauen nicht vernachlässigen – egal ob sie zuhause Kinder betreuen, Angehörige pflegen, in Teilzeit arbeiten oder vollbeschäftigt sind.

Besonders in jungen Jahren können Frauen hier von günstigen Einsteigerprodukten profitieren wie beispielsweise dem Tarif Einkommenssicherung StartSchutz der Versicherungskammer Bayern. Und nicht zuletzt lohnt es sich beim Arbeitgeber nach Angeboten für eine betriebliche Altersversorgung zu erkundigen. □

Intelligente Lösungen für bayerische Kommunalkunden

Wir machen uns stark für die Kommunen

In Kooperation mit den bayerischen Sparkassen bieten wir den bayerischen Kommunen ein innovatives und lückenloses Leistungsspektrum an. Hierzu gehört die Finanzierung von kommunalen Bau- und Infrastrukturprojekten ebenso wie die Begleitung von Maßnahmen zur Energieeinsparung im Rahmen der Energiewende oder die Analyse und Optimierung von Kreditportfolien. Dabei sind wir nicht nur kreativ bei der Nutzung innovativer Finanzierungsquellen. Wir haben auch viel Erfahrung mit der Ausschöpfung aller relevanten Fördermöglichkeiten. Haben wir etwas vergessen? Dann sagen Sie es uns. Wir können es sicher auch. > vertriebsdirektion-kommunalkunden@bayernlb.de

Finanzgruppe **BayernLB**

LFA Förderbank Bayern:

Fokus auf kommunale Infrastrukturvorhaben

GZ-Interview mit Vorstandsvorsitzendem Dr. Otto Beierl

Die LFA Förderbank Bayern ist die staatliche Spezialbank zur Förderung des Mittelstands in Bayern. Um den Wirtschaftsstandort zu stärken, unterstützt die LFA auch kommunale Infrastrukturvorhaben, die - sofern es sich dabei um Programmkredite handelt - abweichend vom sonst üblichen Hausbankprinzip direkt bei der LFA beantragt werden. Über neue Förderprogramme und weitere kommunalspezifische Aktivitäten informierte Vorstandsvorsitzender Dr. Otto Beierl im Gespräch mit GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel.

GZ: Die LFA hat zum 1. November 2012 die Energieförderung auf neue Füße gestellt. Was bedeutet das für die Kommunen?

Beierl: Ab sofort stehen zwei neue Förderprogramme der LFA Förderbank Bayern zur Verfügung, um die Energiewende weiter

derprogramm aufgelegt, das von der LFA begleitet wird. Was beinhaltet dieses Programm grundsätzlich?

Beierl: Neben der gezielten Förderung in strukturschwachen Gebieten forciert der Freistaat das Hochgeschwindigkeits-Internet nun auch in allen anderen Landes-

Infrakredit Energie

Wer wird gefördert?

- Kommunale Gebietskörperschaften
- rechtlich unselbstständige Eigenbetriebe von kommunalen Gebietskörperschaften
- bayerische kommunale Zweckverbände, die auf Basis des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit oder des Zweckverbandsgesetzes gegründet wurden und zu 100 % gemeindliche Mitglieder aufweisen

Was wird gefördert?

- Allgemeine Energieeinsparung und Umstellung auf erneuerbare Energieträger
- Energieeffiziente Stadtbeleuchtung
- Energieeffiziente Quartiersversorgung (Wärmeversorgung, Wasserver- und Abwasserentsorgung)

Wie wird gefördert?

- Zinsgünstige und langfristige Darlehen

voran zu treiben. Staatsregierung und LFA haben mit dem Investivkredit Energie für die gewerbliche Wirtschaft und dem Infrakredit Energie, der sich an Kommunen, rechtlich unselbstständige kommunale Eigenbetriebe sowie kommunale Zweckverbände richtet, zwei neue, starke Darlehensprogramme aufgelegt, um gezielt Investitionen im Energiebereich anzustreben.

GZ: Wie ist das Förderprogramm Infrakredit Energie ausgestaltet?

Beierl: Mit dem Infrakredit Energie bieten wir Kommunen eine attraktive und langfristige Finanzierung von Maßnahmen zur allgemeinen Energieeinsparung und Umstellung auf erneuerbare Energieträger sowie für die Bereiche energieeffiziente Stadtbeleuchtung und energieeffiziente Quartiersversorgung. Der Infrakredit Energie wird von der KfW zinsgünstig refinanziert und aus Gewinnmitteln der LFA zusätzlich zinsverbilligt. Bundes- und Landesförderung werden so optimal gebündelt. Im Übrigen hat die LFA in diesem Jahr den Bereich Infrastrukturförderung auch als eigenständiges Geschäftsfeld neben Gründung, Wachstum, Technologie, Umweltschutz und Stabilisierung aufgewertet.

GZ: Wissen die Kommunen darüber Bescheid?

Beierl: Selbstverständlich haben wir eine Kommunikationsoffensive gestartet. Sehr viele Kommunen kennen uns ohnehin von unserem Förderangebot Infrakredit Kommunal. Wir beobachten, dass eine Gemeinde, die einmal bei uns einen Kredit beantragt hat, immer wieder auf uns zukommt, weil die Bearbeitung sehr schnell, sehr effizient und sehr schlank vor sich geht. Viele der Kommunen, die bereits einen Infrakredit Kommunal in Anspruch genommen haben, interessieren sich jetzt auch für das Energiethe- ma. In diesem Zusammenhang möchte ich auch die sehr gute Zusammenarbeit der LFA mit den kommunalen Spitzenverbänden in Bayern hervorheben.

GZ: Stichwort Breitbandausbau: Zu diesem Thema hat der Freistaat Bayern ein neues För-

derprogramm aufgelegt, das von der LFA begleitet wird. Was beinhaltet dieses Programm grundsätzlich?

Beierl: Neben der gezielten Förderung in strukturschwachen Gebieten forciert der Freistaat das Hochgeschwindigkeits-Internet nun auch in allen anderen Landes-

teilen mit gestaffelten Fördersätzen. Da es für einen Netzbetreiber ohne Zuschuss im Grunde genommen nicht möglich ist, ein Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetz kostendeckend aufzubauen, werden je nach finanzieller Ausstattung der Kommune - Zuschüsse zwischen 40 und 80 Prozent zur Deckung der Wirtschaftlichkeitslücke gewährt. Auf Wunsch der Kommune kann die LFA nunmehr ein zinsgünstiges Darlehen auf diesen Zuschuss anbieten, so dass im Zuge einer kombinierten Förderung der Finanzierungsbedarf bis zu 100 Prozent abgedeckt wird.

GZ: Manchmal aber steckt der Teufel im Detail. Die Praxis zeigt, dass sich unter Umständen sehr viel weniger Kommunen aus diesem Programm bedienen können, als es zunächst den Anschein hat. Gibt es in ihrem Haus eine Stellschraube, wo auch zusätzlicher Beratungsbedarf bedient werden könnte?

Beierl: Beim Thema Breitband besteht kein Beratungsbedarf seitens der LFA, weil wir uns 1:1 an die Zuschussförderung angliedern. Für Beratung und Zuschüsse sind derzeit im Auftrag des Wirtschaftsministeriums die jeweiligen Bezirksregierungen zuständig. Die LFA hat hier keinen eigenen Gestaltungsspielraum.

GZ: Welcher Ansprechpartner nun gerade der Richtige ist, mag für manchen Kunden nicht auf den ersten Blick ersichtlich sein. Worin unterscheiden sich LFA Förderbank Bayern und BayernLabo?

Beierl: Zunächst einmal ist die Zusammenarbeit zwischen LFA und BayernLabo sehr gut. Wir tauschen uns immer wieder über Fragen der Förderung und der gegenseitigen Abgrenzung von Bereichen aus. Meldet sich bei uns eine Kommune mit einem Anliegen, das wir nicht fördern können, verweisen wir sie selbstverständlich an den entsprechenden Ansprechpartner der BayernLabo und umgekehrt.

Generell finanzieren wir im Kommunalkreditbereich nur Investitionen, während die BayernLabo darüber hinaus auch Kassenkredite vergibt. Im Investitionsbereich ist die LFA dort tätig, wo ein



Dr. Otto Beierl mit Anne-Marie von Hassel bei der Präsentation der LFA-Infrastrukturbrochure.

wirtschaftlicher Bezug nahe liegt – siehe Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Verkehrsinfrastruktur oder Erschließung von Gewerbegebieten. Hingegen widmet sich die BayernLabo den Bereichen Schule, Bildung, Gesundheit, Rathausbau etc.

GZ: Sie sind seit 1. Januar 2012 Vorstandsvorsitzender der LFA. Welche Erfahrungen haben Sie in diesem knappen Jahr gemacht?

Beierl: Das Angenehme an der Übernahme des Vorstandsvorsitzes war die Gewissheit, dass in der Vergangenheit tadellose Arbeit geleistet wurde. Wir sind ein hervorragend aufgestelltes Institut mit einer guten Eigenkapitalquote und einem klaren Förderauftrag, den wir bestmöglich erfüllen. Es macht Freude zu sehen, was in Bayern dank unserer Hilfe entsteht. Unsere Produkte werden stark nachgefragt.

2011 hat die LFA einen Zukunftsrekord aufgestellt. 2012 werden wir diese Marke in etwa wieder erreichen können. Im Interesse der gewerblichen Wirtschaft und der Kommunen haben wir auf hohem Niveau sehr gut gearbeitet. Das

kehrbereich - Stichwort Straßenbau.

GZ: Begleitet ihr Haus auch PPP-Projekte?

Beierl: Durchaus. Wenn eine Geschäftsbank mit dem Wunsch auf uns zukommt, an dieser Form der Finanzierung mitzuwirken, stehen wir dem offen gegenüber. Wir sind dazu in der Lage, weil wir über die hierfür notwendigen Prozesse verfügen.

GZ: Kommunalpolitiker im Südosten Bayerns fordern eine weitere Infrastrukturerweiterung durch einen schnellen Bahnausbau. Favorisiert wird die vom Bayerischen Bauindustrieverband vorgeschlagene Finanzierung über ein ÖPP-Modell mit Beteiligung privater Investoren. Wäre dies ein Bereich, wo die LFA aktiv werden könnte?

Beierl: Wir sind keine Investoren, sondern eine Bank. Als Finanzier könnten wir uns eine Beteiligung auf Konsortialbasis vorstellen. Zu Gesprächen wären wir jedenfalls bereit. Ob der Vorschlag grundsätzlich sinnvoll ist und welches Modell gewählt werden soll, darüber

Infrakredit Breitband

Wer wird gefördert?

- Gemeinden
- Zusammenschlüsse von Gemeinden
- Gemeindeverbände

Was wird gefördert?

- Aufwendungen der Kommunen zur Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke bei Investitionen von privaten oder kommunalen Netzbetreibern

Wie wird gefördert?

- Zinsgünstige und langfristige Darlehen; Voraussetzung: positiver Beschäftigung für das Zuschussprogramm für Breitband-Hochgeschwindigkeitsnetze des Freistaats Bayern

Förderprogramm Infrakredit Kommunal wurde im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdoppelt. Am Ende rechnen wir in diesem Programm mit Zusagen in einer Größenordnung von etwa 75 bis 80 Millionen Euro. Der Erfolg dieses Programms gründet in dessen Attraktivität und in der Tatsache, dass jeder Kämmerer weiß, innerhalb weniger Tage mit einer Zusage unseres Hauses rechnen zu können. Insgesamt ist das eine schöne Entwicklung.

GZ: Für welche Bereiche gilt das Förderprogramm Infrakredit Kommunal?

Beierl: Gefördert werden Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, Ver- und Entsorgung (inklusive Wasserversorgung und Abwasserentsorgung), Erschließung von Gewerbe- und Industrieflächen einschließlich Aufwendungen für Grunderwerb (nur nicht umlagefähige Kosten), allgemeine Energieeinsparung und Umstellung auf umweltfreundliche Energieträger; touristische Infrastruktur, Wissenschaft, Technik, Kulturpflege sowie Aufwendungen lokaler Mikrofinanzierer für den Auf- und Ausbau der betrieblichen Infrastruktur in der Kommune. Investitionsbedarf besteht nach unserer Erfahrung vorwiegend im Wasser- und Abwasserbereich mit vielen Sanierungen und Neuanlagen sowie im Ver-

müssen letztlich Staatsregierung und Investoren entscheiden.

GZ: Wie ist die Arbeitsaufteilung im LFA-Vorstand?

Beierl: Als stellvertretender Vorstandsvorsitzender bzw. als Vorstandsmitglied stehen mir Dr. Thies Claussen und Albrecht Stolle zur Seite. Während dieser die internen Bereiche wie Betriebswirtschaft, Rechnungswesen, EDV und Rechtsfragen betreut, sind Dr. Claussen und ich stärker im Kreditgeschäft engagiert. Mein Kollege Dr. Claussen ist in erster Linie zuständig für das kleinteilige Fördergeschäft sowie die gewerblichen Konsortialfinanzierungen. Ich dagegen betreue die Eigenkapitalfinanzierung und das Infrastrukturgeschäft. Die Zusammenarbeit im Vorstand gestaltet sich sehr harmonisch, unter anderem auch deswegen, weil wir uns schon sehr lange kennen und in früheren Funktionen bereits zusammengearbeitet haben.

GZ: Den Förderauftrag bestimmt die Politik. Welche Position nimmt die LFA ein?

Beierl: Wir sehen uns durchaus auch als förderpolitischer Impulsgeber. Schließlich nehmen wir viele Dinge am Markt wahr; die wir gerne weiter transportieren, um neue Themen in den Blick zu nehmen bzw. die eine oder andere Weichenstellung anzuregen. Förderpolitik ist ja etwas Dynamisches und insofern müssen wir immer bemüht sein, wo wir in gutem Einvernehmen mit unserem Eigentümer unseren Förderauftrag optimieren können.

GZ: Apropos Förderung: Welche Rolle spielen Sie bei „Invest in Bavaria“?

Beierl: Bei „Invest in Bavaria“ handelt es sich um eine Ansiedlungsagentur des Wirtschaftsministeriums, mit der wir zu tun haben, wenn Firmen im Freistaat investieren wollen. Die Agentur vermittelt den Kontakt des jeweiligen Unternehmens zu uns, um auszuloten, welche Fördermöglichkeiten es gibt, wenn in Bayern investiert werden soll.

GZ: Kommen hier auch Kommunalpolitiker auf Sie zu oder läuft der Prozess immer über die Schiene Wirtschaftsministerium?

Beierl: Unsere Hoffnung ist, dass uns die Bürgermeister und Kämmerer nicht nur als Infrastrukturkreditgeber wahrnehmen, sondern auch daran denken, dass wir darüber hinaus für die gewerbliche Wirtschaftsförderung

zuständig sind. Ein Hinweis auf die Fördermöglichkeiten der LFA an das ansiedlungswillige Unternehmen ist durchaus erwünscht.

GZ: Die LFA veranstaltet Infotage in ganz Bayern. Für welche Zielgruppe?

Beierl: In erster Linie für unsere gewerblichen Endkunden, sprich Unternehmer, durchaus aber auch für den Kämmerer in der Gemeinde, der ja auch Investitionen plant. Grundsätzlich sind wir natürlich bereit, in einem Gebiet, wo Bedarf ist, eine Spezialveranstaltung zu unseren Finanzierungsangeboten im Infrastrukturbereich durchzuführen.

GZ: Ihr Ausblick für 2013?

Beierl: Die wirtschaftliche Entwicklung wird deutschlandweit im kommenden Jahr wohl etwas schwächer ausfallen. Allerdings sehe ich keine Gefahr eines deutlichen Abschwungs. Betrachtet man sich das Handwerk oder die Investitionsbereitschaft der Kommunen, besteht kein Grund zur Schwarzmalerei. Ich gehe davon aus, dass wir unsere gute Entwicklung beibehalten werden. DK

Information und Beantragung

LFA Förderbank Bayern, Team Infrastrukturfinanzierung
Tel.: 089 / 21 24 - 1505, Fax: 089 / 21 24 - 2440
E-Mail: infra@lfa.de, Internet: www.lfa.de

Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden:

Erneut stabiler Verlauf

Sitzung des Verwaltungsrates in Deidesheim

Der Verwaltungsrat der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden stimmte dem Jahresabschluss 2011 zu und erteilte seiner Geschäftsführung, der Bayerischen Versorgungskammer, die Entlastung. Trotz der weiterhin schwierigen Situation auf den Kapitalmärkten konnte die Zusatzversorgung der bayerischen Gemeinden mit einer Nettoverzinsung von 3,62 % (Vorjahr: 5,01 %) eine angesichts der Umstände zufriedenstellende Rendite erzielen. Damit ergaben sich Kapitalerträge in Höhe von 557,18 Mio. Euro, wodurch sich der Grad der Kapitaldeckung durch Umlagen und Zusatzbeitrag finanzierten Abrechnungsverband I weiter erheblich erhöht hat.

Die Bestände der Zusatzversorgungskasse sind weiter angewachsen. Zum Jahresende 2011 waren 5.627 kommunale oder kirchlich-caritative Arbeitgeber Mitglied der Zusatzversorgungskasse. Die Anzahl der über die Arbeitgeber abgeschlossenen Versicherungsverhältnisse hat sich in der Pflichtversicherung um 2,72 % auf 1.230.214 und in der freiwilligen Versicherung um über 4% auf 33.875 erhöht. Dies verdeutlicht die weiterhin steigende Bedeutung der betrieblichen Altersvorsorge.

Komplexe Aufgabe

Zum 31. Dezember 2011 erhielten 233.289 Rentnerinnen und Rentner eine Betriebsrente von der Zusatzversorgungskasse. Die Zusatzversorgungskasse hat mit der Neuberechnung der Startgutschriften eine rechtlich komplexe und technisch anspruchsvolle Aufgabe bewältigt. Dabei wurden die Startgutschriften für über 465.000

Pflichtversicherte neu berechnet. Im Rahmen der Versicherungsnachweise für das Jahr 2011 wurden die Versicherten über das Ergebnis dieser Neuberechnung informiert.

Der Kammerrat der Bayerischen Versorgungskammer wirkt als Selbstverwaltungsgremium in gemeinsamen Geschäftsführungsangelegenheiten der Versorgungsanstalten beratend mit. Er setzt sich aus Vertretern aller von der Bayerischen Versorgungskammer verwalteten Versorgungseinrichtungen zusammen.

Für die kommende Amtsperiode (8. März 2013 bis 7. März 2018) wurden Harald Seiter, Bürgermeister von Wörth am Rhein und Dr. Armin Augat, Geschäftsführer des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Bayern als Vertreter der Mitgliederseite der Zusatzversorgungskasse in den Kammerrat gewählt. Für die Versichertenseite werden Rudolf Winter und Dominik Schirmer im Kammerrat vertreten sein.

Beschluss des Ministerrats:

Änderung des Kommunalabgabengesetzes

Im Bereich der Entwässerungs- und Wasserversorgungseinrichtungen vieler Kommunen besteht ein enormer und ständig weiter zunehmender Sanierungsbedarf. Mit einer neuen Abschreibungsmöglichkeit erweitert die Staatsregierung nun den Spielraum für die Städte und Gemeinden, Vorsorge für künftig entstehende Sanierungskosten zu betreiben.

Der Ministerrat hat einen Gesetzentwurf beschlossen, wonach die Kommunen künftig alternativ zur Abschreibung von Anschaffungs- und Herstellungskosten auch von Wiederbeschaffungszeitwerten abschreiben können.

Innenstaatssekretär Gerhard Eck: „Den Städten und Gemeinden in Bayern soll künftig ein Wahlrecht zustehen, ob sie der Gebührenkulation für die Benutzung öffentlicher

Einrichtungen Abschreibungen von den Anschaffungs- und Herstellungskosten oder vom Wiederbeschaffungszeitwert zugrunde legen wollen.“ Eck weiter: „Hierdurch erweitern wir die Möglichkeiten der Kommunen, für künftige Investitionen Rücklagen zu bilden, insbesondere dann, wenn sie für eine Sanierungsmaßnahme einen sprunghaften Anstieg ihrer Gebühren vermeiden wollen.“

Schadenmanagement in der Verwaltung:

Blick auf Prozess- und Kostenoptimierung

Von Oskar Durstin, Geschäftsführer der RIVER Risiko- und Versicherungsmanagement GmbH

Schadenfälle treten ein, egal ob und wie man versichert ist. Die Bearbeitung von Schadenfällen sollte deshalb auch nicht primär danach ausgerichtet werden, ob für einen Schaden (zufällig) Versicherungsschutz besteht. Vielmehr ist es wichtig, einen Überblick über alle Schäden zu erhalten. Auf dieser Basis ist eine rationale Entscheidung über Umfang und Inhalt des Versicherungsschutzes und die Gestaltung der Arbeitsprozesse möglich – und eine Optimierung der Versicherungs- und Administrationskosten.

Die Bearbeitung von Schadenfällen wird von kleineren und mittleren Schäden geprägt. Diese gehören zum Alltag und müssen systematisch und effizient bewältigt werden – unabhängig davon, ob Versicherungsschutz besteht oder nicht. Neben den typischen Schadenkosten sollte auch der Aufwand der Schadenbearbeitung berücksichtigt werden – Zeit ist Geld gilt immer, bei knappen Personalressourcen noch mehr.

Groß- und Katastrophenschäden, auch wenn diese versichert sind, können mangels Vorhersehbarkeit nur schwer in die laufende Organisation eingebunden werden. Bei diesen Schäden ist es deshalb wichtig, Schadeneintritte durch Schadensszenarien zu antizipieren und die Auswirkungen auf die Verwaltung zu analysieren. Neben der themenspezifischen Fachkompetenz ist eine Systemkompetenz im Umgang mit schwierigen Situationen erforderlich. Hier gehen Risikomanagement, Versicherungsmanagement und ggf. Krisenmanagement Hand in Hand.

Schadenabwicklung

Nach Eintritt des Schadenfalles müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, um den Schaden so gering wie möglich zu erhalten. Die Pflicht zur Schadenminderung ist selbstverständlich, aber auch gesetzlich vorgeschrieben. Abhän-

gig vom Einzelfall können Schadenbegrenzungs-, Schadenminderungs- und Schadenbeherrschungsmaßnahmen sehr unterschiedlich ausfallen.

Je komplexer der Schaden, umso wichtiger ist es, Sofortmaßnahmen und angemessene Handlungsmöglichkeiten festzulegen und umzusetzen. Dazu gehört auf jeden Fall die

- Bereitstellung des erforderlichen Know-hows durch interne und externe Stellen
- Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen zur Schadenminderung und Schadenbewältigung
- Professionelle Prozessgestaltung und Kommunikation zwischen allen beteiligten Stellen, eventuell auch mit der Öffentlichkeit bzw. den Medien.

Schadendokumentation und Schadenauswertungen

Die Bedeutung der Schadendokumentation und die Erfassung und Auswertungen von Schadenfällen wird oft unterschätzt. Im Trubel der Schadenbearbeitung geht dies häufig unter, danach wird es als lästige Nebenpflicht empfunden, für die keine Zeit ist. Auch verlässt man sich auf den Versicherer oder Vermittler. Dies ist falsch und gefährlich.

- Der Versicherer liefert Schadenstatistiken häufig erst dann, wenn er Beitragserhöhung begründet. Selten werden vom Versi-

cherer Daten zu Versicherungsverträgen mit niedriger Schadenquote vorgelegt.

- Qualität und Inhalt der Versicherer-Statistiken sind unterschiedlich, kaum beeinflussbar und meist nur begrenzt verfügbar. Bei näherer Prüfung stellt sich oft heraus, dass die Daten unzutreffend sind.
- Bei einem beabsichtigten Wechsel des Versicherers oder Vermittlers besteht meist schon eine gestörte Zusammenarbeit. In dieser Phase ist nur noch eine geringe Bereitschaft zur Datenlieferung vorhanden.
- Zur Entscheidung über die Durchführung einer Ausschreibung sind qualifizierte Schadendaten unerlässlich – sowohl zur Prognose des Ausschreibungsergebnisses als auch zur Herstellung eines fairen Wettbewerbs bei Durchführung einer Ausschreibung.
- Bei einem Wechsel des Versicherers wird die Kontinuität der Schadeninformationen unterbrochen. Oder – noch schlimmer – der Wechsel unterbleibt, weil man in eine Abhängigkeit geraten ist.

(Die häufig festzustellende Abhängigkeit von Informationen bezieht sich übrigens nicht nur auf den Bereich der Schadenstatistiken, sondern wird von Versicherern und Vermittlern ganz generell als Kundenbindungsinstrument eingesetzt.)

Aus diesen und vielen weiteren Gründen ist es wichtig und vorteilhaft, die Schadendokumentation bereits in den Bearbeitungsprozess einzubauen – bevorzugt in internen, eigenen Bearbeitungstools und Datenbanken. Klare Prozesse und Abläufe tragen auch stets zur Kostenreduzierung bei. Externe Informationen können zur Verifi-

zierung ergänzend eingesetzt werden, primär aber sollten die Informationen nach eigenen Kriterien gestaltet und erfasst werden.

Vermeidung und Begrenzung künftiger Schadenfälle

Der Lerneffekt aus Schadenfällen ist kaum hoch genug einzuschätzen – Grundlage ist eine professionelle Schadenerfassung und Schadendokumentation. Damit entsteht eine Informationsgrundlage zur professionellen Gestaltung der Versicherungskosten – zu denen sowohl die Prämien als auch die selbst zu tragenden Kosten aus Versicherungsschäden gehören.

Informationen aus Schäden dienen zudem als Frühwarnindikator zur Vermeidung größerer oder weiterer Schadensfälle und als Informationsquelle zu Fehler- und Problempotentialen. Schadenerfassung und Schadendokumentation lassen Potentiale zur künftigen Vermeidung oder Begrenzung von Schadenfällen erkennen, die im Sinne eines Regelkreises proaktiv genutzt werden können.

Das EDV-Programm RIVER Schadenmanagement wurde unter Mitwirkung öffentlicher Einrichtungen entwickelt und bietet Hilfe bei der Schadendokumentation, Schadenauswertung und der Schadenbearbeitung. Neben der Prozessoptimierung der Schadenbearbeitung (Workflow) erfolgt eine automatische Dokumentation und Datensammlung. Nähere Informationen unter www.riverconsulting.de/RIVER-Schadenprogramm. Zusätzlich kann bei Bedarf auf das Know-how der RIVER Consulting Group bei der Schadenbearbeitung und bei Seminaren und Workshops zurückgegriffen werden. □



Von links: Karl Koller, Bürgeramtsleiter, Helmut Chase, Referent für Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung (beide Ingolstadt), Finanzstaatssekretär Franz-Josef Pschierer und Alexander Schroth (AKDB). □

eGovernment-Löwe 2012:

Preis für Bürgerservice-Portal der Stadt Ingolstadt

Die Bayerische Staatsregierung ehrt mit dem Bayerischen eGovernment-Löwen Projekte, die Vorteile und Erleichterungen für Bürger, Unternehmen und Verwaltung bringen. Den ersten Preis erhielt in diesem Jahr die Stadt Ingolstadt, die zum Nutzen ihrer Bürger effektives eGovernment mit dem Bürgerservice-Portal der AKDB betreibt.

Der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Franz-Josef Pschierer, begründete die Entscheidung der Jury: „Ingolstadt zeichnet wegen der Online-Angebote für Bürger die höchsten Freischaltquoten für die eID-Funktion beim neuen Personalausweis.“

Pschierer bezeichnete die Lösung als Vorbild für andere Kommunen und als Beitrag zu einem wirkungsvollen Bürgerservice. Helmut Chase, Ingolstadts Referent für Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung, sah in der Preisverleihung die Bestätigung, dass Ingolstadt beim Bürgerservice den rich-

tigen Weg beschritten habe. Besonderer Dank galt der AKDB, „ohne die wir das gesamte Projekt nicht hätten stemmen können“, so Chase.

Der Vorstandsvorsitzende Alexander Schroth freute sich über die Auszeichnung ganz besonders: „Der Preis belohnt das große Engagement der Stadt, mit dem Bürgerservice-Portal ein auf die Belange der Nutzer ausgerichtetes Online-Angebot bereitzustellen. Dass wir dafür die nötige Plattform-Technologie anbieten, macht uns stolz und zeigt, dass die AKDB mit dem Bürgerservice-Portal Verwaltungen noch bürgernäher werden lässt.“ □

Nationaler IT-Gipfel 2012 in Essen:

Auf dem Weg zu intelligenten Netzen

„Digitalisieren - vernetzen – gründen“ lautete das Motto des 7. Nationalen IT-Gipfels in Essen. Ziel der Veranstaltung ist es, den IKT-Standort Deutschland zu stärken, indem sich Politik, Wirtschaft und Wissenschaft über zentrale Fragen der IKT austauschen und Initiativen ergreifen.

Eröffnet wurde der IT-Gipfel vom Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Dr. Philipp Rösler. Schwerpunkte bildeten dabei die Themen „Junge IT-Unternehmen“, „Intelligente Netze“ und „mobile Sicherheit“. Auf der Veranstaltung startete eine Mobile Government-Plattform für öffentliche Apps (GovApps), die einen einfachen Zugang zu mobilen Verwaltungsdienstleistungen ermöglicht und mehr Datenschutz und Sicherheit im mobilen Sektor unterstützt. Die Modellregion für P23R (Aachen-Bonn-Cologne-Düsseldorf, ABCD-Region) wurde vorangetrieben. P23R vereinfacht Meldevorgänge zwischen Unternehmen und Behörden und senkt damit Bürokratiekosten. Die Exportinitiative für 2013 wurde initiiert, um innovative Lösungen als „E-Government - Made in Germany“ global zu stärken.

Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach eine Vielzahl aktueller Themen an: Industrie 4.0, intelligente Netze, Breitband, die Unterstützung in MINT-Fächern durch eLearning und Cloud Computing. All diese Bereiche sollen, so Merkel, in der künftigen IT-Strategie der Bundesregierung eine wichtige Rolle spielen.

Bundesminister Rösler gab den Startschuss für das BMWi-Ak-

tionsprogramm „Digitale Wirtschaft“. Mit dem Programm sollen die Digitalisierung der Wirtschaft beschleunigt, der Aufbau intelligenter Netze unterstützt und junge IT-Unternehmen gestärkt werden.

Im Kampf gegen Angriffe auf staatliche und private Netzwerke kündigte Innenminister Hans-Peter Friedrich gesetzliche Melde- und Kommunikationspflichten für Netzbetreiber und Dienst-Anbieter an. „Deutschland wird – wie jedes Land – immer mehr abhängig von der Funktionsfähigkeit von Netzen“, so Friedrich. Anbieter wie die Deutsche Telekom sollen Nutzer über Schadprogramme informieren und „technische Hilfsmittel für ihre Erkennung und Beseitigung“ bereitstellen, heißt es dazu in einem Eckpunktepapier.

Verpflichtung per Gesetz

Darüber hinaus will der Minister auch Anbieter von Suchmaschinen, Online-Auktionen und Web-Shops, die als Telemediendienste bezeichnet werden, per Gesetz verpflichten, „anerkannte Schutzmaßnahmen zur Verbesserung der IT-Sicherheit“ umzusetzen. Zugleich soll das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik weitergehende Kompetenzen bekommen als bisher. So soll

die Behörde künftig Software und Hardware auf Sicherheit untersuchen und die Ergebnisse veröffentlichen dürfen. Dabei geht es vor allem um die Komponenten kritischer Infrastrukturen.

Bundeswirtschaftsminister Rösler setzt dagegen auf freiwillige Selbstverpflichtung. Darüber hinaus solle man auf nationale Alleingänge verzichten und darauf achten, was auf europäischer Ebene entwickelt werde. Offenbar verfolgt auch Kanzlerin Merkel eine freiwillige Lösung: „Wir wollen nicht überall gleich gesetzlich zugreifen und Pflichten einführen. Wir brauchen das notwendige Maß an Transparenz und Anonymität.“

Der Hightech-Verband BITKOM wertete den Nationalen IT-Gipfel als großen Erfolg. Laut BITKOM-Präsident Prof. Dieter Kempf gewinnt die digitale Wirtschaft in Deutschland rasant an Bedeutung. Aktuell gehen nach dem auf dem Gipfel vorgestellten „Monitoring Report Digitale Wirtschaft“ bereits mehr als 20 Prozent des Produktivitätswachstums in allen Branchen auf ITK zurück. Der Anteil wird mit der fortschreitenden Digitalisierung der klassischen Industrie weiter steigen. „Für Deutschland mit seinen traditionell starken Fertigungsindustrien und einer innovativen und modernen IT-Branche bedeutet dieser bevorstehende Schritt zur Industrie 4.0 eine große Chance“, urteilte Kempf. DK



AKDB

Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Michael Diepold,
Leiter des Geschäftsfelds
eGovernment der AKDB



Bürgerservice

Echtes eGovernment beginnt mit dem Bürgerservice-Portal der AKDB

Das Bürgerservice-Portal ermöglicht den Kommunen ganzheitliche, bis in die Fachverfahren integrierte Online-Bürgerdienste. Es setzt Maßstäbe bei der Umsetzung sicherer und effizienter Online-Angebote mit dem neuen Personalausweis. Der Bürger kann bequem von zu Hause aus seine Meldebestätigung oder Wahlunterlagen beantragen oder sein neues Auto anmelden.

Das Bürgerservice-Portal wird im Rechenzentrum der AKDB betrieben und lässt sich problemlos auch in alle kommunalen Webauftritte integrieren.

Sprechen Sie mit uns: +49 89 5903-0



OK EGOV

www.akdb.de

Software, die dem Menschen dient!

Fallstudie Amt für Volkswirtschaft (Liechtenstein):

Exzellenz in der öffentlichen Verwaltung

Von C.-Andreas Dalluge

Geschäftsführender Gesellschafter der IBK Management Solutions GmbH

Das Liechtensteiner Amt für Volkswirtschaft (AVW) nimmt im Wesentlichen die Aufgaben wahr, die in anderen Ländern ein Wirtschaftsministerium übernimmt. Dem Amt steht ein Amtsleiter im Range eines ständigen Staatssekretärs vor, der dem jeweiligen Wirtschaftsminister Rechenschaft ablegt.

Im Jahre 2011 wurde das Amt reorganisiert, wobei der Hauptfokus auf der Integration des Amtes für Handel und Transport in das AVW lag. Dies wurde zum Anlass genommen, das ganze Amt neu zu positionieren, um den heutigen Anforderungen an ein modernes, kundenorientiertes und effizientes Amt gerecht zu werden. Das Amt verfügt heute über ca. 60 Mitarbeiter in sieben Abteilungen, die die wichtigsten volkswirtschaftlichen Felder abdecken.

Das AVW strebt nach Exzellenz

Alle Ämter haben die Pflicht, mit Steuergeldern möglichst sorgsam umzugehen und gleichzeitig ein Optimum an Dienstleistungen für die Bürger bereitzustellen. Dies bedeutet, bestehende Prozesse zu hinterfragen und laufend zu verbessern, um den Bürgern serviceorientierte Dienstleistungen bieten zu können. Im internationalen Vergleich streben die Liechtensteiner Ämter eine Spitzenposition im Preis-/Leistungsverhältnis an. Die hier zu Grunde liegende Einstellung lautet: „Wer Steuern entrichtet, kauft sich dadurch Leistungen des Staates ein. Es ist unser Anspruch, dafür den bestmöglichen Service zu bieten.“

Als Behörde hat das AVW weder Umsatz- noch Gewinnziele. Allerdings ist in Zeiten zurückgehender Steuereinnahmen ein hoher Kostendruck entstanden, der nicht zu nachlassender Servicequalität führen darf. Ein ganzheitliches Managementkonzept wie das der Business Excellence unterstützt dies, indem es hilft, unter anderem Sparpotenziale zu entdecken, Prozesse zu optimieren und damit den Staat zu entlasten. Dies ist nebst dem angestrebten Preis-/Leistungsverhältnis eines der wichtigsten Ziele für die kommenden Jahre.

Auf Grund seiner früheren Tätigkeit an der Universität Liechtenstein war der Amtsleiter des AVW, Christian Hausmann, so-

wohl mit dem EFQM-Modell als auch mit dessen Umsetzung und der verfügbaren Softwareunterstützung bestens vertraut und bereitete die EFQM-Einführung vor, indem er half, die existierenden Assessmentfragen in die „Beamtensprache“ zu übersetzen. Des Weiteren wurde seine persönliche Assistentin zur European Excellence Assessorin ausgebildet, um bei der Umsetzung interne Unterstützung geben zu können.

Die Entscheidung, bei der Umsetzung nicht selbst übermäßig aktiv zu werden, fällt Hausmann bewusst auf der Basis des Top-Down/Bottom-Up-Ansatzes, der davon ausgeht, dass der Anfang eines Exzellenz-Projekts immer top-down ist, die Umsetzung aber bottom-up erfolgen sollte.

Dabei sollten folgende Regeln beachtet werden:

- Die Leitung des Unternehmens muss es wollen und wissen, warum bzw. wozu sie die Qualität ihres Managements verbessern möchte. Die wichtigsten Ziele sollten allen Beteiligten klar sein, und wenn es dann auch noch eine konkrete Vorstellung von geeigneter Strategie gibt, umso besser.
- Für einen solchen Prozess benötigt man eine Person, die den Prozess überschaubar, weiß worauf es ankommt und möglichst große methodische Erfahrung hat, wie man das umsetzen kann.
- Das Gerüst der Prozessorganisation, das den Einführungsprozess bis zur ersten Selbstbewertung tragen und strukturieren soll, muss klar sein: Mindestens ein Steuerkreis samt dessen funktionaler Besetzung. Alles weitere hängt von der Größe und Gliederung der Organisation ab.
- Wenn es noch keine solche Stelle gibt, ist jetzt die Stunde, wo ein Verantwortlicher (z.B. QMB, Exzellenz-Koordinator, ...), der auch der interne Ansprechpartner für den Prozess ist, benannt und installiert werden muss. Diese Person muss der Leitung angehören oder zugeordnet sein (Stabsstelle) und braucht u.U. Assistenz (perso-

nelle und zeitliche Ressourcen). Dieses Team hat zuvorderst die Aufgabe, Beteiligung zu mobilisieren, zu erleichtern und zu organisieren.

- Schließlich wird ein ungefährer Zeitplan gebraucht, was wie bis wann geschehen soll. Dazu nimmt man am besten schon die begleitende/beratende Person (Coach) und den/die QMB mit ins Boot. Eine projektförmige Organisation ist ratsam.

Zur Top-down-Phase gehört selbstverständlich auch noch der Vollzug der zur Vorbereitung der Bottom-up-Phase erforderlichen Schritte, wie die Einrichtung eines Steuerkreises und dessen theoretische und praktische Schulung in der Anwendung des EFQM-Instrumentariums.

Die Aufgaben des Steuerkreises sind dann:

- Die Vorbereitung und Verabschiedung des Selbstbewertungsinstrumentes
- Die Einigung über die Reichweite der Beteiligung:
- Wer wird befragt?
- Wer bewertet wen und was?
- Die Einigung über die konkrete Form und den Ablauf der Selbstbewertung
- Die Einigung, wie die Auswertung erfolgt und mit den Ergebnissen verfahren wird
- Die Einigung, wie Verbesserungsvorschläge umzusetzen sind.

Diesem Top-Down/Bottom-Up-Ansatz folgend gab es zu Projektbeginn eine Einführungsschulung für alle Abteilungsleiter aus allen Bereichen des Amtes, die im Anschluss daran eine gemeinsame Selbstbewertung durchführten. Darauf aufbauend wurden zu den aufgedeckten Verbesserungspotenzialen Maßnahmen vorgeschlagen und diese dann von allen Mitarbeitern bewertet und priorisiert, anschließend umgesetzt. Als Selbstbewertungs-Methode wurde der Workshop-Ansatz gewählt.

Nach einer einführenden Informationsveranstaltung, bei der alle Mitarbeiter des Amtes teilgenommen hatten, wurde mit den Abteilungsleitern ein softwaregestützter (GOA Easy Assessment) Selbstbewertungs-Workshop durchgeführt. Dabei wurden Erfüllungsgrade und Handlungsbedarfe so-

wie priorisierte Themenschwerpunkte erarbeitet. Das Ergebnis wurde anschließend an alle Mitarbeiter kommuniziert.

In einem zweiten Schritt hatten alle Mitarbeiter die Gelegenheit, bei der Priorisierung der Verbesserungsinitiativen direkt mitzuwirken. Diese Mitwirkung erfolgte IT-gestützt (GOA Balanced Q-Card). Dabei wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anonym zu neun Verbesserungsthemen befragt. Neben einer quantitativen Bewertung wurden mögliche Verbesserungsthemen identifiziert und einer Priorisierung zugeführt.

Für die höchst bewerteten Projektvorschläge wurden Projektteams eingesetzt, um diese im Detail durchzuplanen und umzusetzen. Dabei handelte es sich um:

1. Informations-Fluss-Gestaltung im Amt organisieren, mit den Zielen der Ausschaltung von Redundanzen aufgrund eines gemeinsamen gleichen Wissensstandes und dem Auftreten nach außen als Einheit unter Vermeidung widersprüchlicher Aussagen.

2. Aufbau einer systematischen Kundenzufriedenheitserhebung, um mittels regelmäßigem Feedback der Kunden die Optimierung der Prozesse voranzutreiben. Weiterhin hilft es dabei, den Bürger als Kunden zu sehen und vermittelt den ‚Kunden‘ das Gefühl ‚wichtig‘ zu sein und ‚ernst‘ genommen zu werden.

3. Aufbau eines systematischen Kundenbeschwerde-managements zur Verbesserung der Amtspraxis und der schnelleren Bearbeitung von Beschwerden.

Die Umsetzung der Projekte dauerte sechs bis neun Monate und endete mit der erfolgreichen Abnahme einer Committed to Excellence Validierung (C2E).

Erkenntnisse und Ergebnisse

Zum bisher Erreichten sagt Amtsleiter Christian Hausmann: „Das Konzept des Excellence Gedankens errichtet einen hervorragenden Orientierungsrahmen für alle Tätigkeitsbereiche des Amtes. Die Systematik der Bewertung und die RADAR-Logik unterstützen einen ganzheitlichen Ansatz in den Verbesserungen. Der Support durch die GOA-WorkBench® bietet einen transparenten und einfachen Einstieg in die Selbstbewertung nach EFQM und führt logisch und effizient durch das Excellence Modell. Die Softwareunterstützung hilft die Ressourcenbindung für den formellen Teil des Qualitätsmanagements zu minimieren; der Prozess läuft fast von allein. Trotzdem ist es wichtig und

zielführend, wenn man sich beim ganzen Prozess von einem externen Experten begleiten lässt, der über eine fundierte Erfahrung zum Thema EFQM verfügt.

Die Einführung des Excellence-Gedankens in das Management hat dazu geführt, dass das AVW in Liechtenstein eine Spitzenstellung als Amt einnimmt und mittlerweile als eine stark serviceorientierte Institution wahrgenommen wird – und dies nicht nur seitens der Kunden, sondern auch der Mitarbeiter.

Rohstoffschatz Handy:

Recyceln statt wegwerfen

E-Plus Gruppe unterstützt NABU-Projekt

Ein altes, nicht mehr benötigtes Mobiltelefon hat fast jeder noch im Schrank liegen. Laut Branchenverband Bitkom befanden sich Ende 2011 83 Millionen Althandys in deutschen Haushalten, mittlerweile dürfte die Zahl auf 85 Millionen angestiegen sein. Bayernweit liegt die Zahl bei etwa 13 Millionen alter Handys, obwohl es für sie eine viel bessere Verwendung gäbe. Althandys enthalten wertvolle Rohstoffe. Landen sie im Hausmüll – die denkbar schlechteste Lösung, für die sich der Verbraucher entscheiden kann –, gefährden Schadstoffe die Umwelt.

Die Entsorgung von Althandys ist im „Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (Elektro- und Elektronikgerätengesetz - ElektroG)“ von 2005 geregelt. Danach haben Besitzer von Altgeräten diese einer vom unsortierten Siedlungsabfall getrennten Erfassung zuzuführen. Dafür sind zwei Arten von Sammelstellen vorgesehen: die Pflicht-Sammelstellen der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger sowie freiwillige Rücknahmesysteme der Hersteller bzw. Vertrieber von Elektro- und Elektronikgeräten.

Das Gesetz regelt auch die eventuelle Wiederverwendung sowie die Behandlung und Verwertung der Altgeräte. Speziell bei der Entsorgung von alten Mobiltelefonen zeigen sich jedoch Defizite in der Entsorgungskette. Bayern und Deutschland nehmen bei der Verwertung von Abfällen wie Papier, Glas, Eisen und Kupfer innerhalb Europas und der Welt eine Vorreiterrolle ein.

Musterbeispiel

Bei den genannten Abfällen werden Recyclingquoten von 50 bis 90 Prozent erreicht. Bei anderen wichtigen Rohstoffen ist jedoch auch hierzulande der Umgang vielfach noch vom „Wegwerfen“ bzw. „Weglegen“ geprägt. Das gilt ganz besonders für High-Tech-Rohstoffe wie seltene und strategische Metalle, die beispielsweise in modernen Informations- und Kommunikationsmitteln verbaut werden. Hier beträgt die Recyclingquote bislang weniger als ein Prozent. Ein Musterbeispiel sind ausgediente Mobiltelefone, sog. Althandys, die als das „Filestück des Elektroschrotts“ gelten.

Wertvolle Edelmetalle

Tatsache ist, dass sich durch moderne Verwertungstechniken ein Großteil der enthaltenen Edelmetalle und Metalle rückgewinnen ließe. Die in einem einzelnen Mobiltelefon enthaltenen Mengen an Edelmetallen sind zwar gering, in der Summe aber wertvoll. So enthält ein Handy im Durchschnitt ca. 8,75 Gramm Kupfer, 3,81 Gramm Kobalt, 0,25 Gramm Silber, 0,024 Gramm Gold und 0,009 Gramm Palladium im Rohstoffwert von 1 bis 2 Euro. In den rund 85 Millionen „Schubladenhandys“ in Deutschland stecken rund 745 Tonnen Kupfer, 325 Tonnen Kobalt, 22 Tonnen Silber, 2 Tonnen Gold und 700 Kilogramm Palladium im Gesamtwert von rund 136 Millionen Euro.

Das Handy als globales High-Tech-Produkt unserer Zeit, das fast jeder Bürger täglich benützt, kann symbolisch sowohl für die alte „Wegwerf-“ und „Weggelegesell-

Mittlerweile möchten fast alle öffentlichen Angestellten möglichst beim AVW angestellt sein.“

Die erfolgreiche C2E Validierung führte dazu, dass auch andere Ämter sich für den Weg zur Excellence interessieren.

Das AVW selbst hat begonnen regelmäßige Selbstbewertungen durchzuführen, um daraus weitere Projekte zu lancieren, so zum Beispiel den Aufbau eines internen Kontrollsystems in allen Abteilungen mit großen Finanzflüssen. □

Recyceln statt wegwerfen

E-Plus Gruppe unterstützt NABU-Projekt

Ein altes, nicht mehr benötigtes Mobiltelefon hat fast jeder noch im Schrank liegen. Laut Branchenverband Bitkom befanden sich Ende 2011 83 Millionen Althandys in deutschen Haushalten, mittlerweile dürfte die Zahl auf 85 Millionen angestiegen sein. Bayernweit liegt die Zahl bei etwa 13 Millionen alter Handys, obwohl es für sie eine viel bessere Verwendung gäbe. Althandys enthalten wertvolle Rohstoffe. Landen sie im Hausmüll – die denkbar schlechteste Lösung, für die sich der Verbraucher entscheiden kann –, gefährden Schadstoffe die Umwelt.

Die Entsorgung von Althandys ist im „Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (Elektro- und Elektronikgerätengesetz - ElektroG)“ von 2005 geregelt. Danach haben Besitzer von Altgeräten diese einer vom unsortierten Siedlungsabfall getrennten Erfassung zuzuführen. Dafür sind zwei Arten von Sammelstellen vorgesehen: die Pflicht-Sammelstellen der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger sowie freiwillige Rücknahmesysteme der Hersteller bzw. Vertrieber von Elektro- und Elektronikgeräten.

Bayerische Handysammelaktion

Mit der Sammelaktion „Handy clever entsorgen“ wurde diesen Barrieren entgegen gewirkt. In den Monaten Mai und Juni dieses Jahres beteiligten sich Bayerns Bürger mit enormem Engagement an der bisher größten Handysammelaktion eines Bundeslandes. Rund 70.000 Althandys wurden gespendet.

Im Freistaat werden durchschnittlich rund 14.000 Handys pro Monat an Wertstoffhöfen und bei Mobilfunkbetreibern abgegeben. Laut Umweltminister Dr. Marcel Huber „haben wir mehr als doppelt so viele Handys gesammelt wie üblich. Unsere Aktion zeigt somit: Die Bürger lassen sich für den Umweltschutz begeistern. Wer Handys entsorgt, leistet einen wichtigen Beitrag zum Recycling von Rohstoffen, geht verantwortungsvoll mit knappen Ressourcen um und schon damit unsere Umwelt.“

Weitere Aktionen geplant

Wie Huber zudem ausführte, „haben wir Bayerns Rohstoffschatz gehoben. Aus den in Bayern gesammelten Handys können wir 17 Kilogramm Silber, 617 Kilogramm Kupfer und 260 Kilogramm Kobalt gewinnen.“ Aufgrund des Erfolgs plant das Bayerische Umweltministerium bereits weitere Aktionen: So soll künftig gemeinsam mit den Kommunen einmal im Jahr zu einer Handysammelaktion aufgerufen werden.

An der Sammlung beteiligten sich über 2000 Schulen, 300 Behörden, rund 120 Krankenhäuser und Hochschulen sowie rund 55 Unternehmen. Der zugehörige Schulwettbewerb wurde u. a. von der E-Plus-Gruppe unterstützt.

Seit geraumer Zeit bietet E-Plus Verbrauchern bundesweit die Möglichkeit zur Abgabe von Althandys in allen Shops der E-Plus-Gruppe. Möglich ist auch eine Einsendung per kostenfreiem Umschlag. Partner dieser Aktion ist der Naturschutzbund Deutschland e. V. (NABU). Für jedes gesammelte Mobiltelefon gehen drei Euro an den Verband, sie fließen in das Projekt „Renaturierung der Unteren Havel“. **DK**



Royal Albert Hall, London?



Kloster Benediktbeuern!

*** Neu gesehen:**
Ganz Bayern in einer Stunde – sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

Landesbausparkasse auf Rekordkurs:

Bestes Neugeschäft aller Zeiten in 2012

Bayerns Sparkassen jetzt alleiniger LBS-Eigentümer
Wirmhier sieht keine Anzeichen einer Immobilienblase

Drei Ereignisse bestimmten schwerpunktmäßig die Jahresabschluss-Pressekonferenz der Bayerischen Landesbausparkasse (LBS). Zum einen: Das Institut glänzt mit dem besten Neugeschäft aller Zeiten, wodurch im zu Ende gehenden Jahr 2012 die Bausparsumme mit 8,3 Milliarden Euro den Spitzenwert des Vorjahres übertreffen wird. Zum anderen: Vom 1. Januar 2013 an gehört die LBS zu 100 Prozent den bayerischen Sparkassen. Die Bausparkasse wird damit eine selbständige Anstalt des öffentlichen Rechts, die noch enger mit den Sparkassen liiert sein wird. Und drittens stellte Franz Wirmhier, Sprecher der LBS-Geschäftsführung, fest, dass er trotz teils deutlicher Preisanstiege im Markt für Wohnimmobilien keine Anzeichen für eine Spekulationsblase sehe.

Noch bis zum Jahresende gehört die Bayerische Landesbausparkasse als „Anstalt in der Anstalt“ der Bayerischen Landesbank (BLB). Die BLB gehörte einst je zur Hälfte dem Freistaat und den bayerischen Sparkassen. Weil aber die BLB wegen ihrer Schwierigkeiten im Rahmen der Finanzkrise vom Freistaat Bayern – nach Ansicht der EU regelwidrig – mit 10 Milliarden Euro gestützt worden war, hatte nach einem jahrelangen Rechtsstreit die EU im sogenannten Beihilfverfahren entschieden, dass die BLB einen Großteil der Unterstützung an den Freistaat zurückzahlen und sich in diesem Zusammenhang von einigen Beteiligungen trennen muss, so von der LBS und der Wohnungsbaugesellschaft GBW. Die bayerischen Sparkassen, die – wegen ihrer damals hälftigen Mitverantwortung für die Schiefelage der BLB – auf Druck der EU zur Bewältigung der BLB-Finanzkrise ihre Beteiligung an der BLB bis auf 4 Prozent an den Freistaat abgegeben und außerdem sich mit 1 Milliarde Euro an den Stützungskosten beteiligt haben, mussten dann auf EU-Druck noch einmal 1,8 Milliarden Euro an den Freistaat zahlen.

Enge Bindung

Jetzt aber werden sie zum Jahresbeginn alleiniger Eigentümer der als sehr rentabel geltenden Landesbausparkasse, weil sie der BLB die Landesbausparkasse abgekauft haben. Der Kaufpreis soll, so war schon früher zu hören, zwischen 500 und 700 Millionen Euro betragen. Die LBS selbst nahm in ihrer Pressekonferenz zum Kaufpreis keine Stellung. Dies, so Wirmhier, sei Sache der Vertragspartner. Von Jahresbeginn an werde die Bayerische Landesbausparkasse jedenfalls noch enger an die Sparkassen gebunden sein, was man sehr begrüße. Die Bayerische Landesbausparkasse sei nun, wie die Landesbausparkassen aller anderen Bundesländer auch, als Tochter in der Sparkassenfamilie allein an die Sparkassen gebunden. Dieser Schritt stärke auch das Eigentum der bayerischen Kommunen an den bayerischen Sparkassen.

Zum aktuellen Geschäft sagte Wirmhier, der absehbare Rekord im Neugeschäft 2012 mit etwas über 8,3 (Vorjahr: 8,286) Milliarden Euro Bausparsumme sei der anhaltend hohen Wertschätzung für Wohnimmobilien, aber auch dem verbreiteten Wunsch nach langfristiger Sicherung der historisch niedrigen Zinsen zu verdanken. Insgesamt werde die Zahl der neu abgeschlossenen Verträge mit 271.000 um etwa 9 Prozent über dem Vorjahreswert liegen. Zum Jahresende werde die LBS 115.000 neue Kunden gewonnen haben. Schon in den ersten drei Quartalen 2012 habe die LBS ihre Marktführerschaft in Bayern ausgebaut und ihren Marktanteil im Freistaat nach der Zahl der Verträge auf 44 Prozent und nach der Bausparsumme auf knapp 40

Prozent gesteigert. Besonders hob Wirmhier hervor, dass es im Neugeschäft auch deutliche Zuwächse im sogenannten Jugendmarkt gegeben habe. Mit dem LBS-Juniorbonus, bei dem Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren bis 300 Euro Bonus erhalten, konnten rund 50.000 Verträge abgeschlossen werden, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 16 Prozent entspricht. Wie bekannt die LBS und Bausparen bei jungen Menschen sind, verdeutlichte der „Young Brand Award“. Hierbei haben laut LBS-Angaben 14.000 Teilnehmer zwischen 13 und 29 Jahren ihre liebsten Marken gewählt. Neben anderen Marken wie BMW, McDonald's und den Sparkassen sei auch die LBS „als beste Bausparkasse“ genannt worden.

Das historisch niedrige Zinsniveau, das wohl auch im kommenden Jahr bestehen bleibend werde, verbillige nicht nur die Finanzierungen, sondern begünstige auch die Nachfrage nach Wohnimmobilien. Bauherren und Käufer könnten die niedrigen Zinsen bis zur letzten Rate festschreiben, wenn sie die Finanzierung mit einem Bausparvertrag kombinieren. Der Bausparvertrag sei das optimale Zinssicherungsinstrument, lobte Wirmhier sein Geschäft, besonders für Haushalte mit mittlerem Einkommen.

Dennoch wird die Auszahlung von Bauspardarlehen im Berichtsjahr mit 595 Millionen Euro voraussichtlich um rund 13 Prozent unter dem Vorjahreswert liegen, weil die Darlehenszinsen „mancher Bauspartarife“, die jetzt zuteilt werden, nicht günstiger sind als die Konditionen für Annuitätendarlehen. Es werden zurzeit weniger Bauspardarlehen abgerufen, stellte Wirmhier fest. Aber die LBS habe mit einer neuen Tariffamilie schon im Frühjahr gegengesteuert. Jetzt gebe es Bauspardarlehen mit einem Zinssatz ab 1,75 Prozent. Diese Verträge kämen nach und nach in die Zuteilung. Dagegen wurde bei Vor- und Zwischenfinanzierungen für Kunden, die ein Objekt sofort kaufen und nicht darauf wartend wollen, bis ihr Bausparvertrag zuteilungsreif wird, mit Auszahlungen von 645 Millionen Euro wieder das Niveau des Vorjahres erreicht.

Die Nachfrage nach Wohnimmobilien sei nach wie vor groß. So sind die Umsätze der Sparkassen-Immobilien-Vermittlungsgesellschaft („Sparkassen-Immo“), also der Maklerorganisation von LBS und Sparkassen in Bayern, von Januar bis November 2012, deutlich gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres gestiegen. Bis Ende November wurden rund 11 500 Objekte vermittelt (+ 5,7 Prozent). Der Wert der vermittelten Kaufobjekte wuchs um 13,5 Prozent auf 1,87 Milliarden Euro.

Bei der Neubautätigkeit sei in den vergangenen beiden Jahren eine deutliche Belebung zu erkennen gewesen. Die Zahl der Bau-

genehmigungen, die ein guter Indikator für die mittelfristige Entwicklung sind, habe bis Oktober 2012 mit 38.358 Objekten das Niveau von 2011 erreicht. Um aber das langfristig benötigte Wohnungsangebot sicherzustellen, müsste die positive Tendenz im Neubau nicht nur anhalten, sondern noch an Dynamik gewinnen. „Wir sind im Wohnungsbau weit davon entfernt, Entwarnung geben zu können“, sagte der LBS-Chef. Aber trotz deutlicher Preisanstiege bei Wohnimmobilien sehe er keine Anzeichen für eine Spekulationsblase. Bei den jüngsten Preisanstiegen handele es sich eher um einen Nachholeffekt, nachdem in Deutschland lange Zeit nur eine bescheidene Entwicklung des Marktes zu verzeichnen gewesen sei. Ein wesentlicher Unterschied zu Ländern, in denen es zu Immobilienblasen gekommen ist, zeige sich zudem in hiesigen Strukturen. Der typische Käufer einer Wohnimmobilie ziele hierzulande auf Stabilität ab, nicht auf Traumrenditen. Finanzierungen stünden nicht unter der Bedingung, dass die zugrunde liegenden Immobilienwerte in die Höhe schnellten, sondern sie basierten auf einem soliden Anteil von Eigenkapital. Nach ei-

BAU 2013 in München:

Produkt- und Systemlösungen für die Stadt der Zukunft

Architektur, Materialien und Systeme für den Wirtschafts-, Wohnungs- und Innenausbau im Neubau und im Bestand präsentiert die BAU 2013 vom 14. bis 19. Januar auf dem Gelände der Neuen Messe München. Auf 180.000 m² Fläche präsentiert die Weltleitmesse Architektur, Materialien und Systeme für den Wirtschafts-, Wohnungs- und Innenausbau im Neubau und im Bestand.

Alle zwei Jahre führt die BAU die Marktführer der Branche zu einer Gewerke übergreifenden Leistungsschau zusammen. Mit rund 50.000 Planern ist die BAU zugleich die weltgrößte Fachmesse für Architekten und Ingenieure.

Das Angebot ist nach Baustoffen sowie nach Produkt- und Themenbereichen gegliedert. Begleitend zu den Präsentationen der Aussteller werden die vier Leitthemen der BAU 2013 (Nachhaltigkeit – Energie 2.0 – Stadtentwicklung im 21. Jahrhundert – Generationengerechtes Bauen) in mehreren Sonderschauen thematisiert und veranschaulicht – aus verschiedenen Blickwinkeln und unter unterschiedlichen Aspekten. Die BAU arbeitet dabei mit renommierten Partnern zusammen.

Urbane Zentren

Das Wachstum und der Wandel der Städte wird die gesellschaftliche Entwicklung im 21. Jahrhundert entscheidend beeinflussen, denn der Wettlauf um eine ökologisch nachhaltige Zukunft findet vor allem in den urbanen Zentren statt. Energiewende, Klimaschwankungen, Urbanisierung, steigender Ressourcenverbrauch und demografischer Wandel sind die Herausforderungen, die die Zukunft des städtischen Lebensraumes prägen werden. Was Roboter, Biogas, Impulsfragmentierung, Wohlfühlglas oder Moose für die Stadt von morgen technologisch beitragen können, präsentiert die Sonderschau der Fraunhofer-Allianz Bau. 30 intelligente Produkt- und Systemlösungen zeigen den Beitrag der Bauforschung für eine nachhaltige und

ner Studie für die Jahre 2008 bis 2011 brachten die Erwerber von Wohnimmobilien in Bayern im Durchschnitt einen Eigenkapitalanteil von 46,5 Prozent auf.

Modernisierungen

Die wichtigste Rolle im Finanzierungsgeschäft der LBS spielen, gemessen an der Zahl der Objekte, aber nach wie vor Umbauten und Modernisierungen von Bestandsgebäuden. Von Januar bis Oktober haben sie die Hälfte des gesamten Finanzierungsvolumens ausgemacht. Die durchschnittliche Kredithöhe lag bei 38 000 Euro gegenüber 30 000 im Jahre 2009. Dies deutet darauf hin, dass die Modernisierungsvorhaben deutlich umfang-

reicher würden. Zunehmend komme es zu ganzheitlichen, energiesparenden und altersgerechten Verbesserungen im Wohnbestand. Erneut wies Wirmhier darauf hin, dass eine staatliche Förderung für energetische Gebäudesanierungen einen zusätzlichen Impuls bringen könnte. Der Wohngebäudebestand biete enormes Potenzial für Energieeinsparungen. Zuschüsse und Abschreibungsmöglichkeiten, die sich direkt für die betroffenen Haushalte bemerkbar machen, wären ein geeignetes Instrument, um die Modernisierungsquoten von jährlich etwa einem Prozent des Gebäudebestandes zu erhöhen. „Leider“, so der LBS-Chef zum wiederholten Male, „haben sich Bund und Länder

bislang nicht auf ein Fördermodell einigen können.“

Die angekündigte Vereinfachung bei der staatlichen Wohnriester-Förderung begrüßte Wirmhier ausdrücklich. Die Änderungen machten Wohnriester noch verbraucherfreundlicher – etwa bei der Entnahme von Kapital aus anderen Riesteranlagen für selbstgenutztes Wohneigentum, bei der Einbeziehung von altersgerechten Umbauten oder beim Verkauf des Eigenheims.

Beim Gewinn muss die LBS heuer Abstriche hinnehmen. Ihr Betriebsergebnis vor Risikoversicherung wird 2012 mit etwa 40 Millionen Euro deutlich geringer ausfallen als im Jahr zuvor mit 70 Millionen Euro. Wirmhier machte dafür einerseits den Ertragsdruck verantwortlich, der von der Zinssituation ausgehe, und andererseits die außerordentlichen Pensionsrückstellungen, die auf Grund des Urteils des Bundesarbeitsgerichts zur Rechtmäßigkeit der versorgungsrechtlichen Ansprüche von langjährigen Mitarbeitern der LBS vorzunehmen waren. **dhg**

BayernLB finanziert neues Seniorenzentrum der PurVital in Traunreut

Die BayernLB begleitet die seit Jahren im Pflegesektor tätige Unternehmensgruppe Mittermeier bei der Entwicklung eines neuen Hauses in Traunreut, Landkreis Traunstein in Oberbayern. Das geplante Gesamtinvestitionsvolumen wurde mit 12,7 Mio. Euro kalkuliert.

Die nach modernsten Pflegegesichtspunkten entworfene Seniorenimmobilie wird nach der Fertigstellung, voraussichtlich bis Ende 2013, insgesamt 119 Bewohnerinnen und Bewohnern ein neues Zuhause bieten können. Geplant sind auf dem Erbbaugrundstück insgesamt 81 Einzel- und 15 Doppelzimmer auf Basis eines fortschrittlichen Wohngruppenmodells (Pflegeeinrichtung der 4. Generation). Das Haus wird insbesondere auf die Bedürfnisse demenziell erkrankter Personen ausgerichtet sein und umfasst auch eine Pflegeeinheit. Nach Fertigstellung wird das „PUR VITAL Servicewohnen An der Traun“ im Eigenbetrieb von der PurVital Altenhilfe GmbH bewirtschaftet, welche bereits Einrichtungen in Bergen, Garching a.d. Alz, Straubing, Oberaudorf u. Trostberg erfolgreich betreibt. Die BayernLB finanziert aktuell mehr als 50 Seniorenimmobilien in ganz Deutschland mit Schwerpunkt in Bayern. Dabei trägt sie mit einem Finanzierungsvolumen von insgesamt mehr als 400 Mio. Euro wesentlich zur infrastrukturellen Verbesserung des Leistungsangebotes für pflegebedürftige Menschen bei. **□**

alle für den nachhaltigen Planungsprozess relevanten Daten zu Bauprodukten in einfacher und übersichtlicher Weise bereit und kann die Auswahl so entscheidend vereinfachen.

Sonderschau

In Kooperation mit dem ift Rosenheim veranstaltet die BAU die Sonderschau „Universal Design“. Universal Design zeichnet sich als Zukunftsaufgabe für die Baubranche im Allgemeinen und für die Hersteller von Bauelementen im Speziellen ab. Es geht darum, Produkte für eine größtmögliche Gruppe von Menschen einfach handhabbar und bedienbar zu machen. Industriezweige wie Handy- oder Kraftfahrzeughersteller setzen sich bei der Produktentwicklung bereits intensiv damit auseinander. Entwicklungen wie der demographische Wandel machen Universal Design auch in der Bauindustrie zum Thema.

Wie generationengerechtes Bauen im Objekt aussieht und was dabei zu berücksichtigen ist, zeigt die Sonderschau „Generationengerechtes Bauen – wirtschaftlich, flexibel, barrierefrei“, die die BAU erneut in Kooperation mit der GGT Deutsche Gesellschaft für Gerontotechnik realisiert. Diesmal steht der Komfortgedanke im Objektbau im Vordergrund. Auf einer Fläche von rund 200 m² werden multifunktional nutzbare Räumlichkeiten mit Hotel-Charakter erstellt sowie mit Produkten ausgestattet, die jung und alt gleichermaßen ansprechen. Die spezielle Bauweise ermöglicht eine international ausgeglichene, multifunktionale und flexible Nutzung der Musterimmobilie. **DK**

Nachhaltiges Bauen DGNB gemeinsam mit renommierten Partnern aus Bauindustrie und Wissenschaft die entsprechenden Antworten.

Zertifizierung

Anhand von bereits erfolgreich realisierten und zertifizierten Projekten veranschaulichen die Experten die Relevanz von Bauprodukten für die Erstellung, den Betrieb und die Zertifizierung nachhaltiger Gebäude. Darüber hinaus zeigt die Sonderschau konkrete Lösungen, um die Wirkung von Bauprodukten auf Gebäudeperformance und Zertifizierungsergebnis nachvollziehbar darzustellen. Die dafür notwendige Transparenz bietet die Online-Plattform DGNB Navigator. Sie stellt



HOLDER AUF WINTER-ROADSHOW. 3 MONATE. 3 LÄNDER. 12 STATIONEN.

Erleben Sie Holder im härtesten Wintereinsatz – inklusive der Weltneuheit Holder X 30! Alle Infos zu den Terminen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie unter:

www.max-holder.com

HOLDER
KEINE KOMPROMISSE

Stadt Alzenau:

Übergabe der Karl-Amberg-Mittelschule

Zahlreiche Ehrengäste waren zur feierlichen Übergabe mit kirchlicher Segnung der Karl-Amberg-Mittelschule gekommen. Nach rund 2 1/2-jähriger Bauzeit ist die Gesamtbaumaßnahme, bestehend aus den drei Bauabschnitten der Generalsanierungen von Altbau und Sternbau sowie des zwischen diesen beiden Gebäuden neu errichteten Verbindungstraktes nunmehr abgeschlossen. Die umfangreiche Baumaßnahme ist mit rund 9,7 Mio. € Gesamtinvestitionsvolumen die höchste Einzelinvestition in der Geschichte der Stadt Alzenau.

„Mit Freude, Stolz und Selbstbewusstsein kann die Schulfamilie die auch optisch völlig neu gestaltete und zugleich mit modernster Ausstattung versehene Schule als eine der innovativsten Mittelschulen weit und breit in Besitz nehmen“, so Bürgermeister Legler in seiner Ansprache. „Unsere Karl-Amberg-Mittelschule hat aber nicht nur für ganz Bayern Vorbildcharakter. Sie ist eine für die Stadt Alzenau mit ihren hervorragenden Bildungseinrichtungen unerlässliche Schule, sie ist top fit für eine erfolgreiche Schulzeit!“

Generalsanierung

Bereits zum letztjährigen Schuljahresbeginn waren die Generalsanierung des Sternbaus aus dem Jahr 1962 sowie der Neubau als Verbindungstrakt mit Treppenturm und Aufzug abgeschlossen. Diese Gebäudeteile wurden also bereits zum Herbst 2011 von der Schulfamilie „mit Leben gefüllt“.

Die „Inbetriebnahme“ des Altbaus, der aus dem Jahr 1930 stammt, erfolgte mit dem Schuljahresbeginn 2012/2013.

Den Anfang der umfangreichen Bauarbeiten hatte - als vorgezogene Maßnahme - in den Jahren 2006 und 2007 der Bau der Außenfluchttrappentürme markiert, mittels derer ein zweiter baulicher Fluchtweg aus den Klassenzimmern hergestellt wurde.

Der Spatenstich erfolgte Ende 2009, bereits im Juli 2010 war der Rohbau des Neubaus fertig. Ab August 2010 (beginnend mit den Sommerferien) starteten die Entkernung und der Rohbau des Sternbaus, ab September 2010 begann dort der Einbau neuer Haustechnik, des Vollwärmeschutzes und der Innenausbau samt Fenster, Fußböden, Türen, Deckenkonstruktionen, Kücheneinrichtungen. Im Anschluss daran erfolgte die Möbellieferung, so dass diese beiden Bauabschnitte rechtzeitig zum Schuljahresbeginn 2011/2012 bezogen werden konnten. Die feierliche Übergabe fand am 23. September 2011 statt.

Als nächste Maßnahme stand seit September 2011 die Altbauanierung als 3. Bauabschnitt an, bestehend aus der grundlegenden Generalsanierung und des Rückbaus des internen alten Treppenhauses an. Zeitgleich begann die Erneuerung der Außenanlage und im Anschluss daran im Frühjahr 2012 die Neugestaltung des Schulgartens

Die Gesamtbaumaßnahme wurde im laufenden Betrieb durchgeführt, verbunden mit Auslagerungen in die Schulgebäude in den Stadtteilen Kälberau und Wasserlos. Die Schulverwaltung war für die Dauer von rund einem Jahr in Pavillons auf dem Pausenhof untergebracht.

Von den rund 9,7 Mio. € Gesamt-Baukosten entfielen auf den Sternbau rund 3,3 Mio. €, den Altbau rund 2,9 Mio. €, und den Neubau rund 2,7 Mio. €. Die Außenanlagen und der neue „Schulgarten“ kosteten rund 350.000 €, die Fluchttrappentürme 450.000 €. Der Freistaat Bayern fördert die Baumaßnahme mit rund 2,5 Mio. Euro.

Im Altbau befinden sich nunmehr die naturwissenschaftlichen und Informatik-Räume. Der neu erbaute Verbindungstrakt beherbergt im Untergeschoss den Werk-

raum mit Werkhof, im Erdgeschoss Musikraum und Mehrzweckraum sowie im Obergeschoss Verwaltung, Sekretariat, Lehrerzimmer. Im prägnanten Sternbau sind Zeichensaal und Textilraum, Informatik- und Medienräume, die moderne Lehrküche, die Küche für die Essensausgabe sowie eine Lounge untergebracht, ganz oben befindet sich die neue Dachterrasse.

Insgesamt stehen den Schülerinnen und Schülern in der Karl-Amberg-Mittelschule durch Neubau des Verbindungstraktes nunmehr 4.700 m² - und damit rund 1.200 m² mehr Fläche als bisher - zur Verfügung.

Die Klassenräume sind mit Beamer oder Smartboards ausge-



Die neue Karl-Amberg-Mittelschule in Alzenau. □

stattet, Mediensäulen, d.h. Laptop mit Beamer-Verbindung ist Standard in allen Klassenzimmern. Außerdem gibt es in jedem Klassenzimmer Schülerarbeitsbereiche und Internetanschlüsse.

Moderne Technik

Weitere technische Details: Tageslichtgesteuerte dimmbare Leuchten, brandschutztechnisch geforderte halogenfreie Leitungen sowie eine Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung.

Das Raumangebot umfasst:

- ▶ 14 Klassenräume mit insgesamt 992 m²
- ▶ 3 Ausweichräume mit insgesamt 203 m²
- ▶ 1 Mehrzweckraum für die

Ganztagsbetreuung mit 71 m², zuschaltbar zu Musikraum als großem Multifunktionsraum

▶ Lehrmittlräume mit zusammen 39 m²

▶ Naturwissenschaftliche Räume mit insg. 208 m²

▶ Musikisch / Künstlerische Räume mit insg. 324 m²

▶ EDV-Räume mit insg. 250 m²

▶ Hauswirtschaft - und Textilräume mit insg. 220 m²

▶ Verwaltung und Lehrerbereich mit insg. 344 m²

▶ Pausenhalle mit 208 m²

▶ Hausmeister, Lager, Archive, Putzmittelräume mit insg. 320 m²

▶ Berufebüro sowie Gruppenräume mit 140 m²

▶ Technik, Lager, Toiletten, Nebenräume. □

„Stadt Kitzingen“ aus Dornröschen-Schlaf erweckt

Würzburg - Klein und versteckt liegt die Restauration „Stadt Kitzingen“ nur wenig entfernt von der Juliuspromenade in der Pleich, genauer in der Pleicherschulgasse. Bis Ende der 70er Jahre war die „Stadt Kitzingen“ eine sehr beliebte Gastwirtschaft, auch weil es eines der letzten erhaltenen Fachwerkshäuser in der Würzburger Innenstadt ist, die den Zweiten Weltkrieg überlebt haben. Unter dem Namen „Totenköpfe“ hatte sie einen Kultstatus unter Würzburgs einfachen Bürgern und den Studenten der Stadt. Nach rund 25 Jahren erwacht die „Stadt Kitzingen“ nun wieder aus ihrem Dornröschenschlaf. Denn in den vergangenen Jahren hat die Stadt das Gebäude gekauft sowie behutsam saniert, aber dabei die Eigenheiten des alten Hauses erhalten.

„Unser Ziel war es, den Gastraum zu erhalten das historische Objekt sachgerecht und dokumentierend zu sanieren, dennoch aber einer zeitgemäßen Nutzung zuzuführen“, betonte Oberbürgermeister Georg Rosenthal bei der Eröffnung.

Bürgerhaus-Konzept

So wird das Gasthaus künftig als eine Art Bürgerhaus die Pleich bereichern: Der alte Gastraum im

Erdgeschoss kann künftig von Stadt, Vereinen, Gruppen und Institutionen und schließt sich damit nahtlos an die Nutzung als Gastwirtschaft an. Die beiden oberen Geschosse wird der Sozialdienst katholischer Frauen als Wohnungen für Menschen mit einer schweren psychischen Erkrankung beziehungsweise mit Behinderung nutzen.

„Durch dieses Konzept sind Menschen mit psychischer Erkrankung oder Behinderung kei-

ne unsichtbaren Bürger im Stadtteil mehr“, betont Robert Scheller, Sozialreferent der Stadt Würzburg: „Durch das entwickelte Konzept kann vielmehr Teilhabe und Teilgabe in der Gemeinde verwirklicht werden.“ Scheller und Stadtbaurat Baumgart hatten 2007 die Idee der Erhaltung der „Stadt Kitzingen“ geboren und in den vergangenen Jahren hartnäckig verfolgt.

Die Mitarbeiter von Stadtbaurat Christian Baumgart haben Renovierung und Sanierung umgesetzt. Dabei gelang ihnen ein kleines Kunststück. Wo immer es nur möglich war, wurde repariert und nicht erneuert, um möglichst viel originaler Substanz zu erhalten. Dadurch wurde es möglich im Stadtviertel Pleich, das früher vor allem Metzger, Gerber und Bäcker beherbergte, auch ein Originalhaus der früheren Neuzeit für die Nachkommen gesichert. □



Stadt Würzburg ist Eigentümer des Geländes am Hubland

Im August wurde der Kaufvertrag für das rund 95 Hektar große Gelände am Hubland von Stadt Würzburg und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) notariell beurkundet - nachdem im November der Haushaltsausschuss des Bundestages dem Verkauf zugestimmt hat, hat die Stadt Würzburg jetzt die Schlüssel für das Gelände auf dem Hubland bekommen. „Damit erwirbt die Stadt Würzburg die bedeutendste Fläche für die Weiterentwicklung Würzburgs in den kommenden 15 bis 20 Jahren“, freute sich Oberbürgermeister Georg Rosenthal bei der Schlüsselübergabe.

In einer rasenden Geschwindigkeit entwickelt die Stadt dieses Würzburger Zukunftsaerial: Erst 2009 war die Fläche von der US-Army an die Bundesrepublik zurückgegeben worden. Jetzt - drei Jahre später - ist der Ankauf des gesamten Geländes, auf dem neben Wohnungen und Gewerbe auch die Landesgartenschau 2018 entstehen soll, unter Dach und Fach. „Wir haben damit in kürzester Zeit in Zusammenarbeit mit der BImA aus einer Konversionsfläche heraus die Grundlagen für einen komplett neuen Stadtteil geschaffen“, so Rosenthal: „Das ist die Stadtentwicklungsaufgabe der kommenden Jahre.“ Dieser Ankauf ist somit die Initialzündung für weitere, auch private Investitionen im dreistelligen Millionenbereich. Im Bild nimmt Oberbürgermeister Georg Rosenthal den Schlüsselbund für das Gelände aus den Händen von Ingrid Sommer (rechts) von der BImA am Hubland entgegen, zusammen mit Stadtkämmerer Christian Schuchardt (2. v. l.) und Projektentwickler Dieter Watolla (Mitte) von der LBBW. Bild: Christian Weiß

In Anwesenheit von Kultusminister Spaenle:

Einweihung der neuen Realschule in Poing

Als „Tag der Freude für Poing und für die Bildungslandschaft in Bayern“ hat Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle die offizielle Inbetriebnahme des Neubaus der Staatlichen Realschule Poing mit Dreifach-Sporthalle bezeichnet. Gemeinsam mit Ebersbergs Landrat Gottlieb Fauth, Poings Bürgermeister Albert Hingerl und Schulleiter Matthias Wabner wohnte er den Feierlichkeiten bei.

Die Baukosten des im Frühjahr 2012 begonnenen Neubaus belaufen sich auf rund 23 Millionen Euro; davon hat der Landkreis Ebersberg 17 Millionen Euro übernommen, die Gemeinde Poing 2 Millionen Euro. Bayern hat 6 Millionen Euro zugesichert.

„Wir wollen für alle Kinder und Jugendliche mit ihren unterschiedlichen Interessen und Begabungen einen passgenauen Weg eröffnen, sei es über die Mittelschule, die Realschule oder das Gymnasium“, formulierte Spaenle seine bildungspolitischen Grundvorstellungen. Realschulbildung bereite junge Menschen sehr gut auf alle Möglichkeiten vor, ihren Weg weiterzugehen. 15 Realschulen hat Spaenle seit seiner Amtsübernahme vor über vier Jahren in Bayern neu genehmigt.

Investition in Wissen bringt beste Zinsen

Landrat Fauth ergänzte, „eine Investition in Wissen bringt die besten Zinsen“ und verwies darauf, dass im Zuge eines PPP-Auslobungsverfahrens der Neubau der Realschule Poing vom Landkreis Ebersberg ausgeschrieben wurde. Das Hauptaugenmerk lag auf einem neuen pädagogischen Ausbildungskonzept sowie auf höchster Energieeffizienz bei gleichzeitig hohem Raumkomfort. Als oberstes Komfortkriterium wurde durch den Bauherrn die Einhaltung einer strikten CO₂-Obergrenze vorgegeben.

Aufgrund der Anforderungen einer Versammlungsstätte im Bereich der Aula ergaben sich an das Gebäude besondere Anforderungen durch den Brandschutz. Dies

ließ ein klassisches Konzept nach Standardpassivhaushandbuch nicht zu, sondern es musste über Sonderlösungen raumluftechnisch umgesetzt werden.

Lern- und Lebensraum

Die Staatliche Realschule präsentiert sich als moderner Lern- und Lebensraum. Die Schule nutzt die vielfältigen Möglichkeiten der digitalen Technik für die Kommunikation und der Energieersparnis. Das Gebäude wurde als Passivhaus errichtet und hat den Status einer Referenzschule für Medienbildung.

Die in den Jahrgangsstufen 5, 6 und 7 bereits vierzügige Realschule Poing ist eingebunden in ein Schulzentrum am Schulplatz in der Marktgemeinde. Diesem gehören die Grund- und Mittelschule Poing sowie das Sonderpädagogische Förderzentrum an. In unmittelbarer Nachbarschaft befindet sich zudem ein Kindergarten. Die im Aufbau befindliche Realschule Poing, die Minister Spaenle im Rahmen eines Kooperationsmodells mit einer Mittelschule genehmigt hatte, bietet den bislang knapp 350 Schülerinnen alle Wahlpflichtfächergruppen an, zudem ein gebundenes und offenes Ganztagsangebot.

6 Millionen Euro Zuschuss

Die Baukosten des im Frühjahr 2012 begonnenen Neubaus belaufen sich auf rund 23 Millionen Euro; davon hat der Landkreis Ebersberg 17 Millionen Euro übernommen, die Gemeinde Poing 2 Millionen Euro. Bayern hat 6 Millionen Euro zugesichert. DK

Bayerisches Bau- und Ausbaugewerbe optimistisch

Das bayerische Bau- und Ausbaugewerbe bleibt trotz deutlich gesenkteter gesamtwirtschaftlicher Konjunkturprognosen optimistisch. Mehr als zwei Drittel der Unternehmen schätzen ihre aktuelle Geschäftslage als gut oder sehr gut ein. Das ist der beste Wert seit Beginn der Umfrage der Landesvereinigung Bauwirtschaft Bayern (LVB) vor sieben Jahren. Dank des Trends zu „Betongold“ und effizienter Haustechnik ist das Auftragspolster der Betriebe mit achtzehnhalb Wochen sogar noch etwas dicker als im Durchschnitt des bayerischen Handwerks.

LVB-Sprecher Hans Auracher betonte aber, dass die Baupreise in den meisten Gewerken nach wie vor nicht mit der insgesamt guten Entwicklung mithalten können. 15 Prozent der Bau- und 10 Prozent der Ausbaubetriebe klagen laut Umfrage über schlechte oder sogar nicht mehr kostendeckende Preise.

Hohe Erwartungen

Für das kommende Halbjahr erwarten laut LVB-Konjunkturprognose 43% der Betriebe gute und 54% zumindest zufriedenstellende Geschäfte. Damit sind die Erwartungen auf ähnlich hohem Niveau wie vor einem Jahr. „Die Herbstumfrage stimmt mich optimistisch, dass sich der positive Trend in den kommenden Monaten fortsetzen und auch auf die Beschäftigung auswirken wird“, stellte Auracher fest. Auch die hohe Ausbildungsleistung der Betriebe könne weitgehend gehalten werden. Der LVB-Sprecher wies in diesem Zusammenhang auf zunehmende Probleme der Betriebe bei der Nachwuchsgewinnung hin. Die rückläufigen Absolventenzahlen der bayerischen Mit-

telschulen würden dieses Problem in den nächsten Jahren noch verschärfen.

Tachographenpflicht

Der LVB-Sprecher kritisierte die vom EU-Parlament geplante Ausdehnung der Tachographenpflicht auf Fahrzeuge ab einem zulässigen Gesamtgewicht von 2,8 Tonnen, sobald diese weiter als 100 Kilometer vom Firmensitz entfernt eingesetzt werden. Laut Umfrage wären davon 80.000 Fahrzeuge in den Bau- und Ausbaubetrieben der Mitgliedsverbände betroffen. Die Landesvereinigung Bauwirtschaft Bayern fordert vom EU-Parlament dringend eine Korrektur der novellierten Verordnung. Steigende gesetzliche Vorgaben und die hohe Abgabenlast seien die von den Unternehmen am häufigsten genannten Kernprobleme.

Die Landesvereinigung Bauwirtschaft Bayern repräsentiert zehn Verbände des Bau- und Ausbaugewerks mit rund 380.000 Mitarbeitern in ca. 31.000 Betrieben. Alle Daten des Lageberichts finden Sie unter www.lvb-bayern.de. □

40-jähriges Jubiläum des Landkreises Miltenberg:

Festakt als Höhepunkt der Feiern

Mit einem großen Festakt hat der Landkreis Miltenberg im Schulzentrum Elsenfeld sein 40-jähriges Bestehen gefeiert. Nachdem bereits mehrere Veranstaltungen im Jahreslauf unter diesem Motto gestanden waren, bildete die Feier den Schluss- und Höhepunkt der Feierlichkeiten.

Die Aula des generalsanierten Schulzentrums erwies sich als idealer Ort für die Feier. Rund 200 geladene Gäste – darunter unter anderem alle aktiven und zahlreiche ehemalige Kreisräte, alle regionalen Abgeordneten, Behörden-, Schul- und Sparkassen-Vertreter sowie die aktuellen und einige ehemalige Abteilungs- und Unternehmensbereichsleiter des Landratsamts Miltenberg – genossen nicht nur ein dreigängiges Menü, sondern wurden auch mit hervorragenden musikalischen Darbietungen unterhalten.

Glücksgriff

Als Glücksgriff erwies sich Moderator Helmut Monert, der nach der Eröffnung durch den Musikverein Concordia Elsenfeld (Leitung: Alexandra Loster) das Wort ergriff. Souverän und mit viel Wortwitz führte er durch den fast vierstündigen Festakt, der von Landrat Roland Schwing offiziell eröffnet wurde. Nach der Begrüßung aller Gäste blickte der Landrat kurz zurück auf die Geburtsstunde des Landkreises Miltenberg, die den „Wind der Veränderung“ gebracht habe. Für die neue Reform sei damals keine große Leidenschaft und Begeisterung zu spüren gewesen, so der Landrat. Rückblickend müsse man aber konstatieren, dass sich der Landkreis Miltenberg in den letzten Jahrzehnten positiv verändert habe und eine homogene und leistungsfähige Verwaltungseinheit geworden sei.

Dank der guten Infrastruktur, der aktiven und innovativen Wirtschaft, aber besonders dank der Menschen werde der Landkreis die kommenden Aufgaben und Herausforderungen bewältigen, zeigte sich Roland Schwing überzeugt. Den Kommunalpolitikern sei es gelungen, das hinterlassene Erbe pfleglich weiter zu entwickeln und wichtige Weichen zu stellen, freute sich der Landrat.

Als der Landkreis Miltenberg am 1. Juli 1972 offiziell entstand, war das auch die Geburtsstunde einer jungen Frau, die an diesem Tag als erste Landkreisbürgerin das Licht der Welt erblickte: Andrea Link aus Miltenberg. Landrat Roland Schwing bat sie auf die Bühne und überreichte ihr das neue Buch von Kreisheimatpfleger Dr. Werner Trost, „Nibelungen, Musiketiere und Tagelöhner“.

Unterhaltsam war die Feste von Professor Dr. Hans-Günther Henneke, dem geschäftsführenden Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistags. Henneke und Landrat Schwing kennen sich seit

vielen Jahren durch ihre Arbeit für den Landkreistag bestens und so war es möglich, dass der vielbeschäftigte Professor Zeit fand, nach Elsenfeld zu kommen und über die Geschichte des Deutschen Landkreistags zu sprechen.

Bevor Henneke in die Materie eintauchte, gab er den Verantwortlichen im Landkreis unter starkem Beifall den Rat, die Einführung der Altkennzeichen nicht mitzumachen. „Bekennen Sie sich zu 40 Jahren Geschichte“, forderte er sie auf. In der Folge sprach Henneke über die Gründung des Landkreistags, dessen ursprüngliche Aufgabe es einst war, die Ernährung der Bevölkerung zu sichern. Mit mehreren Anekdoten angereichert, ließ er die Historie des Landkreistags von seiner Gründung über die Weimarer Republik und die Wiedergründung nach dem Zweiten Weltkrieg Revue passieren.

Jubiläumsmarsch

Ein Glanzlicht des Abends war die Uraufführung des Jubiläumsmarsches, der aus Anlass des 40-jährigen Landkreistagsjubiläums komponiert worden war. Er stammt aus der Feder von Franz Watz; zu vor hatte Franz Pilzweiger die Kontakte zum Komponisten hergestellt. Nach der musikalischen Darbietung durch die Musikerinnen und Musiker des Musikvereins Concordia Elsenfeld übergab Landrat Roland Schwing den Notensatz an Berthold Rüh, den Präsidenten des Musikverbands Untermain.

Kreispolitik einst und heute

Um Kreispolitik einst und heute ging es in zwei Gesprächsrunden. Zunächst blickten die ehemaligen Landtagsabgeordneten und heutigen Kreisräte Ludwig Ritter und Dr. Heinz Kaiser sowie der ehemalige Kreisrat und langjährige Bürgermeister von Erlenbach, Alois Kirchgäßner, auf die Geburtswehen des Landkreises Miltenberg zurück und kramten unter Moderation von Dr. Heinz Linduschka tief in ihren Erinnerungen.

Unter Leitung von Georg Kümmel, dem Redaktionsleiter des Bollen vom Untermain, sprachen anschließend die Kreisräte Dietmar Andre, Dr. Ulrich Schüren, Jens-Marco Scherf und Dr. Hans Jürgen Fahn über den Politikernachwuchs, die Kommunalwahlen 2014, Aufgaben des Landkreises wie Breitbandversorgung und Energiewende, aber auch über Bildungspolitik und die Wün-

sche der Kommunalpolitiker für die nächsten Jahre.

Auch die Kunst kam am Festabend nicht zu kurz: Christiane Leuner, Mike Bauersachs und Thea Nodes übergaben an Landrat Roland Schwing das Jubiläumskunstwerk „40 x 40“, das nach einer Idee von Mike Bauersachs entstanden war. Christiane Leuner,

KVB-Jahrespressekonferenz in München:

Ambulante Versorgung stärken

Der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) hat im Rahmen seiner Jahrespressekonferenz in Münchner Presseclub eine Stärkung der Praxen und damit auch der ambulanten Versorgung der Patienten im Freistaat gefordert. Aufgezeigt wurden die dringendsten Probleme rund um die ärztliche und psychotherapeutische Versorgung in Bayern sowie eigene Lösungsansätze.

Derzeit verhandelt der KVB-Vorstand mit den Krankenkassen in Bayern, um sich der gemeinsamen Verantwortung für die ambulante Versorgung der Patienten im Freistaat zu stellen. Von den gesundheitspolitisch Verantwortlichen erwartet man sich im Wahljahr 2013 klare Weichenstellungen für den Erhalt einer ambulanten medizinischen Versorgung auf hohem Niveau.

Wie KVB-Vorstandsvorsitzender Dr. Wolfgang Krombholz erläuterte, seien die hohe Arbeitsbelastung sowie die persönliche finanzielle Haftung für die Verordnung von Arznei- und Heilmitteln zwei der wesentlichen Faktoren, die junge Mediziner von einer Niederlassung in eigener Praxis abschrecken. Beide Themenfelder sei man von Seiten der KVB im Jahr 2012 verstärkt angegangen. Mit den neuen Regelungen im Bereitschaftsdienst würden die Ärzte, die bisher die meisten Dienste leisten, spürbar entlastet. Dafür würden die Dienstbereiche vergrößert und bisher vom Dienst befreite Arztgruppen mit einbezogen.

Krombholz erläuterte zudem, dass auch die Patienten gefordert seien, den Bereitschaftsdienst verantwortungsbewusst als bislang in Anspruch zu nehmen. Der Bereitschaftsdienst der niedergelassenen Ärzte sei keineswegs eine „Rund-um-die-Uhr-Komfortversorgung“, sondern sei vielmehr dringenden Fällen außerhalb der Sprechstundenzeiten vorbehalten.

Der erste stellvertretende Vorstandsvorsitzende Dr. Pedro Schmelz äußerte sich zu den Gründen eines immer deutlicher zu Tage tretenden Ärztemangels. So zeigte er auf, dass die bisherige Bedarfsplanung nicht dazu geeignet sei, sachgerecht über eine Unter- oder auch Überversorgung zu urteilen. Es sei deshalb höchste Zeit gewesen, dass die Vorgaben

die das Werk vorstellte, hatte die Projektleitung und die Organisation zur Umsetzung des Werks übernommen, das größtenteils binnen drei Stunden im Vorfeld des Kabarettfestivals „Sommer- rausch“ im Amorbacher Seegarten entstanden war. Die 40 beteiligten Künstler hatten 40 Kunstwerke auf Leinwand in den Abmessungen 40 mal 40 Zentimeter erstellt und diese anschließend zu einem mehrere Quadratmeter großen Kunstwerk zusammengefügt. Unter dem Beifall der Gäste wurde das farbenfrohe Kunstwerk enthüllt, für das Landrat Roland Schwing ein würdiger Platz gefunden werden soll. □

Soziale Innovation im ländlichen Raum

Thierhauptener Advent: SDL mit erfolgreichem Geschäftsjahr 2012

Die Schule der Dorf- und Landentwicklung (SDL) feierte zum 18. Mal in festlichem Rahmen den Thierhauptener Advent. Im Anschluss an die jährliche Mitgliederversammlung referierte Professor Dr. Theresia Wintergerst über die Notwendigkeit sozialer Innovationen.

Bezirkstagspräsident und Vorstand Jürgen Reichert zollte große Anerkennung für die Arbeit der SDL und dankte Geschäftsführerin Gerlinde Augustin für ihr herausragendes Engagement. „Wir alle wissen, dass gute politische Entscheidungen ihre wirkliche Kraft erst in der Zukunft entfalten“, so Reichert. Als Anbieter von Fachseminaren für Bürgermeister, Gemeinderäte und engagierte Bürger beteiligt sich die SDL maßgeblich daran, die Bevölkerung im ländlichen Raum zu nachhaltigen Entscheidungen in der Kommunalarbeit zu befähigen. Der demographische Wandel stellt eine Fülle

ist.“ Mit 80 Veranstaltungen blickt die SDL auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2012 zurück.

Gastdozentin Prof. Theresia Wintergerst von der Universität Würzburg sprach über dringend notwendige soziale Innovationen für ländliche Gemeinden. Als „informierte Mut“ bezeichnete sie die vielen positiven Beispiele für soziale Innovation. Als Folge des demographischen Wandels ergeben sich neue Muster des Zusammenlebens, die ihren Niederschlag im kommunalpolitischen Handeln der Gemeinden finden müssen. Am Puls des langen Lebens kann nur der blei-



Von links: Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert, Vorstandsvorsitzender der SDL Thierhaupten, Peter Jahnke, Vorsitzender des Fachbeirates, Gerlinde Augustin, Geschäftsführerin, Prof. Dr. Theresia Wintergerst, Gastreferentin, Richard Fank, Schatzmeister der SDL, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse, Präsident Johann Huber, Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben. □

neuer Herausforderungen, denen die SDL mit Weitsicht und Kompetenz begegnet.

Die SDL in Thierhaupten hat sich seit ihrer Gründung vor 20 Jahren zu einer zentralen Anlaufstelle für Themen rund um die Gestaltung lebenswerter Zukunftsmuster im ländlichen Raum profiliert. Sie steht für die Vereinbarkeit von Tradition und Innovation und bietet Qualifizierung und Know-how für Akteure im ländlichen Raum. Um die hohe Qualität der Angebote zu gewährleisten, hatte der Bayerische Sparkassenverband 2012 eine Spende in Höhe von 10.000 Euro geleistet, die weitestgehend in neue Angebote zur Energiewende investiert wurden.

„Mit 1888 Teilnehmern konnten wir die Zahl der Seminarbesucher 2012 nochmals steigern“, so Gerlinde Augustin, Geschäftsführerin der SDL. Die Nachfrage nach differenzierten Angeboten für die Bereiche Ländliche Entwicklung, interkommunale Zusammenarbeit und Fachexkursionen zeigen, dass der Bedarf für die Weiterbildung in der Kommunalarbeit sehr hoch

ben, der für Veränderung sorgt. Menschen werden älter und müssen versorgt werden. Diese Leistung ist nicht ausschließlich Privatsache oder die Aufgabe von Wohlfahrtsverbänden. Hier sei die Politik gefordert, eine Situation zu schaffen, in der sich organisierte Hilfe in der Nachbarschaft ganz individuell entfalten kann, so ihre Forderung. „Nachbarschaft braucht Modernisierung, damit sie eine Rolle im Zusammenleben spielen kann“, so Prof. Wintergerst. Und: Ältere Menschen dürften nicht den Respekt verlieren, wenn sie um Hilfe bitten. Auch sollten sie neue Rollen übernehmen und ihre Erfahrung bei der Gestaltung der Zukunft einbringen.

Die soziale Innovation in einer alternden Gesellschaft kann nur dem Gelingen, der daran glaubt. Der „informierte Mut“ ist eine Chance für die Entwicklung, Etablierung und Stabilisierung neuer solidarischer Muster im ländlichen Raum. Schulen wie die SDL bieten die dafür notwendige professionelle Unterstützung, das Know-how sowie das Netzwerk an positiven Beispielen. □

WASSERKRAFT ZUM LEBEN

//REGENERATIV
//MODERN
//DYNAMISCH

RMD
www.rmd.de Rhein-Main-Donau AG

Landkreis Donau-Ries:

Lob für Management des Geoparks

Treffen der Expertenteamleiter und der Geschäftsführung

Donauwörth. Auf ein ereignisreiches Jahr konnte das Geopark-Management bei seinem jüngsten Treffen zurückblicken: Eröffnung des Erlebnis-Geotops Lindle, die Produktion von 4 Geopark-Filmen mit Augsburg TV, der neue Veranstaltungskalender auf der Geopark-Website und die Aufnahme von neun neuen Partnerbetrieben bei „Geopark Ries kulinarisch“.

Landrat Stefan Rößle, Vorsitzender des Geopark-Managements, war denn auch voll des Lobes für die geleistete Arbeit. Er erinnerte daran, dass es bei der Re-Evaluierung des Nationalen Geoparks als überaus positiv bewertet worden war, dass im Geopark-Management haupt- und ehrenamtliche Kräfte gemeinsam agieren. Er dankte den Expertenteamleitern und der Geschäftsführung ausdrücklich dafür, dass sich der Geopark Ries als echter „Premium-Geopark“ etabliert hat.

Expertenteams

Die Geschäftsstelle des Geoparks Ries ist institutionell beim Landkreis Donau-Ries in der Stabsstelle Kreisentwicklung angesiedelt. Dadurch ist sowohl die Finanzierung des Geoparks als auch des Personals gewährleistet. Die Geschäftsführung liegt bei Günther Zwerger, seine Stellvertreterin ist Heike Burkhardt. Unterstützt wird die Geschäftsführung von fünf ehrenamtlichen Expertenteams: Den Bereich „Geologie, Astronomie und Geomorphologie“ leitet Gisela Pösges, den Bereich „Natur und Landschaft, Land- und Forstwirtschaft“ Roland Scholz, den Bereich „Kultur, Archäologie, Bildung und Heimatpflege“ Dr. Wilfried Sponsel, den Bereich „Wirtschaft“ Dr. Sabine Heuschkel und für den Bereich „Tourismus, Marketing“ zeichnet Günther Zwerger verantwortlich.

Mit dabei bei dem Treffen des Geopark-Managements war außerdem Prof. Dr. Richard Höfling, Leiter des GeoZentrum Nordbayern der Universität Erlangen-Nürnberg.

Er hat maßgeblich bei der Entwicklung des Geotops Lindle mitgewirkt und u.a. die geologische Karte für das Lindle erstellt. Auch bei der Erschließung der weiteren Geotope wird er das Geopark-Management unterstützen.

Eröffnung des Erlebnis-Geotops Lindle

Bei dem ersten Treffen seit der Re-Evaluierung gab die Geschäftsstelle einen Überblick über die Aktivitäten und Projekte dieses Jahres. Highlight in Sachen Infrastruktur war natürlich die Eröffnung des Erlebnis-Geotops Lindle mit Geopark-Lehrpfad. Sehr viel passiert ist aber auch im Bereich Marketing. Nachdem die Nachfrage nach dem Prospektmaterial des Geoparks ständig steigt, wurden wieder einige Broschüren nachgedruckt. Außerdem



Gruppenfoto beim Treffen der Expertenteamleiter (von links): Gisela Pösges, Günther Zwerger, Dr. Sabine Heuschkel, Landrat Stefan Rößle, Prof. Dr. Richard Höfling, Heike Burkhardt, Dr. Wilfried Sponsel und Roland Scholz. Bild: LRA

kamen neue Flyer und Broschüren dazu, etwa der Flyer mit den offenen Geopark-Führungen oder die Begleitbroschüre Lindle. Daneben wurden einige Werbefilme über den Geopark Ries zusammen mit Augsburg TV produziert. Zudem gibt es mittlerweile eine Lausch-Tour durch den Geopark Ries, einen eigenen Veranstaltungskalender auf der Homepage des Geoparks und man hatte sich auch wieder auf Messen und Veranstaltungen präsentiert. Daneben wurde die Zusammenarbeit mit den umliegenden Hochschulen intensiviert.

Zustimmung gab es seitens des Geopark-Managements für die Mixed Site Bewerbung Nördlingens. Einig war man sich

aber auch bei der Position des Geoparks in Sachen Windkraft: Der Riesrand und zusätzlich fünf Kilometer Umgriff sollen frei von Windkraftanlagen bleiben.

Panoramabilder

Für 2013 plant der Geopark Ries die Entwicklung und Erschließung weiterer Geotope. In den Geotopen Lindle und Gosheim sollen u.a. Panoramabilder montiert werden, außerdem wird es ein neues Luftbild des Rieses geben, das als Poster und Postkarte gedruckt wird. Und in Kürze werden an den Bundesstraßen, die in den Geopark Ries führen, Hinweisschilder mit dem Geopark-Logo aufgestellt.



Im Bild (v. l.) Frank Weber, Landrat Harald Leitherer und BSZ-Schulleiter Rainer Schöler gemeinsam mit Klassensprechern, Schülervertretungen und der Friedenstaube.

Schulsport in Würzburg:

Ein Drittel kann nicht schwimmen

Würzburg. Aufgrund der hohen Zahl von Volksschulen und dem Verlust zweier Schwimmbäder ist es um den Schulschwimmsport im Landkreis Würzburg schlechter bestellt als in den anderen Landkreisen Unterfrankens.

„Etwa ein Drittel unserer Grundschüler kann nicht schwimmen“, bestätigte Würzburgs Landrat Eberhard Nuß. Sein Wunsch für 2013 wäre der Neubau eines Schwimmbads. Die Kosten von um die fünf Millionen Euro könnten vom Kreis „mit einem guten Zuschuss“ unterstützt werden.

Inbesondere im nördlichen und westlichen Landkreis ist die Situation laut Würzburgs Schulamtsdirektor Erwin Pfeuffer brisant. 113 Schwimmklassen gäbe es hier. In lediglich 16 Klassen wird Schwimmunterricht erteilt. Und dies nicht einmal kontinuierlich in jeder Woche: „Manchmal findet der Schwimmunterricht nur alle 14 Tage statt, teilweise gibt es nur sieben bis neun Termine im gesamten Schuljahr.“ In Helmstadt beispielsweise wird keine einzige der 17 Grund- und Mittelschulklassen im Schwimmen unterrichtet. Das Schwimmbad ist hier seit Jahren geschlossen. Die Gemeinde wartet auf die Eröffnung des Marktheidenfelder Wonnemars, um eventuell dort Schwimmen zu lehren.

Je stärker die Schwimmangebote für Kinder schrumpfen, umso höher sei die Gefahr, dass Badeun-

fälle passieren, so Nuß: „Entweder bei uns am Erlabrunner See, am Main oder im Urlaub am Strand.“ Deshalb will der Landkreis jegliche Aktivitäten von Schulen und Gemeinden unterstützen, die zur Schwimmfähigkeit der Schüler

beitragen: „Zum Beispiel überlegen wir, uns an den Transportkosten von Helmstadt nach Marktheidenfeld zu beteiligen.“ Aktuell steht laut Schulamtsdirektor Pfeuffer jedoch noch nicht fest, ob es in dem zehn Kilometer entfernten Schwimmbad, das kommenden Montag eröffnet wird, überhaupt Kapazitäten für Schüler aus dem Kreis Würzburg geben wird.

Aufgrund seiner finanziellen Stabilität könnte es sich der Landkreis aktuell leisten, den Bau eines neuen Schwimmbads zu unterstützen. Eingesetzt werden sollen vor allem Mittel aus dem Würzburger Müllheizkraftwerk. Hier wird eine nicht mehr nötige Liquiditätsun-

terstützung der Verbandsmitglieder aus den 80er Jahren frei. Insgesamt sind das 9,5 Millionen Euro.

Schlüsselzuweisung

2,5 Millionen Euro davon werden dem Landkreis Würzburg demnächst überwiesen. Auch durch die deutlich höheren Schlüsselzuweisungen für das Jahr 2013 hat der Kreis aktuell ein gutes finanzielles Polster. Einen großen Teil der Investitionskosten müsste allerdings auch die jeweilige Gemeinde oder der Schulverband tragen. Wo das Schwimmbad gebaut werden könnte, steht derzeit noch nicht fest.

Pat Christ



Weihnachtsklausur der KPV Nürnberger Land

Zur Weihnachtsklausur der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU im Nürnberger Land kamte die KPV-Kreisvorsitzende Cornelia Trinkl (3. v. l.) die heimische Bundestagsabgeordnete Marlene Mortler (4. v. l.), den stellvertretenden Landrat Andreas Kögel (5. v. r.) und den Fraktionsvorsitzenden der CSU im Röhrenbacher Stadtrat Wolfgang Gottschalk (r.) im Gasthaus Mais in Renzenhof begrüßen. Cornelia Trinkl ließ das Jahr 2012 Revue passieren: „Wir haben in diesem Jahr wieder viele Themen aufgegriffen und unser kommunalpolitisches Netzwerk erweitert. Ich erinnere nur zum Beispiel an den Bildungsempfang mit dem Staatssekretär im Kulturministerium Bernd Sibler im vergangenen Juni, die sehr interessante Betriebsbesichtigung im Backhaus Fuchs und die Informationsveranstaltung zur regionalen Produktvermarktung im Landkreis.“

Landkreis Schweinfurt:

Diskussionen über Menschenrechte

Über 350 Augenpaare fokussiert auf den Redner, aufmerksame Schülerinnen und Schüler: Von der Stille, Aufmerksamkeit und Atmosphäre, wie sie in der Aula des Beruflichen Schulzentrums Alfons Goppel (BSZ) herrschten, träumen üblicherweise die meisten Lehrer – oftmals vergebens. Diesmal aber lauschten die Schülerinnen und Schüler der Landkreis-Einrichtung dem Redner, der aus dem fernen Bolivien kam und über seine Arbeit berichtete: Frank Weber war zu Gast, um die Menschenrechtstaube wieder zurück nach Unterfranken zu bringen.

Vor gut eineinhalb Jahren ist die goldfarbene Menschenrechtstaube vom Büro des Landrats aus in die neue Schonunger Realschule geflogen, hat ein paar Abstecher in die Ludwig-Derleth-Realschule Gerolzhofen gemacht, ist mit zum Schüleraustausch in die Gerolzhöfer Partnerstadt Scarlino geflattert und war anschließend für ein halbes Jahr im Celtis-Gymnasium. Durch diese Aktionen wurden verstärkt Menschenrechtsthemen im Unterricht aufgegriffen.

Im Sommer hat die goldfarbene Taube mit einem Ölweiz als Friedenszeichen im Schnabel dann ihre weiteste Reise angetreten: Frank Weber, Vorsitzender der Straßenkinderhilfe e.V., hat die Menschenrechtstaube in Schweinfurt in Empfang und anschließend mit nach Südamerika genommen.

Frieden in den Unterricht unserer Schulen bringen – die Empfänger verpflichten sich, die Menschenrechte zu achten und zu erhalten“, so Leitherer weiter.

30 Tauben

30 Tauben in Lebensgröße hat der Künstler Richard Hillinger geschaffen, jede einzelne steht für einen der 30 Artikel der Menschenrechte. Dem Künstler geht es vor allem auch darum, die Menschenrechte durch Unterricht und Erziehung im Bewusstsein zu verankern. Und so werden in den kommenden Monaten im Unterricht im BSZ die Menschenrechte, Werteerziehung, Religionen sowie Krieg und Frieden thematisiert.

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Christiane Juckenack (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine

Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 47 vom 01.01.2012

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Neuer Regional-Monitor der Metropolregion Nürnberg:

Künftige Entwicklungstrends

Ab sofort liegt der neue Regional-Monitor der Metropolregion Nürnberg auf. Das Werk entstand in Fortschreibung des erstmals 2006 erschienenen Monitors unter der inhaltlichen Federführung des Amtes für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, in enger Abstimmung mit der verantwortlichen Geschäftsstelle der Europäischen Metropolregion Nürnberg.

Das statistische Grundlagenwerk bietet allen elf kreisfreien Städten und 22 Landkreisen, der Wirtschaft und allen interessierten Bürgern der Metropolregion die Möglichkeit, sich ein Bild über künftige Entwicklungstrends zu machen. 200 Indikatoren auf Kreisebene sowie Vergleichswerte auf metropolitaner, bayerischer und bundesdeutscher Ebene erlauben detaillierte Analysen in allen Bereichen der Statistik.

Zahlreiche Studienanfänger

Demnach haben die Ingenieurwissenschaften in den letzten Jahren einen außerordentlich hohen Zuspruch bei den Studienanfängern in der Metropolregion Nürnberg gefunden. Die Zahl der Studierenden ist dort seit 2006 um mehr als 50 Prozent gestiegen. Kein Wunder also, dass sich das Innovationspotenzial in der Metropolregion durchaus sehen lassen kann: Gemessen am Patent-Innovationsindex ist die Region Nürnberg/Mittelfranken sowohl im deutschen als auch im bayerischen Kontext jene mit den höchsten innovativen Entwicklungsleistungen.

Landkreise zum Teil vorne

Dabei sind diese Entwicklungen keinesfalls nur auf den Ballungsraum in der Metropolregion zurückzuführen. Ratsvorsitzender Landrat Dr. Günther Denzler (Bamberg) sieht die Landkreise in einigen Bereichen sogar deutlich vorne und darin gute Voraussetzungen für die Stadt-Land-Partnerschaften in der Metropolregion. „Die Studierendenzahlen

sind während der vergangenen fünf Jahre in den Landkreisen um knapp 35 Prozent gestiegen, in den kreisfreien Städten dagegen nur um 26 Prozent“, berichtet Denzler. „Auch fiel die Umsatzentwicklung im Produzierenden Gewerbe zwischen 2005 und 2010 mit einem Plus von über 14 Prozent in den Landkreisen wesentlich besser aus.“

Umfangreiche Informationen

Ratsvorsitzender Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis (Erlangen) bestätigt dies: „Entgegen des Grundverdachts, alles spiele sich in den Städten ab, sieht es in der Metropolregion Nürnberg anders aus.“ Der Regional-Monitor 2012 sei ein hervorragend grafisch aufgearbeitetes Werk mit umfangreichen Informationen zu den Themenfeldern Demographie, Wirtschaft und Beschäftigung, Wissenschaft, Umweltschutz, Kultur und Tourismus.

Alleinstellungsmerkmal

In Fortschreibung des erstmals 2006 erschienenen Monitors entstand das Werk unter der inhaltlichen Federführung des Amtes für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, in enger Abstimmung mit der verantwortlichen Geschäftsstelle der Europäischen Metropolregion Nürnberg. Dr. Henning Schirmer vom Amt für Statistik, der an der Entwicklung des Regional-Monitors maßgeblich beteiligt war, sieht in der Detailliertheit und Tiefe des Monitors ein echtes Alleinstellungsmerkmal gegenüber entsprechenden Werken anderer deutscher Metropolregionen. Die Metropol-

region Nürnberg habe damit eine wertvolle Informationsgrundlage für die Planung, Politikberatung und mehr Transparenz.

Datenanalysen sind nur von Nutzen, wenn daraus Konsequenzen gezogen werden. Daher stellen im Regional-Monitor 2012 erstmals Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in Gastbeiträgen zukunftsweisende Modellprojekte zur Entwicklung der Region vor. So beispielsweise Prof. Werner Bätzing, der über Regionalprodukte in ihrer Bedeutung zur Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen informiert. Der Professor für Kulturgeographie an der Universität Erlangen-Nürnberg weiß: „Ohne ein lebendiges und vielfältiges ländliches Umland verlieren die großstädtischen Zentren im Kern der Metropolregion einen wichtigen Teil ihrer Attraktivität.“

Kooperation als Maxime

Tirschenreuths Landrat Wolfgang Lippert berichtet seinerseits davon, dass der Landkreis auf der Basis von gewonnenen Erkenntnissen durch die Politik, der Wissenschaft und dem errungenem Umsetzungswissen einen „Ausschuss für Demografie – ländlicher Raum“ im Landkreis Tirschenreuth gebildet hat. Kooperationen sieht Lippert als wesentlichen Bestandteil seiner Lösungen. „Wenn alle Kommunen an einem Strick ziehen, kann der Landkreis effizient unterstützen“, so der Landkreisleiter.

Um dieses Zusammenwirken zu gewährleisten, wurde ein Demografie-Beauftragter für den gesamten Landkreis benannt. Schon zu Beginn des Jahres 2011 stellten die Verantwortlichen ein auf Grund dieser Strategie erstelltes seniorenpolitisches Gesamtkonzept vor. Auch das Regionalmanagement und das Institut AGIRA e.V. (Institut für angewandte Geoinformatik und Raumanalysen e.V.) beteiligten sich an dieser Zusammenarbeit. Deren Fokus lag bei den Auswirkungen des demografischen Wandels speziell im Landkreis Tirschenreuth.

Landkreis Tirschenreuth

Durch das ergänzende Zusammenwirken zwischen dem Staatsministerium, der Regierung der Oberpfalz und den Akteuren des Landkreises Tirschenreuth konnte sehr schnell über die Realisierung eines Basis-Handlungskonzeptes berichtet werden. Hier zeigte sich das Institut AGIRA e.V. aus Waldsassen als federführend. Das viersäulige, maßgeschneiderte „Handlungskonzept Demografischer Wandel“ für den Landkreis Tirschenreuth weist die Regionale Daseinsvorsorge, den Städtebau und auch die technische Infrastruktur sowie die Sozial- und Bildungsinfrastruktur als Schwerpunkte aus.

Ein wichtiger Arbeitsbereich ist Lippert zufolge das Projektfeld der innerstädtischen Entwicklung. Als Beispiel bietet sich hierzu der Städtebau als Ganzes an. Hier werde zukunftsorientiert gedacht, ein überproportionales Investitionsvolumen im Bereich des Stadtumbaus scheint unabwendbar. Auch das Thema Mobilität sei ein Kernthema, das im Fokus der regionalen Daseinsvorsorge steht.

Erarbeitete Anpassungsstrategien und förderwürdige Projekte benötigten jedoch sehr oft innovative Handlungsmöglichkeiten. „Die Bewältigung des demografischen Wandels ist ein Querschnitts-Thema und betrifft im Prinzip auch alle Ministerien in Bayern“, hob Landrat Lippert hervor. **DK**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Stirbt das gedruckte Buch, gehen die Zeitungen ein?“ Mein Chef, der Bürgermeister, verwickelte mich kurz vor den freien Tagen zwischen den Jahren in einen Generationendialog.

Es ist ja ziemlich viel passiert in den letzten Wochen und Monaten: Die Frankfurter Buchmesse erlebt einen Hype der eBooks, die Diskussion um ein Leistungsschutzrecht für Verleger wirft ein Licht auf die Frage, ob im Internet wirklich alles kostenlos sein muss und dann stellen zwei Zeitungen in Deutschland ihr Erscheinen ein. Mein Chef ist der Meinung, dass sich hier Entwicklungen anbahnen, die dadurch gekennzeichnet sind, dass Jüngere Medien anders nutzen als Ältere.

Ich kann ihm da – ehrlich gesagt – nur eingeschränkt folgen. Nehmen wir das Beispiel „Zeitungssterben“. Die Frankfurter Rundschau mag

fürhlicher Zeitungslektüre einen unauslöschlichen Charme. Ich finde es praktisch, die Zeitung im Zug auf einem Tablet zu lesen, aber ich würde nie auf die Idee kommen, morgens beim Frühstück das starre Teil zu benutzen, statt der Zeitung, die ich in alle möglichen Formen falten kann und auf die ich im Zweifel die Kaffeetasche abstelle. „Krieg und Frieden“ auf dem eBook-Reader ist toll für unterwegs, weil er in die Manteltasche passt. Aber jetzt um diese Zeit zu Hause in den Sitzsack gekuschelt, den heißen Tee in Reichweite und um mich herum Kerzen: Da will ich ein richtiges Buch in der Hand haben, das Papier fühlen und auch den vertrauten Geruch einatmen, der an so viele Leseabenteuer in der Vergangenheit erinnert. Auch in der Freizeit dauern mit einem elektronischen Plastikteil zu hantieren, ist doch nur was für Nerds.

Mein Chef, der Bürgermeister, versteht mich gut: Das Verhältnis von Print- und elektronischen Inhalten wird in der Zukunft nicht durch ein Entweder-oder, sondern durch ein Sowohl-auch geprägt sein – quer durch die Generationen. Deshalb wird in Zukunft die Zeitung im Briefkasten so wichtig bleiben wie die Online-Ausgabe es werden wird. Wichtig ist nur, dass die Gesellschaft begreift, dass auch elektronische Inhalte und solche im Internet etwas Wert sind und deshalb ihren Preis haben müssen. Damit nicht doch irgendwann ein Verlag aufhören muss, dessen Erzeugnisse wir vermissen würden. Ganz im Sinne der Worte Oscar Wildes: „Wenn man ein Buch nicht immer und immer wieder zu seiner Freude lesen kann, hat es keinen Wert, es überhaupt zu lesen.“

Geneigte Leserin, lieber Leser, wenn Sie diese letzte Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung für das Jahr 2012 in Händen halten, dann ist die Welt doch nicht untergegangen – entgegen einer angeblichen Prophezeiung auf einem alten Maya-Kalender, über die in den letzten Tagen so oft berichtet wurde. Eine gute Nachricht, denn trotz aller Krisen und Unbill leben wir doch in der besten aller Welten. Gerade weil wir in wenigen Tagen die Menschwerdung Gottes feiern, ist es gut, sich das wieder einmal vor Augen zu führen.

So wünsche ich Ihnen eine gesegnete Weihnachtszeit und ein friedliches, erfolgreiches Jahr 2013!

Ihre Sabina

Print versus Digital

für die eine oder andere Generation so etwas wie ein Identifikationsmedium oder ideologisches Sprachrohr gewesen sein. Außer Nostalgikern vermisst aber niemand die FR – Marken, die nicht vermisst werden, sterben. Die Financial Times Deutschland war nicht nur wegen des farbigen Papiers ein Exot am Zeitungskiosk, sondern konnte sich nie ganz etablieren. Wenn die beiden Zeitungen keine neuen Leser gewinnen, so lag das nicht an der Tatsache, dass es sich um Print-Medien handelte, sondern daran, dass sie für neue Leserschichten inhaltlich nicht relevant waren.

Was die eBooks angeht, scheint mir der Zusammenhang von Alter und Nutzung auch eher willkürlich. Sicherlich sind junge Leute eher mal bereit, neue Techniken und neue Darstellungsformen auszuprobieren. Aber die Vorteile, die es bringt, wenn man im Urlaub die Bücher, die einen interessieren, auf einem schmalen und leichten eBooks-Reader dabei haben kann, statt sich an drei oder vier dicken Wälzern einen Bruch zu heben, verbreiten sich wie ein Lauffeuer über die Generationen hinweg. Je leichter der Zugang zu eBooks, je vielfältiger das Angebot wird, umso mehr werden sie alltäglich.

Deshalb sehe ich weder das Ende des klassischen Buches, noch das Ende der gedruckten Zeitung. Für mich hat das gedruckte Buch, hat die Druckerschwärze an den Händen nach aus-

Verleihung des Deutschen Nachhaltigkeitspreises:

Auszeichnung für Neumarkt und Wunsiedel

Neumarkt in der Oberpfalz als nachhaltigste mittelgroße Stadt und das oberfränkische Wunsiedel als nachhaltigste Kleinstadt sind in Düsseldorf mit dem „Deutschen Nachhaltigkeitspreis für Städte und Gemeinden“ geehrt worden. Damit wurde das Bemühen um eine nachhaltige Stadtentwicklung im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten gewürdigt. Die mit je 35.000 Euro dotierte Auszeichnung wurde von der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, kommunalen Spitzenverbänden und der Deutschen UNESCO-Kommission erstmals vergeben.

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und Prof. Klaus Töpfer nahmen die Preisverleihung vor. Die Auszeichnung für Neumarkt in der Oberpfalz begründete die sechzehnköpfige Expertenjury mit besonders zukunftsweisendem Ressourceneinsatz und vorbildlicher Partizipation von Bürgern und Wirtschaft. Wunsiedel setzte sich mit durchgehend erfolgreichen Nachhaltigkeitsaktivitäten trotz schwieriger Rahmenbedingungen durch.

Nachhaltigkeit und Klimaschutz

„Die Auszeichnung ist eine einmalige Würdigung der Leistungen Neumarkts im Bereich Nachhaltigkeit und Klimaschutz“, erklärte Neumarkts Oberbürgermeister Thomas Thumann. Seit mehreren Jahren sei die Stadt mit knapp 40.000 Einwohnern auf dem Weg der Nachhaltigkeit. Dazu tragen die eigenen Stadwerke bei sowie das Engagement in Blockheizwerke und Windkraftanlagen. Außerdem wurde in Neumarkt auf einem Lärmschutzwall der ICE-Strecke nach

Nürnberg eine leistungsstarke Photovoltaikanlage errichtet. Zudem ist die oberpfälzische Stadt eine Modellkommune zum Thema Klimaschutz des Bundesumweltministeriums.

Langer Atem gegen Neonazis

„Der Preis hat für uns eine sehr große Bedeutung, weil gleich drei Themen ausgezeichnet wurden“, hob Wunsiedels Bürgermeister Karl Willi Beck hervor. Ein wesentliches Kriterium für die Jury sei die Initiative „Wunsiedel ist bunt“ gewesen. Seit zehn Jahren engagiere sich die Stadt gegen Neonazis und bewiese dabei einen langen Atem, betonte Beck.

Außerdem habe sich die Stadt mit einem eigenen Biomassekraftwerk und einem großen Windrad der Energiewende verschrieben. Zudem kämpft Wunsiedel erfolgreich gegen den Rückgang der Bevölkerung. Vor drei Jahren wurde die Kommune als familienfreundlichste Stadt in Oberfranken ausgezeichnet und die Zahl der Arbeitsplätze nahm seit 2004 um rund zehn Prozent zu. **DK**

Wirtschaftszentren und Kulturlandschaften

Ergänzt wird der Regional-Monitor 2012 um einen Vergleich mit den anderen zehn Metropolregionen in Deutschland, der die eigenen besonderen Stärken und Schwächen hervorhebt. Große Potenziale befinden sich unweigerlich in der weiteren Entwicklung der Anziehungskraft der Metropolregion Nürnberg als Lebens- und Arbeitsstandort mit einem einmaligen Mix aus städtischen Wirtschaftszentren und wertvollen Kulturlandschaften.

Viele naturnahe Flächen

Die Metropolregion Nürnberg hat mit 11,8 % Siedlungs- und Verkehrsfläche einen im metropolitanen Vergleich eher geringen Wert, die Wald- und Wasserflächen sind dafür mit 39,1 % bemerkenswert hoch. Dieses Verhältnis von besiedelten Flächen und schützenswerten Naturräumen stellt die Metropolregion Nürnberg vor besondere Herausforderungen, denen sie durch ihre vorrangigen Ziele des Umwelt- und Klimaschutzes Rechnung trägt.

„Die vielen naturnahen Flächen machen den Reiz“, weiß Ratsvorsitzender Oberbürgermeister Thomas Thumann (Neumarkt). „Mit einem Anstieg des Flächenverbrauchs von nur 3,7 Prozent in den Jahren 2004 bis 2009 liegen wir in der Metropolregion unterhalb des bayerischen und bundesdeutschen Vergleichswertes.“ **DK**

Innovationspreis PPP 2012:

KPMG Law beriet Gewinner-Landkreis Ostallgäu

Als einziger bayerischer Bewerber im bundesweiten Teilnehmerfeld wurde der Landkreis Ostallgäu für sein ÖPP-Schulprojekt zum Neubau des Gymnasiums Buchloe mit dem Innovationspreis PPP 2012 ausgezeichnet. Das Vorhaben erhielt beim 7. Bundeskongress ÖPP in Berlin die begehrte Auszeichnung in der Kategorie „Schulen und Kindertagesstätten“.

Der Landkreis Ostallgäu, öffentlicher Auftraggeber des Projekts, wurde von der KPMG Rechtswirtschaftsgesellschaft mbH (KPMG Law) während des gesamten Vergabeprozesses bis zum Abschluss des Bau- und Betriebsvertrages umfassend beraten.

Besondere Merkmale

„Die rechtssichere Einbindung technisch innovativer Vorgaben im Hinblick Nachhaltigkeit und Energieeffizienz war eine der Besonderheiten bei diesem Projekt“, erläutert Mathias Oberndörfer, Partner von KPMG Law und Leiter der Practice Group Öffentlicher Sektor. Das gesamte Projekt zeichnet sich durch besondere Merkmale aus, die im Rahmen des Ausschreibungsprozesses angelegt wurden: Das Schulhaus ist vorbildlich für eine nachhaltige und energieeffiziente Beschaffung. Architektonischen Gesichtspunkten wurde durch entsprechende Gestaltungsvarianten im Vergabe-

verfahren Rechnung getragen. Gleichzeitig konnte durch die Kombination mit einer Kommunalkreditfinanzierung eine wirtschaftliche Finanzierungsmöglichkeit für das Vorhaben mit einer 20-jährigen Laufzeit gesichert werden. Vertragspartner des Landkreises ist ein mittelständisches Unternehmen, das aufgrund der mittelstandsfreundlichen Gestaltung der Ausschreibungsunterlagen und der Projektverträge im Rahmen des Wettbewerbs bestehen konnte. „Dem Landkreis war besonders wichtig das Verfahren so anzulegen, dass auch dem Mittelstand eine Teilnahme ermöglicht wird“, so Oberndörfer.

Der Innovationspreis PPP zeichnet besonders gelungene Projekte, die in Öffentlich-Privater Partnerschaft durchgeführt werden, aus. Er wird jährlich vom Bundesverband PPP und dem Behörden Spiegel ausgelobt. In diesem Jahr wurden deutschlandweit fünf Gewinner gekürt sowie zwei Sonderpreise vergeben. **□**

Glänzende Jahresergebnisse

Bilanzpressekonferenzen von NürnbergMesse und Messe München

Die NürnbergMesse Group kann auf das stärkste Geschäftsjahr seiner Unternehmensgeschichte zurückblicken. Wie Dr. Roland Fleck und Peter Ottmann, Geschäftsführer der NürnbergMesse, bei der Jahrespressekonferenz in Nürnberg erläuterten, werde das Unternehmen das Jahr 2012 mit einem Umsatzrekord in Höhe von rund 220 Millionen Euro abschließen. Dabei hätten alle Geschäftsfelder neue Bestmarken erzielt.

Mit einer rund 7-prozentigen Umsatzsteigerung in der Group gegenüber dem programmbedingt vergleichbaren Jahr 2010 erwarten die Geschäftsführer nach Jahresabschluss einen Gewinn, der den Verlust aus dem Geschäftsjahr 2011 überkompensiert. Das Jahr 2013, das als ungerades Jahr ein turnusbedingt geringeres Geschäftsvolumen aufweisen wird, steht für die NürnbergMesse vor allem im Zeichen des indischen Subkontinents: Denn im Frühjahr nächsten Jahres erfolgt die Gründung der NürnbergMesse India PVT Ltd. in Neu Delhi, der damit fünften Tochtergesellschaft des Konzerns im Ausland.

Bei den insgesamt 169 Fachmessen, Kongressen, Publikumsveranstaltungen und Firmenevents im Portfolio der NürnbergMesse Group für 2012 führt insbesondere der neue Rekord an verkaufter Nettofläche zum umsatzstärksten Jahr in der Firmengeschichte: rund 29.400 Aussteller (2010: 28.850) bei einer Nettofläche von über 984.000 m² (2010: 946.031 m²) und rund 1,36 Millionen Besuchern (2010: 1,35 Millionen). Entscheidend für die Entwicklung in diesem Jahr sind die signifikant gestiegenen internationalen Anteile.

Auf Besucherseite ist ein Anstieg um acht Prozent auf 215.000 zu verzeichnen, die internationalen Ausstelleranteile klettern ebenfalls um acht Prozent auf über 11.300 und machen damit knapp 40 Prozent der gesamten Ausstellerschaft aus. Die internationale Nettofläche stieg um neun Prozent auf 274.000 m².

Erweitertes Portfolio

Doch nicht nur herausragende Zahlen prägen das Jahr 2012. Gleich sechs Veranstaltungen erweiterten zum ersten Mal das Portfolio der NürnbergMesse Group. Neben zwei neuen Fachmessen am Standort Nürnberg – der Enforce Tac und den RemaDays – fanden weitere vier neue Fachmessen auf anderen Kontinenten statt.

Als erfreulich vermerkte Geschäftsführer Roland Fleck, dass der Rahmenvertrag mit der Spielwarenmesse International Toy Fair bis 2021 verlängert wurde. Sie ist mit dem Neubau der Halle 3A im Südosten des Messegeländes verknüpft. Dieser ermöglicht der NürnbergMesse drei Dinge: die Erweiterung der Ausstellungsfläche auf künftig 170.000

m², die Gewährleistung des notwendigen Entwicklungspotenzials für flächenstarke und wachstumsintensive Veranstaltungen wie die Spielwarenmesse, den Fachmesseverbund fensterbau/frontale und HOLZ-HANDWERK sowie perspektivisch auch die SPS IPC Drives.

Im kommenden Jahr setzen einige der internationalen Fachmessen der NürnbergMesse turnusbedingt aus. Entsprechend wird der Umsatz auf rund 180 Millionen Euro sinken, den dann dritthöchsten Wert nach den beiden Rekordjahren 2010 und 2012. Unabhängig von diesem programmbedingten Umsatzrückgang entwickeln sich die Fachmessen, die im Jahr 2013 stattfinden, positiv. Besonders erfreulich ist im ersten Halbjahr unter den größeren Fachmessen der Ausblick auf die European Coatings SHOW. Unter den kleineren Veranstaltungen sticht die FeuerTRUTZ mit zweistelligem Ausstellerwachstum hervor.

Löwenanteil in Nürnberg

Der Fokus der NürnbergMesse liegt nach wie vor auf ihrer Heimat in Nürnberg. Dort erwirtschaftet das NürnbergMesse-Team knapp 90 Prozent des Gesamtumsatzes. „Zwar wachsen wir überproportional im Ausland, jedoch werden wir auch künftig den Löwenanteil unseres Geschäfts in Nürnberg generieren. Deshalb wird die NürnbergMesse auch in Zukunft kräftig in ihren Heimatstandort investieren“, betonte Fleck. In den nächsten fünf Jahren sind nach seinen Worten dafür rund 140 Millionen Euro eingeplant. Diese verteilen sich im Kern auf vier Investitionsschwerpunkte: „Investitionen in das Bestandsgelände, Investitionen in den Neubau der Halle 3A, Investitionen in neue Messen. Und Investitionen in die Erweiterung unserer Büroflächen“, zählte Fleck

auf. Schließlich wachse nicht nur der Umsatz, sondern auch die Zahl der Mitarbeiter.

Auch die Messe München wartet mit erfreulichen Zahlen auf: Zum dritten Mal in Folge hat sie ein positives Jahresergebnis erwirtschaftet. Im Inland erzielte die Messe München GmbH einen Jahresumsatz von 214,5 Mio. Euro, 12,7 Mio. Euro mehr gegenüber der Planung. Der EBITDA beträgt 43,3 Mio. Euro und liegt damit ebenfalls weit über der ursprünglichen Planung von 28 Mio. Euro.

Laut Klaus Dittrich, Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe München, „haben wir trotz eines nach wie vor hohen Kapitaldienstes von mehr als 50 Mio. Euro für unser Messegelände ein positives Jahresergebnis erreicht. Die Maßnahmen unseres Effizienz- und Wachstumsprogramms SPEED zeigen nachhaltige Wirkung. Wir sind stolz darauf, eine der profitabelsten Messegesellschaften in Deutschland zu sein.“

Getragen wurde das gute Jahresergebnis vom erneut sehr positiven Messegeschäft. Bei den 15 Eigenveranstaltungen der Messe München im Jahr 2012 konnten die Aussteller- und Besucherzahlen im Vergleich mit den jeweiligen Vorveranstaltungen erneut um drei bzw. fünf Prozent gesteigert werden. Auch die vermietete Nettofläche wuchs um drei Prozent. Insbesondere international führende Weltleitmesse wie die IFAT Entsorgung, ISPO MUNICH oder electronica haben zur guten Jahresbilanz beigetragen.

Insgesamt fanden 2012 in der Messe München, im ICM - Internationales Congress Center München und im MOC Veranstaltungszentrum München in Freimann 245 Veranstaltungen statt. Am Messeplatz München insgesamt wurden dabei über 35.000 ausstellende Unternehmen und mehr als 1,8 Mio. Besucher gezählt. Gegenüber dem Jahr 2011 entspricht dies Steigerungen von jeweils rund vier Prozent.

Überaus positiv verlief auch das Geschäft im Segment Gastver-



Kreissparkasse spendet 50.000 Euro an regionale Tafeln und Tische

Ein besonderes Weihnachtsgeschenk erhielten die 31 Tafeln und Tische in den Landkreisen München, Starnberg und Ebersberg: Die Kreissparkasse unterstützt die Einrichtungen sowie die Obdachlosenhilfe St. Bonifaz München mit einer Spende von insgesamt 50.000 Euro. Ein Teil der Spendensumme steht zur Verfügung, weil das Institut in diesem Jahr auf Weihnachtskarten an seine Kunden verzichtet. Über eine runde Summe freuten sich Vertreter der Tafeln und Tische mit Frater Prior Emmanuel Rotter OSB (rechts vom Spendenscheck), Vorstandsassistentin Antje Wettstädt (links vom Spendenscheck) sowie die Kreissparkassenvorstände Walter Fichtel (links), Andreas Frühschütz, Peter Waßmann und Josef P. Bittscheidt (alle rechts).

stellungen mit insgesamt 20 Veranstaltungen und 677.000 Besuchern. Die größte Gastveranstaltung des Jahres, die iba (Weltmarkt des Backens), konnte neue Bestmarken verzeichnen. Die iba wird nun dauerhaft alle drei Jahre in München stattfinden.

Auch das Auslandsmessegeschäft der Messe München International hat sich 2012 erneut positiv entwickelt. Maßgeblich geprägt wird die Bilanz von der bauma China 2012, die als größte Investitionsgütermesse Asiens und größte Messe eines deutschen Veranstalters außerhalb Deutschlands erneut alle Rekorde gebrochen hat.

München und die vom Messebetrieb profitierenden Wirtschaftssektoren wie Hotellerie, Gastronomie, Transport und Einzelhandel dürfen sich auf ein Megajahr 2013 freuen. Denn turnusbedingt ergibt sich für Messe München ein Jahr, wie es nur alle zwölf Jahre vor-

kommt. Mit der BAU, der ISPO MUNICH, der weltgrößten Messebauma, der transport logistic, der LASER World of Photonics, der drinktec, der EXPO REAL und der productronica finden allein acht internationale Leitmessen in München statt. Dazu kommen noch besucherstarke Gastveranstaltungen wie die Internationale Handwerksmesse, die Intersolar oder die Heim & Handwerk.

Für das Geschäftsjahr 2013 rechnet die Messe München GmbH daher mit einem Gesamtumsatz von annähernd 300 Mio. Euro. Messe-Chef Dittrich zufolge haben die erfolgreichen Aktivitäten im Ausland die Messe München gestärkt. Klar sei aber auch: „Unser Kerngeschäft bleibt München. Daher freuen wir uns sehr, dass die heimische Wirtschaft 2013 wie selten zuvor in einem Messejahr von unserem Geschäft profitieren kann.“ DK

Vorschau auf GZ 1/2

In unserer Ausgabe Nr. 1/2, die am 17. Januar 2013 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen
- Umweltschutz · Abfallwirtschaft
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge
- Garten- und Landschaftsbau

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.stadtmobel.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmobel.de

Fahradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kommunale Energieberatung

KlimaKom **Green City** **Energy**

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de
Peter.Keller@greencity-energy.de

Parkbänke

Zinder

PARKBÄNKE
Zum Moos 1a
87772 Pfaffenhausen
Telefon 08265/7332695
parkbank@max-zinder.de
www.max-zinder.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Partner in Sachen Druck

Gemeindezeitungen · Wahldrucksachen · und vieles mehr

ORTMAIER
DRUCK GmbH

Tel. 087 32 / 92 10-663 · Fax 087 32 / 92 10-669
service@ortmaier-druck.de · www.ortmaier-druck.de

FLYERPARA.de
Das Online-Druckportal - Ein Service der Ortmaier Druck GmbH

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (027 73) 82218
Telefon: (027 73) 82256 · www.hailo-professional.de

Insertieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Sportgeräte

www.benz-sport.de

ORIGINAL **BENZ** SPORT

Tel. 07195 / 69 05-0 | Fax 07195 / 69 05-77 | info@benz-sport.de

Urkunden, Diplome, Zertifikate

Urkunden Atelier
Wertschätzung & Anerkennung

Urkunden für jeden Anlass
und Urkundenzubehör
www.urkunden-atelier.at

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 81 71) 93 07-13

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
05326 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim · www.langer-gaorg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@lr-service.de
Internet: www.lr-service.de

DALW
DRUCK-ANLAGEN-LEISTUNGS-WERK

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

gerasmühler str. 23
90547 stein
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshändler für **Walden Star**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!